



Bundesministerium
für Verkehr und
digitale Infrastruktur



MORO Praxis

Regionale Daseinsvorsorge in Europa

Beispiele aus ländlichen Regionen



3
2015



Inhalt

	Vorwort	5
1.	Internationale Erfahrungen	7
1.1	Anlass	8
1.2	Zielsetzung	9
1.3	Ablauf und Konzept	11
2.	Daseinsvorsorge in ausgewählten europäischen Ländern	13
2.1	Rahmenbedingungen der europäischen Partnerregionen	16
2.2	Daseinsvorsorge in Österreich	27
2.3	Daseinsvorsorge in der Schweiz	28
2.4	Daseinsvorsorge in Italien	30
2.5	Daseinsvorsorge in Schweden	32
3.	Innovative Ansätze und Projekte	39
3.1	Bereich Bildung	41
3.2	Bereich Mobilität	47
3.3	Bereich Gesundheit und Pflege	55
3.4	Bereich digitale Infrastruktur	63
3.5	Querschnittsstrategien	67
3.6	Regionale Wirtschaft und Wertschöpfung	71
4.	Zentrale Erkenntnisse	85

Vorwort

In vielen Ländern Europas müssen sich ländliche Regionen auf spezifische Weise mit dem demografischen Wandel auseinandersetzen. Dass es sich lohnt, hierüber in einen praxisnahen Erfahrungsaustausch zu treten, macht das vorliegende Magazin auf anschauliche Weise deutlich.

Die Fachbegleitung „Internationale Erfahrungen“ im Aktionsprogramm „Regionale Daseinsvorsorge“ hat sich zur Aufgabe gemacht, das immer größer werdende Feld der Daseinsvorsorge in ländlichen Regionen in Europa inhaltlich aufzubereiten und den Regionen des Aktionsprogramms in Form von drei Fachinformations- und Erfahrungsaustauschen zugänglich zu machen. Auf diese Weise entstand mit den Fachexkursionen ein Austauschformat, das einen Überblick über aktuelle Handlungsansätze in Mittelschweiden, Niederösterreich, Graubünden und Südtirol vermitteln konnte. Ganz nebenbei entstanden wertvolle Vernetzungen und persönliche Kontakte.

Nicht immer sind die vorgestellten Ansätze und Projekte übertragbar. Dazu sind die Rahmenbedingungen von Land zu Land zu unterschiedlich. Jedoch zeigt sich, dass es immer einzelne übertragbare Komponenten gibt, die oft dazu anregen, diese Rahmenbedingungen zu hinterfragen.

Viele wertvolle Innovationsimpulse konnten von allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern des internationalen Fach- und Erfahrungsaustausches gewonnen werden. So wurde beispielsweise zur Sicherung der Mobilität im niederösterreichischen Waldviertel ein Verein gegründet. Die Beförderung mittels Gemeindebus erfolgt für die Bewohner der beteiligten Gemeinden als Vereinsmitglieder. Im schwedischen Västernorrland wurde unter dem Dach der nationalen digitalen Agenda ein regionaler Aktionsplan entwickelt, mit dem Ziel, 90% der Haushalte bis 2020 mit einem 100 Mbit/s Glasfaseranschluss auszustatten. So sollen neue Anwendungsfelder initiiert sowie Bevölkerung und Unternehmen zur stärkeren Nutzung angeregt werden. Gute Beispiele gibt es viele. Die Schlüsselfrage wird sein, ob und wie die Regionen die Vielfalt an Informationen als Chance aufgreifen und konstruktiv in ihre Arbeiten einbeziehen.

Dieser Anspruch weist weit über die regionalplanerischen Zuständigkeiten hinaus. Daher bin ich froh, dass wir für das Projekt Frau Prof. Dr. Troeger-Weiß mit ihrem Team von der Technischen Universität Kaiserslautern gewinnen



konnten. Ich bedanke mich für die gute und erkenntnisreiche Zusammenarbeit. So baut das vorliegende Magazin „Regionale Daseinsvorsorge in Europa – Beispiele aus ländlichen Regionen“ darauf auf, den Bezug zwischen den unterschiedlichen Infrastrukturen der Daseinsvorsorge herauszustellen und den integrierten Blick der Nachbarn auf die Thematik zu betonen.

Dieser Weg ist ein Ansatzpunkt für neue Perspektiven, wie ihn die vorliegenden Beispiele ideal aufzeigen. Die Regionen des Aktionsprogramms und andere sind nun jede für sich gefordert, den Austausch stärker in den Fokus zu nehmen und Erfahrungen zu teilen. Ich würde mich freuen, wenn diese inspirierende Lektüre als Ansporn gesehen wird, im weiten Feld der Daseinsvorsorge den Diskurs mit anderen zu suchen. Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur wird als Raumordnungsressort die Regionen dabei auch weiterhin tatkräftig unterstützen.

Norbert Barthle, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur

1. Internationale Erfahrungen

1.1 Anlass

In der Diskussion um die Zukunft und Entwicklungsperspektiven ländlicher Räume steht die Schaffung, Sicherung und Erhaltung von Infrastrukturen und Dienstleistungen der Daseinsvorsorge im Vordergrund.

Die Gefährdung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge insbesondere im Zuge des Rückgangs der Bevölkerungszahlen sowie der Alterung der Bevölkerung ist nicht nur in den ländlichen Räumen der Bundesrepublik ein Thema – europaweit sind Regionen davon betroffen. Beispiele hierfür sind die dünn besiedelten Regionen Skandinaviens oder die abgelegenen Talschaften des Alpenraums, wo aufgrund der anhaltenden „Landflucht“ die Gewährleistung einer Grundversorgung für die verbleibende Bevölkerung eine besondere Herausforderung darstellt.

Im Sinne eines Wissens- und Erfahrungsaustausches stellt es einen Mehrwert dar, wenn sich Akteure und Verantwortungsträger aus verschiedenen von dieser Problematik betroffenen Regionen Europas über die unterschiedlichen rechtlichen Rahmenbedingungen im Bereich der Grundversorgung sowie erforderliche und bereits umgesetzte Projekte und Strategien zur Sicherung der Daseinsvorsorge austauschen.

Die Akteure stehen vor vergleichbaren Herausforderungen: Wie kann eine leistungsfähige und finanziell tragbare Daseinsvorsorge gesichert werden, wenn immer weniger Menschen in der Region leben? Natürlich herrschen europaweit regional unterschiedliche Rahmenbedingungen, wie

etwa durch rechtliche Regelungen sowie spezielle landschaftliche oder wirtschaftsstrukturelle Merkmale. Auch das Selbstverständnis zur Herangehensweise unterscheidet sich in den jeweiligen Regionen. Dies führt zu unterschiedlichen Ansätzen und beteiligten Akteuren.

Die in dieser Broschüre beispielhaft vorgestellten und in den unterschiedlichen europäischen Regionen realisierten Projekte sind vor diesem Hintergrund nicht immer „1:1“ übertragbar, regen jedoch dazu an,

- übertragbare Elemente zu reflektieren,
- bestehende Regelungen zu überdenken und
- die Diskussion geeigneter Vorgehensweisen, Projekte und Lösungsansätze vor Ort zu befruchten.

Ebenfalls kann es für die Akteure sehr hilfreich sein, über gemeinsame Herausforderungen zu diskutieren und zu sehen, dass andere in derselben Situation mit den gleichen Problemen sind. Durch das Feststellen von Gemeinsamkeiten können Tipps und Anregungen ausgetauscht werden. Um daraus langfristig Nutzen zu ziehen, können die Austausche durch Kooperationen und Netzwerke sowie auf der Basis der entstandenen persönlichen Kontakte verstetigt werden. Durch aktives Netzwerken kann eine Interessensgemeinschaft entstehen, die durch gezieltes Lobbying weitere Vorteile und weiteren Nutzen für ländliche Regionen und ihrer Sicherung der Daseinsvorsorge schaffen kann.



1.2 Zielsetzung

Das Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge, durchgeführt als Modellvorhaben der Raumordnung (MORO), unterstützt ausgewählte Modellregionen in ländlichen Räumen „sich innovativ den infrastrukturellen Herausforderungen des demografischen Wandels zu stellen und mit einer Regionalstrategie Daseinsvorsorge erforderliche Infrastrukturanpassungen vorausschauend und kooperativ zu gestalten.“¹

Die Projektsteuerung des Aktionsprogrammes wird durch das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) und dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) erbracht. Zudem gibt es eine zentrale Projektassistenz und verschiedene Begleitforschungen. Diese stellen „weitere fachliche Unterstützungsleistungen für die einzelnen Modellregionen und das Aktionsprogramm insgesamt“² dar.

Die Begleitforschung Internationale Erfahrungen sammelt und bereitet Erfahrungen aus europäischen und außer-europäischen Regionen beim Umgang mit den Folgen des demografischen Wandels auf und vermittelt diese an die Beteiligten des Aktionsprogramms. Sie unterstützt die internationale Vernetzung des Aktionsprogramms insgesamt und einzelner Modellregionen.

Hauptziel der Begleitforschung Internationale Erfahrungen im Rahmen des MORO Aktionsprogramms regionale

Daseinsvorsorge war die Organisation und Durchführung eines Austauschs zwischen den deutschen Modellregionen des MORO Aktionsprogramms regionale Daseinsvorsorge (ArD) und europäischen Partnerregionen mit vergleichbaren Problemlagen. Weitere Ziele waren

- das Kennenlernen von innovativen Ansätzen, Strategien und Projekten zur Sicherung der Daseinsvorsorge in anderen europäischen Ländern,
- das Kennenlernen unterschiedlicher Rahmenbedingungen,
- der Beitrag zur Initiierung des internationalen fachlichen Austausches,
- die Verstärkung der internationalen Erfahrungen durch die Initiierung von Netzwerken und Kooperationen zwischen den Modell- und Partnerregionen,
- Anregungen für die eigene Arbeit zu bekommen,
- die gegenseitige Unterstützung zu stärken,
- den fachlichen und persönlichen Austausch zwischen den Modellregionen zu stärken,
- den Blick über den Tellerrand zu werfen.

Als europäische Partnerregionen wurden ländliche Regionen ausgewählt, die sich mit ähnlichen Problemen wie die Modellregionen konfrontiert sehen und die sich durch innovative Ansätze zur Gewährleistung der Daseinsvorsorge auszeichnen.





1.3 Ablauf und Konzept

Im Vordergrund der Begleitforschung Internationale Erfahrungen des MORO Aktionsprogrammes regionale Daseinsvorsorge stand die Durchführung von internationalen Informations- und Erfahrungsaustauschen (als Fachexkursionen) zum Austausch von innovativen Ideen, Projekten und Ansätzen sowie zur Initiierung eines langfristigen Partnerschaftsprogrammes. Anschließend an die Vorstudie „Daseinsvorsorge im europäischen Vergleich – Problemwahrnehmung, Lösungsstrategien, Maßnahmen“ sollten nun praktische Erfahrungen und Vernetzungen der Modellregionen mit europäischen Partnerregionen stattfinden.

Die Exkursionsziele wurden vor allem anhand struktureller Kriterien (Lage, Bevölkerungsstruktur und -entwicklung, Bevölkerungsdichte, Wirtschaftsleistung und Arbeitsmarkt, Erwerbstätigkeit, Bildung, Gesundheits- und Breitbandversorgung) und des Vorhandenseins innovativer Strategien und Projekte zur Sicherung der Daseinsvorsorge ausgewählt. Zudem spielten weiche Kriterien, wie z.B. minimale sprachliche Hürden, eine Rolle. Die Bundesweite Projektwerkstatt des MORO Aktionsprogramms regionale Daseinsvorsorge im Juni 2013 bot Informationen zu den Fachexkursionen und ermöglichte einen ersten Erfahrungsaustausch mit den Partnerregionen.

Die Informations- und Erfahrungsaustausche führten in drei europäische Regionen:

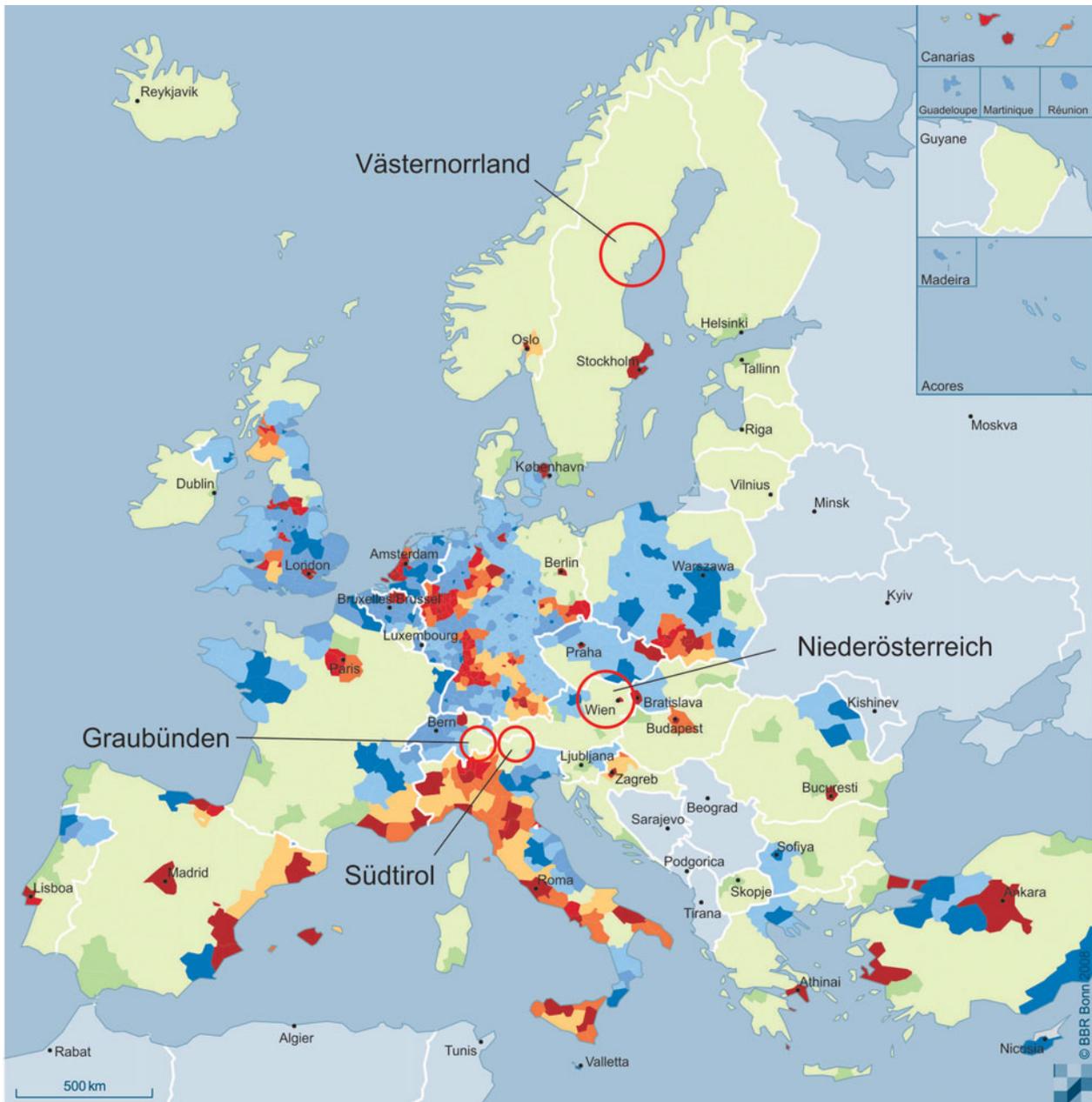
- Niederösterreich (Österreich),
- Graubünden (Schweiz) und Südtirol (Italien) sowie
- Västernorrland (Schweden).

Durch das Erleben der jeweiligen Region vor Ort bekamen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einen direkten räumlichen Eindruck und konnten so die Situation sehr gut einschätzen. Zur Vorbereitung dienten Exkursionsreader mit Informationen zu den Partnerregionen, zur Daseinsvorsorge in den jeweiligen Ländern und den Projekten. Das Exkursionsprogramm sah Vorträge von Referentinnen

und Referenten aus unterschiedlichen Ämtern, Verwaltungsebenen und Institutionen, Diskussionsrunden sowie Besuche von innovativen Projekten, wie z.B. der Vinschgerbahn oder des Gemeindebusses vor. Es fand während der Exkursionen ein sehr intensiver fachlicher und partnerschaftlicher Austausch zwischen den Modellregionen sowie zwischen den Modell- und europäischen Partnerregionen statt. Am Ende jeder Fachexkursion fand eine gemeinsame Abschlussrunde der Teilnehmerinnen und Teilnehmer statt. Dieses Abschlussfazit fiel bei jeder Fachexkursion sehr positiv aus. Die Vorstellung innovativer Projekte der Partnerregionen, das Erleben der Regionen vor Ort sowie die Diskussionsrunden untereinander und mit den europäischen Partnern fanden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Modellregionen besonders anregend und gewinnbringend. Auch der informelle Austausch wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern intensiv genutzt und wurde von allen sehr geschätzt. Die europäischen Partnerregionen waren am MORO Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge und einem weiteren Austausch ebenfalls sehr interessiert. Durch diesen ersten persönlichen Kontakt zwischen Modell- und Partnerregionen sollen weitere Vernetzungen entstehen. Dies können beispielsweise bilaterale Austausche sein, Verstetigung des persönlichen Kontaktes, Aufbau eines Netzwerkes oder konkrete Projektkooperationen im Rahmen von europäischen Förderprogrammen. Interessierte Modell- und Partnerregionen gibt es und erste persönliche Vernetzungen fanden bereits statt.

Die Ergebnisse der internationalen Informations- und Erfahrungsaustausche werden den Modellregionen und weiteren Interessierten zur Verfügung gestellt. In der vorliegenden Broschüre werden die wichtigsten Ergebnisse zusammenfassend dargestellt. Diese Broschüre ist somit keine Vergleichsstudie zu innovativen Lösungen der Daseinsvorsorge in Europa und keine Best-Practice-Sammlung. Sie bereitet, aufbauend auf den Fachexkursionen, die erfolgreichen Projektbeispiele der europäischen Partnerregionen auf.

2. Daseinsvorsorge in ausgewählten europäischen Ländern



Agglomerationsregionen

- Kernregionen
- Hochverdichtete Regionen
- Verdichtete Regionen
- Ländliche Regionen

Verdichtete Regionen

- Kernregionen
- Verdichtete Regionen
- Ländliche Regionen

Ländliche Regionen

- Ländliche Regionen höhere Dichte
- Ländliche Regionen geringere Dichte

- Internationaler Informations- und Erfahrungsaustausch

Datenbasis: Laufende Raumbeobachtung Europa, Eurostat REGIO
Geometrische Grundlage: GFK MACON, Regionen NUTS 3

Die internationalen Fach- und Erfahrungsaustausche des MORO Aktionsprogramms regionale Daseinsvorsorge führten nach Niederösterreich, Graubünden und Südtirol sowie Västernorrland.

Abbildung 1 verdeutlicht die Lage der europäischen Partnerregionen, die alle in ländlichen Regionen geringer Dichte liegen.

Im Folgenden werden diese Regionen hinsichtlich ihrer Lage, Struktur und sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen kurz portraitiert. Zusätzlich werden Zuständigkeiten und Rahmenbedingungen zur Sicherung der Daseinsvorsorge in den jeweiligen Partnerregionen dargestellt, mit Schwerpunkt auf den dort diskutierten Bereichen der Daseinsvorsorge.

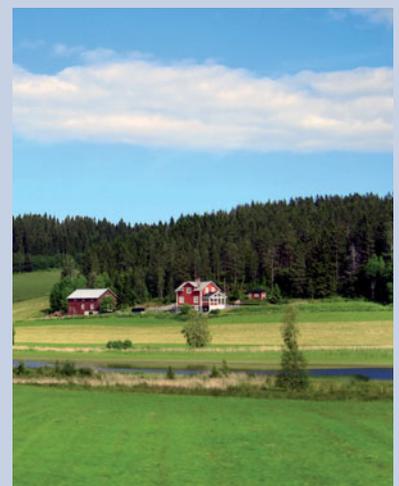


Abbildung 1: Siedlungsstrukturelle Regionstypen Europas NUTS-Ebene 3

Entwurf: Lehrstuhl Regionalentwicklung und Raumordnung, Kaiserslautern 2014.

Quelle: Internetauftritt BBSR, aufgerufen unter: http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Raumbeobachtung/Raumabgrenzungen/SiedlungsstrukturelleRegionstypenEuropa/NUTS3/Karte_Siedtyp_N3.gif%3F__blob%3Dnormal%26v%3D1, Zugriff: 04.08.2014.

2.1 Rahmenbedingungen der europäischen Partnerregionen



Bundesland Niederösterreich

Das Bundesland Niederösterreich liegt im Nordosten der Republik Österreich und umschließt die Bundeshauptstadt Wien, die ein eigenes Bundesland darstellt.

Es ist mit einer Fläche von knapp 20.000 km² das größte österreichische Bundesland. Niederösterreich gliedert sich in fünf Hauptregionen (Waldviertel, Weinviertel, NÖ-Mitte, Mostviertel, Industrieviertel) und 21 politische Bezirke. Das Bundesland hat rund 1,6 Mio. Einwohner (Stand 2013). Größte Stadt und seit 1986 Hauptstadt ist St. Pölten (ca. 52.000 Einwohner) (Stand 2013).



Abbildung 2: Lage Niederösterreichs in Österreich

Entwurf: Lehrstuhl Regionalentwicklung und Raumordnung, Kaiserslautern 2013.

Quelle: http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/thumb/6/67/Niederösterreich_in_Austria.svg/800pxNiederösterreich_in_Austria.svg.png; Zugriff: 12.11.2013.

Merkmale:

- Geringe Bevölkerungsdichte (84,4 Einwohnern/km²) mit regionalen Unterschieden: Während die Bezirke im Umland der Bundeshauptstadt Wien hohe Bevölkerungsdichtewerte aufweisen, zeichnen sich die peripher gelegenen Bezirke (insbesondere im Nordwesten und Südwesten), wie etwa das Wald- oder Mostviertel durch geringe Bevölkerungsdichten aus (in weiten Teilen unter 50 Einwohner/km²).³
- Insgesamt Bevölkerungswachstum aufgrund positiver Wanderungsbilanzen, jedoch auch hier regionale Unterschiede: Die im Agglomerationsraum Wien gelegenen Bezirke gewinnen Bevölkerung, während die peripheren Regionen Bevölkerung verlieren.
- Zunahme der älteren Bevölkerung: im Alter von über 65 Jahren wird die Bevölkerung zahlen- und anteilmäßig stark zunehmen.⁴
- Unterdurchschnittliche wirtschaftliche Leistungsfähigkeit im österreichischen Vergleich.
- Vergleichsweise hohe Bedeutung des primären und sekundären Sektors: im Jahr 2009 waren rund 9% der Erwerbstätigen (regionale Zuordnung nach dem Arbeitsort) im primären Sektor beschäftigt, rund 25% im sekundären Sektor und rund 67% im tertiären Sektor.
- Niederösterreich zählt somit zu den bedeutendsten industriell und agrarisch geprägten Bundesländern Österreichs; die wichtigsten Wirtschaftszentren liegen entlang der Westachse sowie im südlichen Wiener Umland.⁵
- Die Arbeitslosigkeit beträgt 6,8%, was dem österreichischen Durchschnitt entspricht⁶, Bezirke mit einer besonders hohen Arbeitslosigkeit waren im Januar 2014 Gmünd (14,6%) und Krems (Stadt) (12,9%) im Waldviertel.⁷

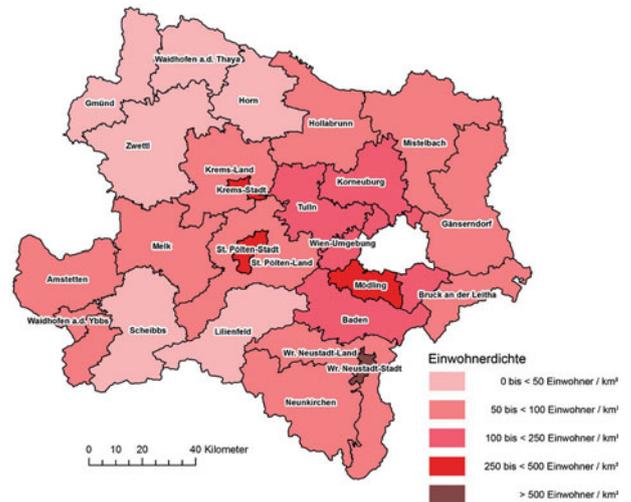


Abbildung 3:
Bevölkerungsdichte in den politischen Bezirken Niederösterreichs
Entwurf: Lehrstuhl Regionalentwicklung und Raumordnung, Kaiserslautern 2013.

Quelle: Amt der NÖ Landesregierung, aufgerufen unter: http://www01.noel.gv.at/scripts/cms/ru/ru2/suchen_ssi.asp, Zugriff: 22.01.2013

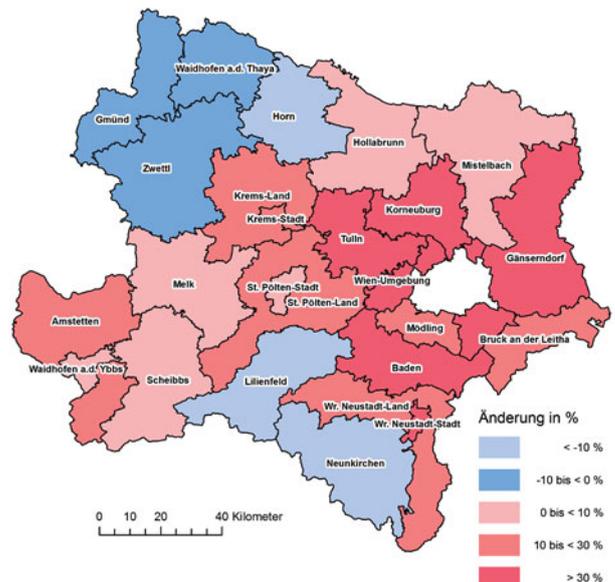


Abbildung 4:
Bevölkerungsentwicklung in den politischen Bezirken Niederösterreichs 2001 bis 2011
Entwurf: Lehrstuhl Regionalentwicklung und Raumordnung, Kaiserslautern 2013.

Quelle: Amt der NÖ Landesregierung, aufgerufen unter: http://www01.noel.gv.at/scripts/cms/ru/ru2/suchen_ssi.asp, Zugriff: 22.01.2013



Kanton Graubünden

Der Kanton Graubünden liegt im Südosten der Schweiz. Mit einer Fläche von 7.105 km² ist er der flächenmäßig größte Schweizer Kanton. Er gliedert sich in elf Bezirke, 39 Kreise und 158 politische Gemeinden. Der Kanton hat rund 193.000 Einwohner. Die größten Gemeinden Graubündens sind der Hauptort Chur (ca. 34.000 Einwohner), Davos (ca. 11.000), Landquart (ca. 8.000), Domat/Ems (ca. 7.000) und St. Moritz (ca. 5.000).



Abbildung 5: Lage des Kantons Graubünden

Entwurf: Lehrstuhl Regionalentwicklung und Raumordnung, Kaiserslautern 2013.

Quelle: Internetauftritt Wikimedia, aufgerufen unter: http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/4/4a/Switzerland%2C_administrative_divisions_-_de_-_colored.svg; Zugriff: 11.12.2013.

Merkmale:

- Geringe Bevölkerungsdichte (27 Einwohner/km²): Am dünnsten besiedelter Schweizer Kanton, auch im Vergleich mit den umliegenden Regionen der Schweiz, Österreichs, Deutschlands, Italiens und Frankreichs sehr dünn besiedelt und verfügt, gemessen an seiner Fläche, nur über wenige größere Siedlungen.⁸ Es gibt regionale Unterschiede: Der nördliche Teil Graubündens weist vergleichsweise höhere Bevölkerungsdichtewerte auf als der hochalpin geprägte Süden.⁹
- Insgesamt Bevölkerungswachstum: Im schweizerischen Vergleich unterdurchschnittlich und auf Wanderungsgewinne zurückzuführen. In den einzelnen Gemeinden ist eine sehr heterogene Entwicklung festzustellen: Insbesondere der Norden Graubündens konnte eine positive Bevölkerungsentwicklung verzeichnen, während vor allem die Gemeinden im Zentralraum Graubündens Bevölkerungsverluste hinnehmen mussten.¹⁰
- Überalterung der Bevölkerung, insbesondere im ländlichen Raum.¹¹
- Unterdurchschnittliche wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, im Vergleich zum schweizerischen Durchschnitt. Die wichtigste Bedeutung für die Beschäftigung haben die Bereiche Beherbergungs- und Gaststättengewerbe, Handel, Baugewerbe und Gesundheits- und Sozialwesen. Eine nicht zu vernachlässigende Zahl der Beschäftigten ist in der Land- und Forstwirtschaft tätig.¹² Einige Gemeinden in Graubündens besitzen noch einen hohen Anteil an Beschäftigten im primären Sektor (zum Teil deutlich über 70%), wengleich dies meist klassisch ländlich geprägte, kleine Gemeinden sind. Auffällig ist der hohe Anteil der Beschäftigten im Dienstleistungssektor in den touristisch geprägten Gemeinden.¹³
- Nahezu keine Arbeitslosigkeit, die Arbeitslosenquote lag in den letzten Jahren stets bei unter 2%.¹⁴

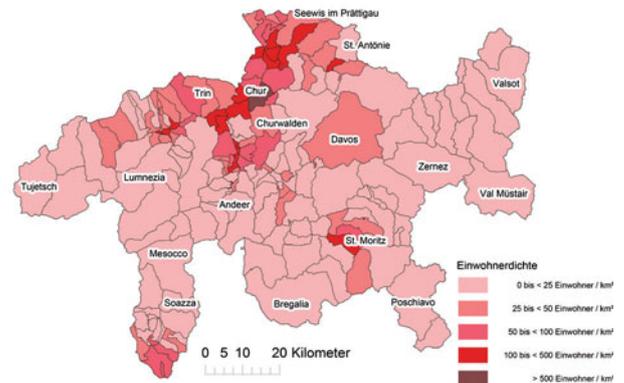


Abbildung 6: Bevölkerungsdichte in den Gemeinden Graubündens im Jahr 2011

Entwurf: Lehrstuhl Regionalentwicklung und Raumordnung, Kaiserslautern 2013.

Quelle: Amt für Wirtschaft und Tourismus Graubünden.

Kartengrundlage: GeoGR AG Geodatendrehseibe Graubünden

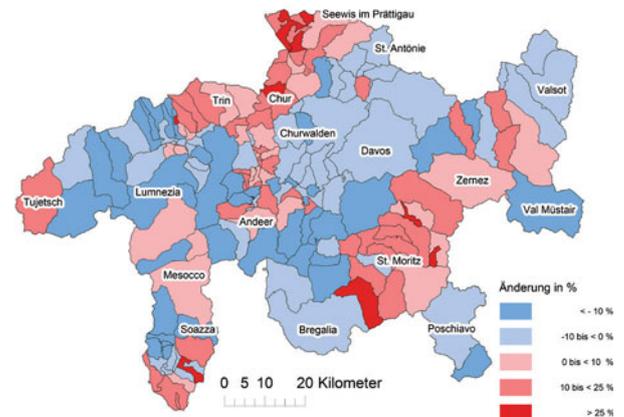


Abbildung 7: Bevölkerungsentwicklung in den Gemeinden Graubündens 1996 bis 2011

Entwurf: Lehrstuhl Regionalentwicklung und Raumordnung, Kaiserslautern 2013.

Quelle: Amt für Wirtschaft und Tourismus Graubünden.

Kartengrundlage: GeoGR AG Geodatendrehseibe Graubünden



Autonome Provinz Bozen-Südtirol

Die autonome Provinz Bozen-Südtirol liegt im äußersten Norden Italiens. Zusammen mit der südlich benachbarten Provinz Trient bildet sie die Region Trentino-Südtirol. Südtirol besitzt eine Fläche von 7.400 km² und gliedert sich in acht Bezirksgemeinschaften und 116 Gemeinden. In Südtirol leben 510.000 Menschen. Die wichtigsten Städte Südtirols sind die Hauptstadt Bozen (rund 103.000 Einwohner), Meran (37.000), Brixen (21.000), Leifers (17.000) und Bruneck (15.000).



Abbildung 8: Lage der Autonomen Provinz Bozen (Südtirol) in Italien
Entwurf: Lehrstuhl Regionalentwicklung und Raumordnung, Kaiserslautern 2013.

Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Datei:South_Tyrol_in_Italy.svg;
Zugriff: 02.12.2013.

Merkmale:

- Geringe Bevölkerungsdichte (68,9 Einwohner/km²): regional differenziert betrachtet weist der Zentralraum Südtirols mit der Stadt Bozen und den zwei Bezirksgemeinschaften Burggrafenamt und Überetsch-Südtiroler Unterland die im Vergleich höchsten Bevölkerungsdichtewerte auf, die flächendeckend alpin geprägten Bezirksgemeinschaften im Osten und Westen Südtirols sind hingegen dünn besiedelt.
- Positive Bevölkerungsentwicklung durch Geburtenüberschüsse und Wanderungsgewinne, wobei peripher gelegene Gemeinden im Ultental und im Passeiertal (Bezirksgemeinschaft Burggrafenamt) entgegen dem allgemeinen Trend leicht an Bevölkerung verloren haben, während die Gemeinden im Zentralraum rund um die Stadt Meran Zugewinne verzeichnen konnten.¹⁵
- Leistungsstarke Wirtschaft im italienweiten und europäischen Vergleich.¹⁶
- Vergleichsweise hoher Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft. Noch immer ist der primäre Sektor eine Grundlage für wirtschaftlichen Wohlstand vieler Gemeinden Südtirols.
- Auch die Industrie spielt eine wichtige Rolle für Beschäftigung und Arbeitsmarkt. Das produzierende Gewerbe ist stark durch Klein- und Kleinstbetriebe geprägt. Die durchschnittliche Betriebsgröße ist in Südtirol mit drei bis vier Beschäftigten pro Betrieb im internationalen Vergleich gering.¹⁷
- Die Wirtschaftszweige des tertiären Sektors bieten dem größten Teil der Erwerbstätigen Südtirols Beschäftigung. Mehr als 70% arbeiten im Dienstleistungsbereich. Dabei sind insbesondere die Bereiche Handel, Beherbergungsbetriebe und Gaststätten sowie das Schul-, Sozial- und Gesundheitswesen von hoher Bedeutung.
- Die Arbeitslosenquote ist vergleichsweise sehr niedrig und lag mit 3,3% im Jahr 2011 deutlich unter dem italienischen Durchschnitt.¹⁸

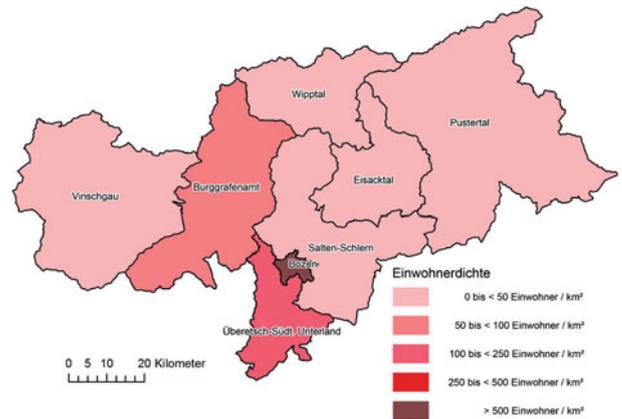


Abbildung 9: Bevölkerungsdichte in den Bezirksgemeinschaften Südtirols 2011

Entwurf: Lehrstuhl Regionalentwicklung und Raumordnung, Kaiserslautern 2013.

Quelle: Autonome Provinz Bozen – Landesinstitut für Statistik (ASTAT).

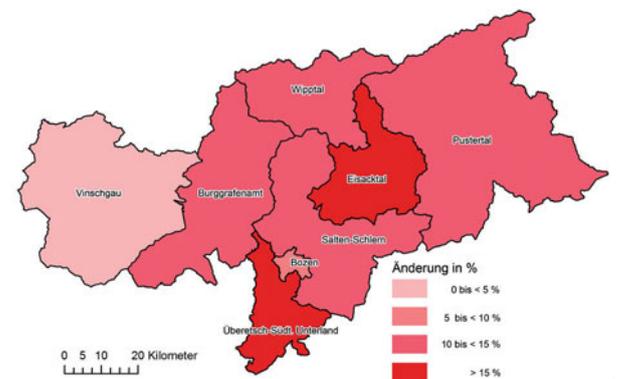


Abbildung 10: Bevölkerungsentwicklung in den Bezirksgemeinschaften Südtirols 1996 bis 2011

Entwurf: Lehrstuhl Regionalentwicklung und Raumordnung, Kaiserslautern 2013.

Quelle: Autonome Provinz Bozen – Landesinstitut für Statistik (ASTAT).

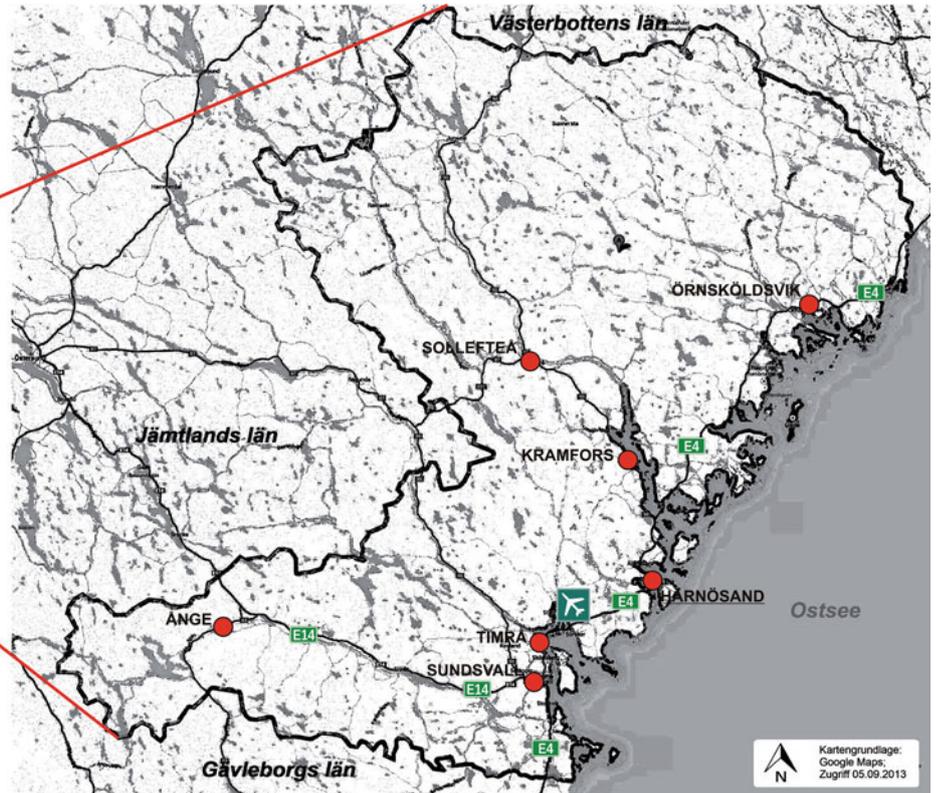
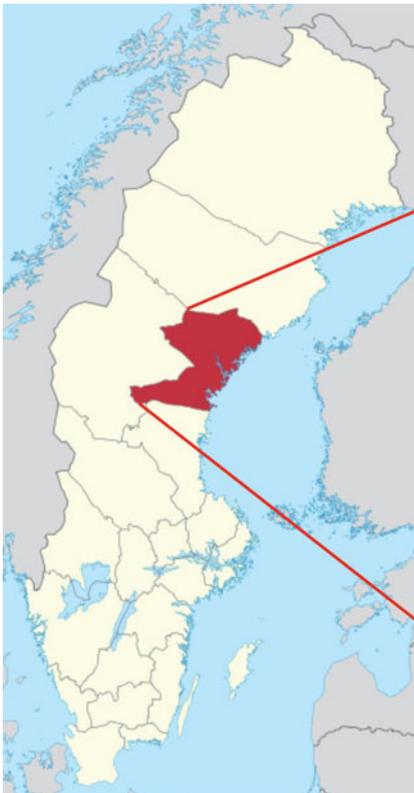


Provinz Västernorrland

Die Provinz Västernorrlands Län liegt bezogen auf die Nord-Süd-Ausdehnung etwa in der Mitte Schwedens. Die Küste macht mit 1.121 km fast 10% der Küste des gesamten Landes aus. Auf rund 22.000 km² Fläche konzentrieren sich städtische Zentren und Verkehrswege im Küstengebiet. Die dominante Flächennutzung ist mit nahezu 75% die Forstwirtschaft.¹⁹ Die Provinz hat ca. 240.000 Einwohner. Sie besteht aus sieben Gemeinden: Ånge, Härnösand, Kramfors, Örnsköldsvik, Sollefteå, Sundsvall und Timrå. Hauptstadt ist die Küstenstadt Härnösand (ca. 17.500 Einwohner).

Merkmale:

- Sehr geringe Bevölkerungsdichte (11 Einwohner/km²), wobei die südlichen Kommunen noch eine höhere Bevölkerungsdichte als die restlichen Gemeinden aufweisen.²⁰
- Stetiger Bevölkerungsverlust²¹: Die Zuwanderung kann den Bevölkerungsrückgang abmildern, aber nicht aufhalten.²²
- Die zunehmende Alterung der Bevölkerung ist in Väs-



ternorrland überdurchschnittlich ausgeprägt und wird es laut Prognose auch in Zukunft sein.²³

- Insbesondere in der Altersgruppe 25 bis 44 Jahre gibt es ein unausgeglichenes Geschlechterverhältnis²⁴, mit einem Überschuss an Männern, da viele junge Frauen die Region verlassen.²⁵
- Hinsichtlich der Rolle der einzelnen Wirtschaftszweige zeigt sich eine noch immer hohe Bedeutung des primären Sektors, wenn der Anteil der Wertschöpfung in diesem Bereich mit dem Wert für Schweden verglichen wird. Der Waldreichtum Västernorrlands ist der zentrale Standortfaktor für die Forstwirtschaft.
- Große Unternehmen sind nach wie vor das Rückgrat der regionalen Wirtschaftsstruktur. Weiterhin ist festzustellen, dass die Bereiche produzierendes Gewerbe, Elektrizitäts- und Gasversorgung sowie Information und Kommunikation in Västernorrland einen deutlich höheren Anteil an der Wertschöpfung haben als im schwedischen Durchschnitt. Unterdurchschnittlich ist dagegen der Anteil der Wertschöpfung in den Bereichen Bergbau, Handel, Wissenschaft und Gesundheit.²⁶
- Der Arbeitsmarkt war in den letzten Jahren von einer zunehmenden Deindustrialisierung bei gleichzeitiger Bedeutungszunahme des Dienstleistungssektors gekennzeichnet sowie einer Umstrukturierung des öffentlichen Sektors, im sozialstaatlich geprägten Skandinavien traditionell wichtiger Arbeitgeber. Es gab hier vor allem eine Verringerung der Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen am Arbeitsmarkt.
- Die Arbeitslosenquote liegt in Västernorrland mit 7% deutlich über dem schwedischen Durchschnitt von 4,8%.²⁷
- Die Struktur des Arbeitsmarktes mit einem wenig diversifizierten Branchenmix ist immer noch ein Problem, was sich auf die Attraktivität Västernorrlands als Wohn- und Arbeitsort auswirkt und zu einer überdurchschnittlichen Abwanderung insbesondere der jungen Bevölkerung führt.²⁸

Abbildung 11: Lage der Provinz Västernorrlands Län in Schweden

Entwurf: Eigene Darstellung, Lehrstuhl Regionalentwicklung und Raumordnung, Kaiserslautern 2013.

Quelle: Internetauftritt Google Maps; Internetauftritt Wikipedia, aufgerufen unter: http://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Västernorrlands_län_in_Sweden.svg, Zugriff: 10.10.2013.

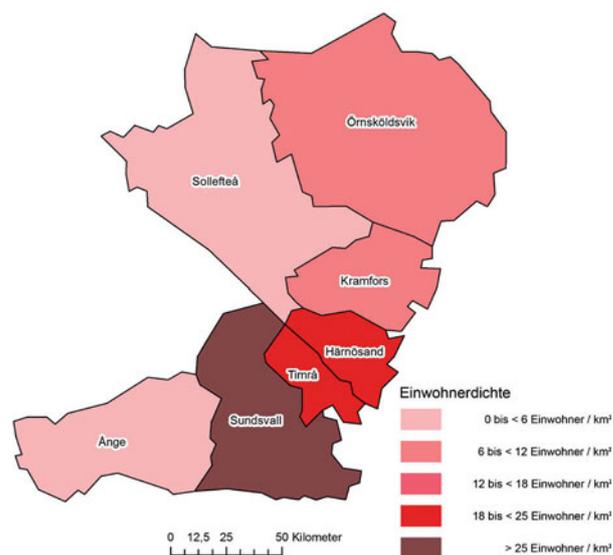


Abbildung 12: Bevölkerungsdichte der Gemeinden Västernorrlands 2012

Entwurf: Eigene Darstellung, Lehrstuhl Regionalentwicklung und Raumordnung, Kaiserslautern 2013.

Quelle: Statistics Sweden.

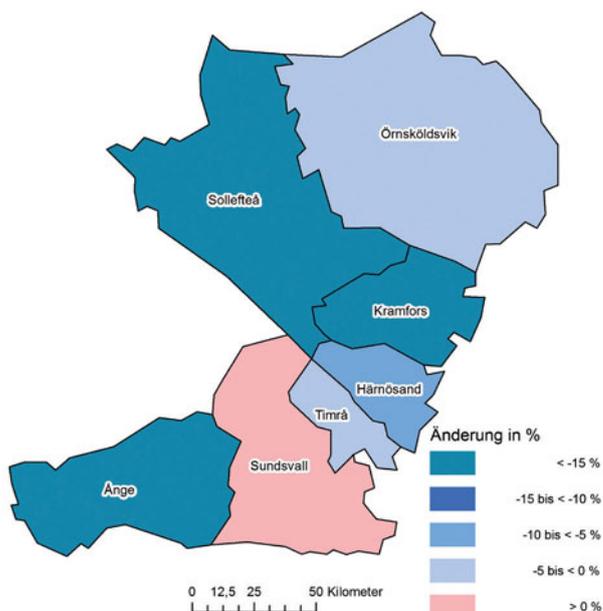


Abbildung 13: Bevölkerungsentwicklung in den Gemeinden Västernorrlands 1997 bis 2012

Entwurf: Eigene Darstellung, Lehrstuhl Regionalentwicklung und Raumordnung, Kaiserslautern 2013.

Quelle: Statistics Sweden.



Die Herausforderungen der europäischen Partnerregionen im Überblick:

Die europäischen Partnerregionen liegen alle in peripheren, ländlichen und vergleichsweise strukturschwachen Räumen. Sie haben geringe Bevölkerungsdichten und sind von einer Überalterung geprägt. Oftmals sind innerhalb der Region sehr heterogene Entwicklungen vorzufinden, mit relativ starken Zentren mit wachsender Bevölkerung und sehr ländlichen Gebieten, in denen die Bevölkerungszahl schrumpft. Die Regionen unterscheiden sich durch besondere (siedlungs-)strukturelle Merkmale, wie z. B. die alpinen Dörfer und Höfe in Südtirol oder der flachen Küstenlandschaft mit weiten Entfernungen zwischen größeren Siedlungen in Västernorrland. Aufgrund der aufgezeigten speziellen topografischen Bedingungen gestaltet sich die Erreichbarkeit der Zentren schwierig. Eine weitere strukturelle Besonderheit von Västernorrland ist das unausgeglichene Geschlechterverhältnis, insbesondere in der Altersgruppe 25 bis 44 Jahre, mit einem Überschuss an Männern.

Die sich aus den raumstrukturellen und sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen ergebenden zentralen Herausforderungen der europäischen Partnerregionen sind den deutschen Regionen sehr ähnlich:

- Je geringer die Bevölkerungsdichte ist, desto höher sind tendenziell die Infrastrukturkosten pro Kopf. Dies stellt eine erschwerte Ausgangssituation bei der Sicherung von Leistungen und Einrichtungen der Daseinsvorsorge dar.

- Bevölkerungsverluste verstärken diese Problematik und führen zu weiteren Tragfähigkeitsproblemen in vielen Bereichen der Daseinsvorsorge. Beispielsweise ist durch rückgängige Schülerzahlen der Erhalt von Schulen gefährdet. Auch Imageprobleme resultieren aus rückläufigen Bevölkerungszahlen.
- Der starke Anstieg der Zahl älterer Menschen bedingt eine Neuausrichtung der Infrastruktur und wird gravierende Folgen vor allem für die Sozial- und Gesundheitssysteme mit sich bringen – dementsprechend werden auch geeignete Systeme für die Lebensformen und die Betreuung von betagten und hochbetagten Menschen zu entwickeln sein.
- Die Wirtschaftsstruktur ist ein zentrales Element zur Entwicklung von Regionen. Oftmals hängt das Image einer Region davon ab. Vor allem das Vorhandensein attraktiver Arbeitsplätze trägt maßgeblich zur Entwicklung von Regionen bei.
- Zur Sicherung und Anpassung der Daseinsvorsorge braucht es vor allem moderne Infrastrukturen und gewisse finanzielle Spielräume der Kommunen und Regionen.

In allen europäischen Partnerregionen setzen sich unterschiedliche Verwaltungsebenen und Institutionen mit den Folgen des demografischen Wandels sowie mit Strategien und Projekten zur Sicherung der Daseinsvorsorge auseinander.



2.2 Daseinsvorsorge in Österreich

In Österreich findet der deutschsprachige Terminus „Daseinsvorsorge“ allgemeine Anwendung²⁹ und hat weitgehend die gleiche Bedeutung wie in Deutschland. Verwendung findet der Begriff vor allem für staatliche, kommunale bzw. öffentliche Aufgaben. Dazu zählen wie in Deutschland u. a. Verkehrseinrichtungen, Bildungs- und Kultureinrichtungen, Krankenanstalten, Ver- und Entsorgungsanlagen sowie Kommunikationseinrichtungen.³⁰ Im Vordergrund der Fachexkursion nach Niederösterreich stand der Daseinsvorsorgebereich Mobilität.

Zuständigkeiten für die Daseinsvorsorge – hohe Bedeutung der Kommunen

Wenngleich auch Bund und Bundesländer sowie von ihnen beauftragte Private im Bereich der Daseinsvorsorge tätig sind, so kommt den Kommunen in Österreich eine besondere Rolle zu. Nach Art. 115 bis 120 der österreichischen Bundesverfassung ist die Gemeinde sowohl eine Gebietskörperschaft mit dem Recht auf Selbstverwaltung als auch ein Verwaltungssprengel.³¹

Sie ist gemäß Art. 118 Abs. 2 Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG) für alle Angelegenheiten, die im ausschließlichen oder überwiegenden Interesse der örtlichen Gemeinschaft gelegen und geeignet sind, durch die Gemeinschaft innerhalb ihrer Grenzen besorgt zu werden, verantwortlich, beispielsweise für Straßen und Wege, Wasserver- und Abwasserentsorgung, Abfallentsorgung, Gesundheit, Alten- und Krankenpflege sowie Kinderbetreuung. Die Gemeinden können frei wählen, ob und welche Verwaltungsaufgaben sie in der kommunalen Daseinsvorsorge erfüllen, vorausgesetzt es bestehen keine bundes- oder landesgesetzlichen Bindungen. Weiterhin obliegt ihnen die Entscheidung, ob sie dabei in den Formen des Hoheitsrechts oder des Privatrechts handeln. Ihr stehen verschiedene Instrumente zur Aufgabenerledigung zur Verfügung, wie z. B. Eigenleis-

tung, Eigenbetriebe, Privatrechtlich organisierte öffentliche Unternehmen, Auftragsvergabe mittels öffentlicher Ausschreibung, Public Private Partnership oder Gemeindegkooperationen. Die Versorgungsrolle der Gemeinden ist rechtlich abgesichert und vor Eingriffen der Bundes- und Landesverwaltung sowie der Bundes- und Landesgesetzgebung geschützt. Aufgrund steigender Anforderungen des europäischen Gemeinschaftsrechts werden jedoch immer mehr Regelungen auf Landes- und Bundesebene getroffen, die zu einer Einschränkung der kommunalen Autonomie führen können.³²

Daseinsvorsorge im Bereich Mobilität – Aufgaben auf Gebietskörperschaften verteilt und Verkehrsverbünde als Schnittstelle

Nach Art. 10 des B-VG ist Verkehr in Österreich Bundesaufgabe. Der Bereich des öffentlichen Verkehrs ist allerdings nicht explizit erwähnt und die Zuständigkeit nicht genau geregelt. Im Bundesgesetz über die Ordnung des öffentlichen Personennah- und Regionalverkehrs (ÖPNRV-G 1999) regelt der Bund die Grundlagen für den Betrieb des öffentlichen Personennah- und Regionalverkehrs und nennt drei Aufgaben: Schienenpersonenverkehr, Kraftfahrlinienverkehr sowie Nah- und Regionalverkehrsplanung. Der Bund übernimmt die Verantwortung dafür, dass jenes Grundangebot im ÖPNV finanziert wird, das 1999/2000 vorhanden war. Die weitergehende Verkehrs(bedarfs)planung sowie die Anpassung des Systems an künftige Bedürfnisse werden den Ländern und Gemeinden überlassen. Das ÖPNRV-G sieht Verkehrsverbünde vor, die u. a. die Festsetzung der Beförderungspreise, die Verkehrsplanung und Fahrplangestaltung, die Bestellung von Verkehrsdiensten, Marketing- und Vertriebsaktivitäten sowie Kundeninformation übernehmen.³³ Die Verkehrsverbünde sind Schnittstelle zwischen Fahrgästen, Verkehrsunternehmen, Gebietskörperschaften und Politik.³⁴

2.3 Daseinsvorsorge in der Schweiz

Die Schweizer Verfassung kennt keine mit Deutschland vergleichbare Leitvorstellung der „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“. In der Schweiz entspricht die Terminologie des „Service public“ etwa dem in Deutschland verwandten Begriff der Daseinsvorsorge. Dazu gehört die materielle Infrastruktur wie Verkehr, Telekommunikation, Post, Ver- und Entsorgung sowie elektronische Medien (Radio und Fernsehen). Im weiteren Sinn zählt auch die immaterielle Infrastruktur wie Gesundheit, Ausbildung, Kultur und Freizeit dazu.³⁵ Die Daseinsvorsorgebereiche Mobilität, Bildung und Gesundheit/Pflege bildeten den thematischen Schwerpunkt der Fachexkursion nach Graubünden.

Teilung der Zuständigkeiten zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden

Auch in der Schweiz gibt es eine Teilung der Zuständigkeiten – der Bund, die Kantone und die Gemeinden nehmen jeweils eigene Aufgaben wahr. Dem Bund wird die Zuständigkeit für einzelne Bereiche durch die Bundesverfassung ausdrücklich übertragen. Alle anderen Aufgaben wie etwa das Bildungswesen, die Spitäler oder die Polizei liegen im Zuständigkeitsbereich der Kantone, die dadurch eine große Autonomie erlangen. Den Gemeinden werden ihre Aufgaben vom Kanton oder vom Bund explizit übertragen. Dennoch ist es ihnen möglich, auch ohne ausdrückliche Ermächtigung durch kantonales Recht, Vorschriften in Bereichen zu erlassen, die sie direkt betreffen. In den letzten Jahren sind in der Schweiz verschiedene Infrastrukturbereiche privatisiert, teilprivatisiert oder dereguliert worden, wodurch eine uneingeschränkte Kontrolle der öffentlichen Hand nicht mehr möglich ist.³⁶

Daseinsvorsorge im Bereich Mobilität – Verkehrsrechtliche Kompetenz beim Bund mit Beteiligung der Kantone, Tarifverbände zur Organisation des ÖPNV

Nach Art. 87 Bundesverfassung (BV) ist die Gesetzgebung über den Eisenbahnverkehr Sache des Bundes. Mit der Revision des Eisenbahngesetzes in den 1990er Jahren wurden den Kantonen verschiedene Aufgaben, wie z. B. die Bestellung der regionalen Verkehrsleistungen zusammen mit dem Bund sowie die Pflicht der Abgeltung eines Teils der ungedeckten Kosten übertragen. Im Ortsverkehr engagieren sich hauptsächlich die Gemeinden und einige Kantone. Auch in der Schweiz ist die Organisation des öffentlichen Personenverkehrs über Tarifverbände üblich – diese werden durch die Kantone und Gemeinden finanziert.³⁷

Außerdem wird in der Schweiz durch Gesetz und in der Finanzverantwortung des Bundes sichergestellt, dass jedes Dorf mit mehr als 100 Einwohnern ganzjährig täglich mit mindestens vier Verbindungen zu versorgen ist. Kunden können mit einer Karte und garantierten Anschlüssen durch die ganze Schweiz fahren.

50% der Kosten des öffentlichen Verkehrs werden in der Schweiz aus Zuschüssen bestritten, der Rest wird erwirtschaftet.³⁸

Daseinsvorsorge im Bereich Bildung – Hauptverantwortung bei den Kantonen

Die Zuständigkeit ist föderal geprägt,³⁹ die Hauptverantwortung liegt bei den Kantonen.⁴⁰ Sie müssen gemäß Art. 19 und 62 BV für einen ausreichenden Grundschulunterricht (Vorschul-, Primar- und Sekundarstufe I) sorgen, der allen Kindern offen steht und an öffentlichen Schulen unentgeltlich ist.⁴¹ Für alle Schweizer Kinder ist ein neunjähriger Schulbesuch obligatorisch, unterteilt in Primarstufe (meist 6 Jahre) und Sekundarstufe I (meist 3 Jahre). In 17 Kantonen ist auch der Besuch eines ein- oder zweijährigen Kindergartenjahres Pflicht.⁴² Im Anschluss an die Sekundarstufe I treten die Jugendlichen in die Sekundarstufe II über. Unterteilen lässt sich diese in allgemeinbildende und berufsbildende Ausbildungsgänge.⁴³ Die Kantone sind zuständig für die Regelung und Aufsicht der obligatorischen Schule inklusive Kindergarten. Die Gemeinden sind Träger der Primarschulen und Kindergärten. Schulen der Sekundarstufe I können auch vom Kanton geführt werden. Die Kantone sind zuständig für die gymnasialen Maturitätsschulen und Fachmittelschulen (Sekundarstufe II). Sie sind Träger der Schulen und übernehmen deren Aufsicht und Finanzierung. Bund und Kantone sind gemeinsam verantwortlich für die gesamtschweizerische Anerkennung der gymnasialen Maturität. Für die Anerkennung der Fachmittelschulen und ihrer Abschlüsse gelten interkantonale Regelungen.⁴⁴

Daseinsvorsorge im Bereich Gesundheit/Pflege – kantonale Gesundheitssysteme

Das Gesundheitssystem der Schweiz ist föderalistisch aufgebaut. Gesundheitsleistungen und Gesundheitspolitik verteilen sich auf die drei Ebenen Bund, Kantone und Gemeinden. Diese Situation – ein kleinräumiges Land mit 26 kantonalen Gesundheitssystemen und hoher Gemeindeautonomie – führt in vielen Bereichen zu Zersplitterung und Überschneidungen. Auf Bundesebene sind Bundesrat und Parlament durch den Erlass von Gesetzen und Verordnungen für die Ausrichtung der schweizerischen Gesundheitspolitik verantwortlich.⁴⁵ Durch den Vollzug dieser nehmen Kantone und ihre Gesundheitsbehörden die Hauptverantwortung wahr. Ihre Aufgaben sind unter anderen:

- die Aufsicht über Spitäler, Heime und Kliniken
- gemeinsame Prävention und Gesundheitsförderung mit Bund und Gemeinden
- Lebensmittel- und Giftkontrolle sowie der Umweltschutz.

Die Aufgaben der gemeindlichen Gesundheits- und Fürsorgebehörden variieren je nach Größe der Gemeinde. Zu diesen gehören z. B.

- die Sicherstellung der Gesundheitsversorgung (Spitäler und Heime, Spitex, Beratungs- und Sozialdienste, Schulzahnpflege),
- die gemeinsame Prävention und Gesundheitsförderung mit Bund und Kanton und der koordinierte Sanitätsdienst (mit Bund, Kantonen und privaten Organisationen).

Zum Teil werden diese Aufgaben gemeinsam mit Nachbargemeinden wahrgenommen oder an Private delegiert. Insgesamt lässt sich feststellen, dass das schweizerische Gesundheitssystem zu den teuersten Gesundheitssystemen der Welt zählt.⁴⁶

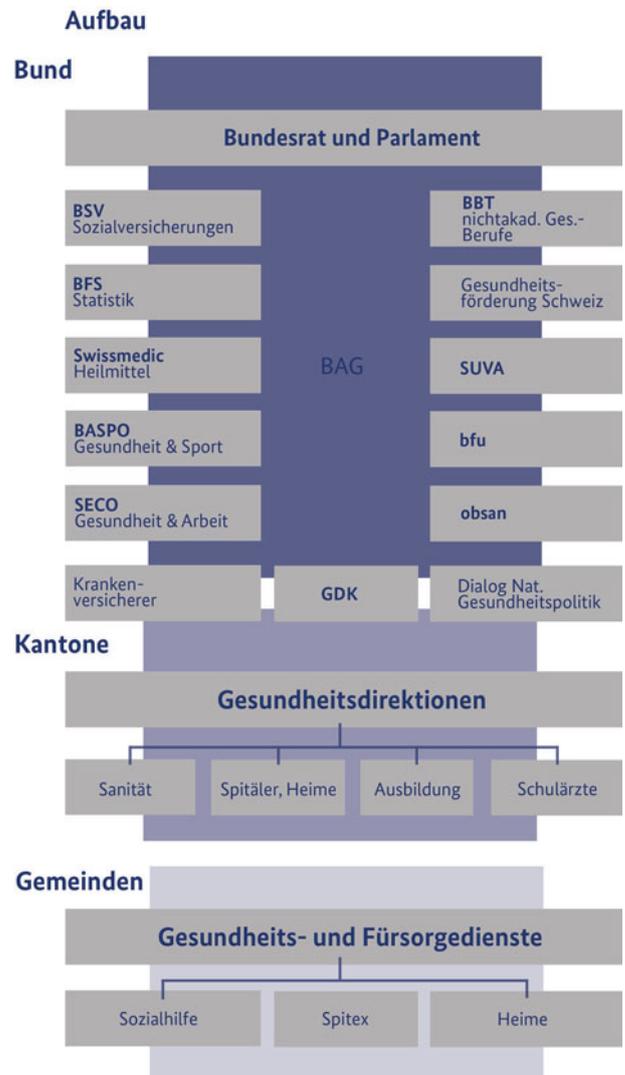


Abbildung 14: Aufbau des schweizerischen Gesundheitssystems
Entwurf: Lehrstuhl Regionalentwicklung und Raumordnung, Kaiserslautern 2014.

Quelle: Bundesamt für Gesundheit (Hrsg.) (2005): Das schweizerische Gesundheitswesen. Aufbau, Leistungserbringer, Krankenversicherungsgesetz. S. 6.

2.4 Daseinsvorsorge in Italien

Anders als in Deutschland, wo der Begriff der Daseinsvorsorge nicht nur in der politisch-gesellschaftlichen Debatte, sondern auch als Rechtsbegriff auftaucht, fehlt in Italien eine einheitliche gesetzliche Definition für Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge.⁴⁷

Das Bewusstsein für das Thema Sicherung der Daseinsvorsorge ist in Italien vor allem auf nationaler Ebene noch nicht weit entwickelt, wohingegen es auf regionaler Ebene durchaus zur Kenntnis genommen wird.⁴⁸ Die Fachexkursion nach Südtirol widmete sich hauptsächlich den Daseinsvorsorgebereichen Mobilität, Bildung und Gesundheit.

Zuständigkeiten für die Daseinsvorsorge – vermehrt Kompetenzen für die Regionen

In Italien hatte lange Zeit die nationale Ebene federführend die Kontrolle in sämtlichen politischen Feldern. Im Zuge von verschiedenen Reformen erlangten jedoch auch die Regionen vermehrt Kompetenzen.⁴⁹ Bereits seit vielen Jahrzehnten sind einige Regionen Italiens mit einem weitgehenden Autonomiestatus ausgestattet, darunter auch die Provinz Bozen-Südtirol, die über weitgehende Gesetzgebungsbefugnisse verfügt.⁵⁰

Bei der primären Zuständigkeit muss die Region die Gesetzgebungsbefugnis vorbehaltlich der Einhaltung der Verfassung, der europäischen und internationalen Verpflichtungen nicht mit dem Staat teilen. Bei der sekundären Zuständigkeit unterliegt die Gesetzgebungsbefugnis der Region der Einhaltung der von der staatlichen Gesetzgebung vorgegebenen grundlegenden Prinzipien. Der Staat gibt somit den Rahmen vor und die Region regelt die Details. Bei der Erledigung der öffentlichen Aufgaben ist stets eine weitere Eigenheit Südtirols, das Zusammenleben dreier Sprachgruppen (deutsch, italienisch, ladinisch), zu beachten, deren Interessen und Gleichbehandlung zu wahren sind.⁵¹ In den letzten Jahren erfolgte eine zunehmende Privatisierung von Infrastrukturbereichen, so dass sie unter marktähnlichen Bedingungen bereitgestellt werden. Dies betraf z. B. den Telekommunikationsbereich oder die Energieversorgung.⁵²

Daseinsvorsorge im Bereich Mobilität – gemeinsames Verkehrsverbundsystem in Südtirol

Die Autonome Provinz Bozen-Südtirol besitzt gemäß Autonomiestatut und Durchführungsbestimmung Nr. 527/1987 die primäre Gesetzgebungsbefugnis im Personennahver-

kehr und somit gibt es einheitliche Kriterien im ÖPNV (Fahrpläne, Tarife, Dienstverträge usw.). Zur Organisation dessen wird eng mit den Gemeinden zusammengearbeitet. In bestimmten Fällen übernehmen diese auch einen kleineren Teil der Finanzierung lokaler Dienste (z. B. Citybusse). Für die Infrastruktur und technische Einrichtungen an den Bahntrassen sind überwiegend die staatlichen Eisenbahngesellschaften zuständig.⁵³ In Südtirol ist der öffentliche Personennahverkehr durch den Zusammenschluss von verschiedenen öffentlichen Verkehrsmitteln zu einem Verkehrsverbundsystem gekennzeichnet. Verschiedene Konzessionäre betreiben die öffentlichen Verkehrsmittel, z. B. die Busunternehmen SAD Nahverkehr AG und SASA - Städtischer Autobus Service AG, das staatliche Bahnunternehmen Trenitalia oder das Konsortium der Linienkonzessioninhaber der Autonomen Provinz Bozen („Li-BUS“).⁵⁴ Die Finanzierung des ÖPNV erfolgt durch die öffentliche Verwaltung, die die Tarifeinnahmen einbehält und sie dann wiederum in den ÖPNV investiert.⁵⁵

Daseinsvorsorge im Bereich Bildung – dezentralisierte administrative Zuständigkeiten und Organisation in Schulsprengeln

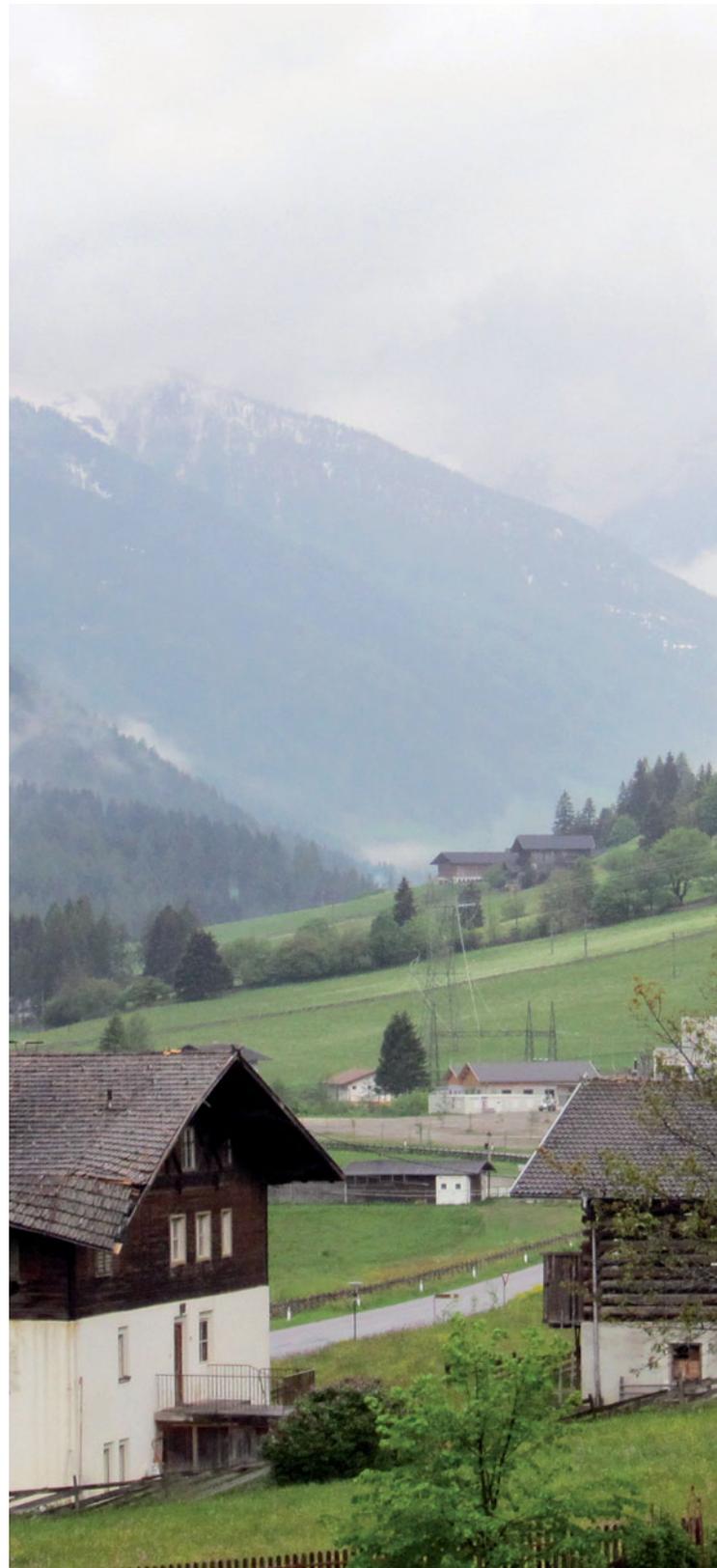
Das italienische Schulsystem ist durch eine sehr einheitliche Organisation gekennzeichnet.⁵⁶ Der besondere Autonomiestatus Südtirols ermöglicht jedoch eine sekundäre Gesetzgebungskompetenz, die zu einer an die Provinz angepassten inhaltlichen Ausgestaltung des Bildungssystems führt. Es gibt kein selektiv gegliedertes Schulsystem wie in Deutschland. Nach der fünfjährigen Grundschule schließt sich eine dreijährige Mittelschule für alle an. Die Aufteilung erfolgt in der Oberstufe in Gymnasium, Fachoberschule oder Berufsschule. Auf allen Wegen ist die Matura (das Abitur) erreichbar. Die Dezentralisierung hat bezüglich der administrativen Zuständigkeiten für das Bildungswesen die traditionelle zentralistische Steuerung der Schulen abgelöst und den Schulen Autonomie beschert. Neben der Verpflichtung der Schulen zur Zusammenarbeit mit anderen Schulen und mit den lokalen Körperschaften eröffnet das Autonomiegesetz auch die Möglichkeit, Schulverbünde zu bilden. In einem solchen Schulsprengel sind auch die meisten der meist kleinen Schulen Südtirols organisiert.⁵⁷ Eine Besonderheit der Südtiroler Schulverwaltung ist die Trennung nach Sprachgruppen, durch welche der Unterricht in der Muttersprache gewährleistet wird.⁵⁸

Daseinsvorsorge im Bereich Gesundheit – staatliches Gesundheitswesen mit Zugang nach dem Wohnprinzip

Italien schützt das Grundrecht auf Gesundheit in Artikel 32 der Verfassung. Zur Verwirklichung des Gesundheitsschutzes hat Italien ein staatliches Gesundheitswesen eingeführt. Zentrale verantwortliche Institutionen sind auf staatlicher Ebene der nationale Gesundheitsdienst, auf Landesebene der Landesgesundheitsdienst, im jeweiligen Einzugsgebiet der Sanitätsbetrieb und auf lokaler Ebene der Gesundheitsprengel.⁵⁹ Der nationale Gesundheitsdienst umfasst dabei alle Einrichtungen, Dienste und Tätigkeiten, die für die Förderung, Erhaltung und Wiederherstellung der physischen und psychischen Gesundheit der Bevölkerung zuständig sind. Bei diesem weitschichtigen Aufgabenbereich ist eine enge Zusammenarbeit zwischen Staat, Regionen und Provinzen notwendig. Der Gesundheitsdienst ist dezentral organisiert und die regionalen Verwaltungen haben weitgehende Autonomie in Gesundheitsfragen.⁶⁰

Der Südtiroler Sanitätsbetrieb ist die zentrale Institution für die Gesundheitsbetreuung in Südtirol. Dieser ist für den Gesundheitsschutz und die Gesundheitsbetreuung der ansässigen Bürger und Gäste zuständig. Die medizinische Betreuung umfasst dabei die Prävention, Heilbehandlung und Rehabilitation und erfolgt in vier Gesundheitsbezirken (Bozen, Meran, Brixen, Bruneck), welche wiederum die kleinste operative Einheit, die Gesundheitsprengel, koordinieren.⁶¹ Der Zugang zur Gesundheitsversorgung ist in Italien nach dem Wohnsitzprinzip geregelt.⁶² Jeder Bürger muss sich bei dem für seinen Wohnsitz zuständigen lokalen Gesundheitsdienst melden. Bei der Anmeldung erhält der Versicherte dann eine sogenannte Gesundheitskarte. Diese ermöglicht ihm die freie Wahl eines Familienarztes. Dieser übernimmt die Primärversorgung und fungiert als erster Ansprechpartner. Die Familienärzte sind entweder in den Ambulanzen der Gesundheitsdienste angestellt oder arbeiten freiberuflich. Wenn der Versicherte einen Facharzt konsultieren möchte, ist i. d. R. die Überweisung des Familienarztes erforderlich.

Obwohl Regelleistungen der Gesundheitsversorgung kostenlos sind, erfolgt die Finanzierung des Gesundheitsdienstes nur teilweise durch öffentliche Gelder (z. B. Steuern). Daneben werden auch Arbeitgeberbeiträge und private Zuzahlungen (z. B. für Facharztbesuche, Rezeptgebühren, Medikamente) herangezogen.



2.5 Daseinsvorsorge in Schweden

Das schwedische Verständnis des Begriffs Daseinsvorsorge ist stark an die Terminologie des Konzeptes SGI (Services of General Interest) der Europäischen Union angelehnt, da dem Begriff als solches in Schweden keine theoretische Basis zu Grunde lag. Demnach werden unter Daseinsvorsorgeleistungen sowohl marktbezogene als auch nichtmarktbezogene Dienstleistungen von allgemeinem Interesse verstanden, die von staatlichen Stellen erbracht werden. Hierunter fallen einerseits technische und soziale Infrastrukturen, andererseits ebenfalls kommerzielle Dienstleistungen, wie beispielsweise der Einzelhandel. Des Weiteren ist in Schweden der Terminus SSGI (Social Services of General Interest) gebräuchlich, da die Begrifflichkeiten „social service“ und „public services“ dem schwedischen Verständnis der europäischen Terminologie SGI am nächsten zu entsprechen scheinen.^{63,64} Thematische Schwerpunkte der Fachexkursion nach Västernorrland waren die Daseinsvorsorgebereiche Bildung und Gesundheit/Pflege sowie digitale Infrastruktur.

Zuständigkeiten für die Daseinsvorsorge – Selbstverwaltung der Kommunen und Provinzen

Die Verwaltung in Schweden besteht aus drei Ebenen: Die staatliche, regionale und kommunale Verwaltung. Die regionale Verwaltung wird in 21 Provinzen (län) mit der Provinzialregierung (länsstyrelsen) wahrgenommen. Die regionale Staatsverwaltung (länsstyrelserna) bildet die Schnittstelle zwischen nationaler und kommunaler Ebene, da sie einerseits die Staatsinteressen in den Provinzen (län) und andererseits die regionalen Interessen auf Reichsebene vertritt.⁶⁵ Die kommunale Verwaltung erfolgt auf zwei Ebenen, dem Provinziallandtag (landsting) und der Gemeinde (kommun).⁶⁶ Die nationale Ebene kann durch die Aufstellung von Gesetzen oder Richtlinien zwar direkten Einfluss auf die kommunale Ebene ausüben und den Gemeinden spezifische Zuständigkeiten zuweisen,⁶⁷ sie hat jedoch keinen Einfluss darauf, wie die Kommunen diese Vorgaben umsetzen. Folglich bestehen lokale Unterschiede bezüglich der Erbringung von Daseinsvorsorgeleistungen. Eines der wichtigsten Prinzipien des schwedischen demokratischen Systems ist das „local self-government“, das den Gemeinden (kommun) und Provinzen (län) die größtmögliche Freiheit einräumt, sich selbst zu verwalten und zu organisieren und auch zu entscheiden, wie Leistungen und Infrastrukturen der Daseinsvorsorge bereitgestellt werden.⁶⁸



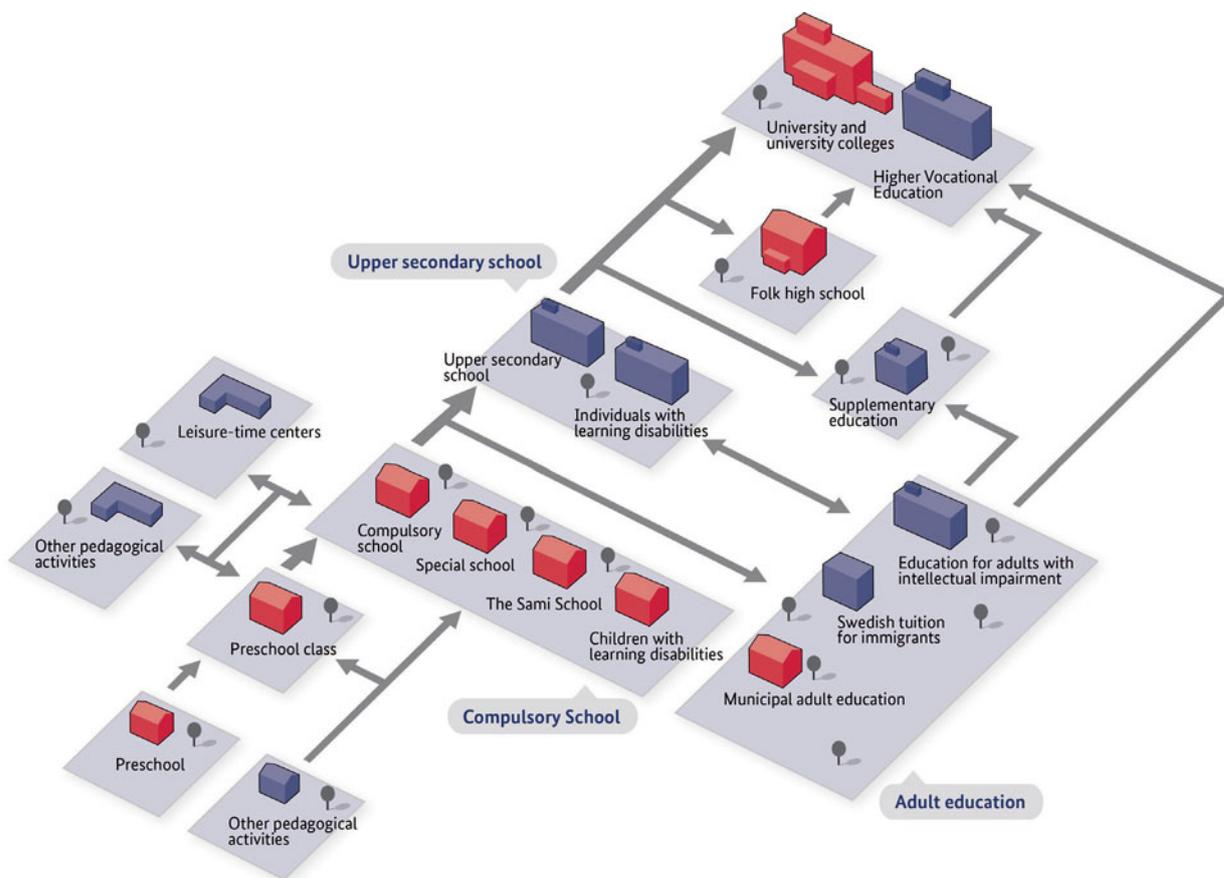


Abbildung 15: Das schwedische Schulsystem

Entwurf: Lehrstuhl Regionalentwicklung und Raumordnung, Kaiserslautern 2015.

Quelle: Internetauftritt Skolverket, aufgerufen unter: http://www.skolverket.se/polopoly_fs/1.179236!/image/SVUS-Original-2012-EN_350x263.jpg, Zugriff: 22.10.2014.

Daseinsvorsorge im Bereich Bildung – Rahmensetzung durch den Staat, Ausfüllung durch die Gemeinden

Das schwedische Schulsystem besteht im Wesentlichen aus der in jeder Gemeinde angebotenen freiwilligen Vorschule, einer neunjährigen Pflichtschule mit möglicher Betreuung vor und nach der Schule und anschließend einer dreijährigen Gymnasialzeit (optional). Die Gemeinden sind grundsätzlich für die Kinderbetreuung und das Schulwesen zuständig. Dazu zählen etwa die Kinderbetreuung ab dem 1. Lebensjahr, die Vorschule und die Grundschule sowie die weiterführenden Schulen. Auch die Erwachsenenbildung und der Schwedischunterricht für Einwanderer zählen zu den gemeindlichen Aufgaben. Die Gemeinden sind verpflichtet, allen Kindern, deren Eltern erwerbstätig sind oder studieren, einen Platz in der Vorschule bereitzustellen. Der

Besuch der anschließenden weiterführenden Schule (Gymnasium) ist freiwillig und gebührenfrei. Die verschiedenen theoretisch und berufspraktisch orientierten Ausbildungsprogramme laufen über drei Jahre. Ferner ist ein Anstieg der Anzahl an Privatschulen zu beobachten.⁶⁹ Bezüglich der Zuständigkeiten ist festzustellen, dass Richtlinien, Lehrpläne und landesweite Ziele für das öffentliche Schulwesen vom schwedischen Parlament (Reichstag) und der Regierung bestimmt werden. Dieser Rahmen wird dann von den Gemeinden eigenständig ausgefüllt. Um die Zielerfüllung der Schule zu überprüfen, müssen Gemeinden und die Schulen jährlich eine Qualitätskontrolle durchführen.⁷⁰

Daseinsvorsorge im Bereich Gesundheit/Pflege – Staatliches Gesundheitssystem mit einer Versicherung der gesamten Bevölkerung nach dem Wohnsitzprinzip

Schweden verfügt über ein staatliches, im Wesentlichen steuerfinanziertes und dezentral organisiertes Gesundheitssystem. Versichert ist die gesamte Bevölkerung nach dem Wohnsitzprinzip.⁷¹ Auf staatlicher Ebene werden mittels Gesetzen und Verordnungen Grundsätze für die Gesundheitsversorgung festgelegt und die Ausrichtung der Gesundheitspolitik bestimmt. Die Provinziallandtage sind im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung vor allem für das Gesundheitswesen zuständig und tragen die Krankenhäuser in ihrem Gebiet. Auch die öffentliche Zahnbehandlung sowie die psychiatrische Krankenpflege gehören zu ihren Aufgaben. Sie sind für die Sicherstellung der medizinischen Versorgung, die Planung der angebotenen Leistungen, die Verteilung der finanziellen Mittel und die Finanzierung der Gesundheitsversorgung zuständig. Im Bereich der Seniorenbetreuung im Rahmen der Heim- und Hauspflege und der Betreuung von Menschen mit Behinderungen sind die Gemeinden verantwortlich.⁷²

Eine Besonderheit sind in Schweden die Distriktpflegekräfte, die Hausbesuche – insbesondere bei älteren Patientinnen und Patienten – durchführen und somit den Erstkontakt herstellen. Ihnen obliegt es die Lage einzuschätzen, in bestimmten Fällen Medikamente zu verordnen und die Patientinnen und Patienten bei Bedarf an Allgemeinärztinnen und -ärzte oder Krankenhäuser zu verweisen. Die ambulante Versorgung wird durch Primärversorgungszentren als Einrichtungen der Provinziallandtage gewährleistet. Die stationäre Versorgung unterteilt sich in drei Stufen: Distriktkrankenhäuser, Zentralkrankenhäuser und Regionalkrankenhäuser. Der Vertrieb von Arzneimitteln ist in Schweden verstaatlicht und dem staatlichen Unternehmen Apoteket AB übertragen.⁷³ Um die Leistungen auch in Zukunft aufrechterhalten zu können und Ressourcen effizienter einzusetzen, sind vermehrt Kooperationen zwischen den einzelnen Verantwortlichkeiten notwendig. Das Konzept der „medizinischen Nahversorgung“ soll Leistungen verschiedener Akteure wie des örtlichen Krankenhauses oder Gesundheitszentrums koordinieren, um den Bedürfnissen der Patienten gerecht zu werden.⁷⁴



Abbildung 16: Organisation des schwedischen Gesundheitswesens

Entwurf: Lehrstuhl Regionalentwicklung und Raumordnung, Kaiserslautern 2013.

Quelle: Internetauftritt Schweden-Navigator, aufgerufen unter: <http://www.schweden-navigator.de/pdf/Gesundheitswesen.pdf>, Zugriff: 23.08.2013.

Daseinsvorsorge im Bereich digitale Infrastruktur – Digitale Agenda zur bestmöglichen Nutzung von Vorteilen der Digitalisierung

Eine effiziente IT-Infrastruktur ist wesentlich, um Wachstum und Entwicklung in einer dünn besiedelten Provinz wie Västernorrland zu erhalten. In der Provinz gibt es derzeit Gebiete, in denen es keine Mobilfunk- und Breitbandversorgung gibt. Auch andere Regionen in Schweden sind von dieser Problematik betroffen.⁷⁵ Trotzdem gilt Schweden als ein Vorreiter im Einsatz von Informationstechnologien, wozu ein entsprechend ausgebauter Zugang zu Informationstechnologien Grundvoraussetzung ist.⁷⁶ Um diesen Zugang zu gewährleisten, besteht in Schweden ein durch politische Maßnahmen geschaffener unterstützender rechtlicher Rahmen, der einen schnellen Ausbau fördert.⁷⁷ Mit einer nationalen digitalen Agenda sollen seit 2011 weitere Fortschritte unterstützt werden. Ziel der schwedischen Regierung ist es, das Land zu werden, welches die Vorteile der Digitalisierung am besten nutzt.⁷⁸ Bis zum Jahr 2020 sollen 90% der Bevölkerung an eine Breitbandversorgung mit einem Standard von 100 Mbits/s angeschlossen sein. Die Provinzialregierungen, wie etwa die Länsstyrelsen Västernorrland, arbeiten zur Unterstützung der nationalen digitalen Agenda regionale digitale Agenden und regionale IuK-Aktionspläne aus. Dabei kooperieren sie mit öffentlichen Einrichtungen auf lokaler, regionaler oder nationaler sowie mit privaten Unternehmen.⁷⁹

Regionale Akteure in der Daseinsvorsorge - der Kommunförbundet Västernorrland

In Schweden sind verschiedene Formen der interkommunalen Kooperation möglich, u. a. durch den Zusammenschluss in einem Kommunalverband (kommunförbundet). Ein Kommunalverband kann aus mehreren Gemeinden mit einem oder mehreren Provinziallandtagen bestehen. Ihm können behördliche Aufgaben übertragen werden. Im Jahr 2004 gab es etwa 84 Kommunalverbände in Schweden.⁸⁰ Der Kommunförbundet Västernorrland besteht aus sieben Gemeinden, die sich zusammengeschlossen haben, um ihre zukunftsfähige Entwicklung zu gewährleisten und eine gemeinsame regionale und nachhaltige Entwicklung zu koordinieren und zu initiieren. Verschiedene Themenbereiche werden gemeinsam bearbeitet, darunter auch Themen der Daseinsvorsorge. Schwerpunktthemen des Verbandes sind u. a. „Wachstum und Entwicklung“, „Soziale Dienste“, „Bildung“, „Beschäftigung und Umwelt“^{81,82}. Im Bereich „Soziale Dienste“ geht es beispielsweise um

Unterstützung, soziale Betreuung, Gesundheits- und Altenpflege. Die Verbesserung der Lebensqualität älterer Menschen wird angestrebt. Einen Schwerpunkt bildet auch das Thema E-Health.⁸³ Der Vorstand setzt sich aus Kommunalpolitikern zusammen. Es gibt einen Direktor und je nach Anzahl der Projekte sind 25-30 Mitarbeiter im Kommunförbundet beschäftigt. Das „förbundsmöte“ ist das höchste Entscheidungsgremium und besteht aus 65 Vertretern der politischen Parteien des Bezirks. Die Zusammenarbeit des Verbandes erfolgt mit den Gemeinden, die Eigentümer und Partner sind, sowie weiteren regionalen Akteuren. Wichtig für die Arbeit des Kommunalverbandes sind der offene Dialog mit lokalen Akteuren, das Teilen und Diskutieren neuer Ideen sowie das Aufzeigen von Problemen und Chancen. Der Kommunalverband bietet Kurse und Konferenzen zu bestimmten Themen an und unterstützt als Projektkoordinator die Umsetzung innovativer Ideen. Dazu hat er ebenfalls eine Forschungs- und Entwicklungseinheit (FoU Västernorrland).



Einschätzung zu Verantwortlichkeiten in der Daseinsvorsorge in den europäischen Partnerregionen

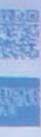
Die Gemeinden haben in den vorgestellten Partnerregionen vielfältige Aufgaben, Verantwortlichkeiten bzw. Zuständigkeiten in der Daseinsvorsorge. Beispielsweise in Niederösterreich durch das Recht auf Selbstverwaltung oder in der Schweiz, wo das Verständnis der autonomen Verwaltung und Mitbestimmung stark ausgeprägt ist.

Bei gemeinsamen Problemen und Herausforderungen entstehen, teilweise gerade durch die aufgezeigten unterschiedlichen Rahmenbedingungen, interessante Projekte zur Sicherung der Daseinsvorsorge sowohl in einzelnen Daseinsvorsorgebereichen als auch im Sinne von querschnittsorientierten Strategien. Eine Übertragbarkeit von Strategien, Ansätzen und Projekten kann in vielen Fällen trotz der unterschiedlichen Rahmenbedingungen möglich und sinnvoll sein. Standards und rechtliche Rahmenbedingungen der Partnerregionen können auch dazu anregen, Regelungen und Verantwortlichkeiten in Deutschland zu überdenken und gegebenenfalls zu verändern, um Handlungsspielräume zu erhöhen.



3. Innovative Ansätze und Projekte

NE AUSSTELLUNG VOM
6. 5. BIS 28. 9. 2014



Rätisches Museum
Museum retic
Museo retico

auslösen versperrt



In den ausgewählten europäischen Partnerregionen wurden innovative Ansätze, Strategien und Projekte zur Sicherung der Daseinsvorsorge in verschiedenen Daseinsvorsorgebereichen, wie Bildung und Mobilität vorgestellt, deren Inhalte und wichtigen Projektmerkmale im Folgenden dargestellt werden. Die Bereiche Querschnittsstrategien in der Kommunal- und Regionalentwicklung sowie Regionale Wirtschaft und Wertschöpfung zählen nicht originär zur Daseinsvorsorge, die vorgestellten Projekte unterstützen jedoch die Sicherung der Daseinsvorsorge in der jeweiligen Region.

3.1 Bereich Bildung

Während der internationalen Informations- und Erfahrungsaustausche wurden in Västernorrland und Graubünden Bildungsprojekte vorgestellt, die zum Ziel hatten Bildungsangebote vor Ort, auch in ländlichen Regionen, zu erhalten und eine gute Qualität sicherzustellen. In Graubünden untersucht das Projekt „Schule im alpinen Raum I und II“ Erfolgsfaktoren zum Erhalt von kleinen Schulen im alpinen ländlichen Raum sowie deren innovative didaktische Konzepte. In Västernorrland sollen interkommunale Kooperationen den Erhalt der Bildungslandschaft und vor allem der weiterführenden Schulen sichern. Dabei spielt sowohl die Qualitätssicherung als auch die Schwerpunktbildung eine zentrale Rolle.

In Graubünden und Västernorrland sind, im Unterschied zu Deutschland, die Kommunen Träger der Schulgebäude und des Lehrpersonals. In beiden Regionen stellen sinkende Schülerzahlen ein zunehmendes Problem zum Erhalt der Schulen dar.

Schule im alpinen Raum – Erfolgsfaktoren zum Erhalt von kleinen Schulen im alpinen ländlichen Raum sowie innovative didaktische Konzepte (Graubünden)

Rahmenbedingungen und räumlicher Bezugsrahmen: Sinkende Schülerzahlen und Rückgang von Schulstandorten
Sinkende Schülerzahlen und bildungspolitische Entwicklungen stellen den Kanton Graubünden, vor allem in ländlich geprägten Gebieten, vor große Herausforderungen. Dies veranlasst u. a. Schulzusammenschlüsse und Umstrukturierungen. Den Gemeinden kommt hier eine wichtige Aufgabe zu, da sie für den Bereich Schulwesen zuständig sind. Gerade im ländlich alpinen Raum gibt es viele kleine und zum Teil sehr kleine Schulen. Laut Schulgesetz des Kantons Graubünden hat eine kleine Schule weniger als zehn Abteilungen, wobei eine Abteilung einer Schulklasse entspricht und die kleinste organisatorische Einheit des Schulsystems ist. Festgelegt ist ebenfalls die Mindestschülerzahl pro Abteilung. Sie beträgt in der Primarschule und im Kindergarten mindestens fünf Schülerinnen und Schüler, in der Realschule sieben und in der Sekundarschule zehn. Gemeinden erhalten eine Zusatzpauschale zur Finanzierung, wenn der Weg für Schülerinnen und Schüler zum nächsten Schulstandort zu weit ist. Das Projekt definiert zusätzlich kleine Schulen als Schulen, die auf Grund der geringen Schülerzahl Mehrjahrgangsklassen führen.

Insbesondere die Kleinschulen in peripheren Gebieten sind durch den Schülerrückgang gefährdet und ein Rückgang an Schulträgerschaften und Schulstandorten ist zu verzeichnen. Dies hat nicht nur Folgen für Schülerinnen und Schüler, die längere Schulwege zurücklegen und sich an ändernde Tagesstrukturen anpassen müssen, sondern auch für Lehrerinnen und Lehrer, die kleinere Klassen und Mehrjahrgangsklassen unterrichten, wenig kollegialen Austausch haben und evtl. auch die Doppelrolle Schulleitung und unterrichtender Lehrer erfüllen müssen. Auch die Dörfer sind von den Folgen betroffen, da die Schule identitätsstiftend wirkt, ein zentrales Element der Dorfstruktur ist und den Zusammenhalt dörflicher Gemeinschaften unterstützt. Sie kann zum Bleiben junger Familien beitragen. Bei der Wahl des Wohnortes spielen für Familien mit Kindern das Angebot und der Ruf der Schule eine zentrale Rolle. In Graubünden gewinnen Mehrjahrgangsstufen an Bedeutung sowie kommunale Kooperationen, um Synergien zu nutzen. Das Projekt bezieht sich auf die Schweizer Kantone St. Gallen und Graubünden im Osten der Schweiz sowie auf das im Süden gelegene Wallis. Außerdem nimmt das österreichische Bundesland Vorarlberg an der Untersuchung teil. Die beteiligten Schulen liegen alle im ländlich-alpinen Raum.

Inhaltliche Ausprägungen: „Schule im alpinen Raum“ untersucht Erfolgsfaktoren kleiner Schulen und innovative didaktische Konzepte

Das Forschungsprojekt „Schule im alpinen Raum I“ untersuchte in den Jahren 2009 bis 2011 die Bedeutung und Entwicklungschancen kleiner Schulen in Dörfern im ländlichen, alpinen Raum. Die Daten wurden anhand von Fragebögen und Interviews gewonnen und bilden die Grundlage der Ergebnisse und Aussagen. Darauf aufbauend wird mit „Schule im alpinen Raum II“ die Forschung in den Jahren 2012 bis 2015 fortgesetzt. Untersuchungsgegenstand sind die Arbeitsbedingungen von Schulleiterinnen und Schulleitern sowie Lehrerinnen und Lehrern an kleinen Schulen sowie die dort entwickelten innovativen didaktischen Konzepte.

Akteure und Zuständigkeiten „Schule im alpinen Raum I“
Am Projekt „Schule im alpinen Raum I“ waren die Pädagogischen Hochschulen Vorarlberg, Graubünden, St. Gallen und Wallis beteiligt. Die Projektkoordination oblag der Pädagogischen Hochschule Vorarlberg. Die Pädagogische Hochschule Graubünden untersuchte dabei die Erfolgsfak-

toren der Entwicklung kleiner Schulen. Insgesamt waren 53 Grund- und Oberstufenschulen am Projekt beteiligt, Pädagoginnen und Pädagogen sowie Schülerinnen und Schüler und deren Eltern. Auch bei dem Folgeprojekt „Schule im alpinen Raum II“ waren die Pädagogischen Hochschulen Vorarlberg, Graubünden und St. Gallen Hauptakteure.

Kooperationen und Netzwerke

Eine Hochschulkooperation arbeitet gemeinsam an den Fragestellungen. Die hieraus entstandenen Ergebnisse können Schulstandorte in vielen ländlichen Regionen nutzen. Zudem entstand ein Netzwerk durch die Zusammenarbeit mit den untersuchten Schulen. Innovative Beispielprojekte können herausgestellt werden, um so Nachahmer zu finden und weitere Ideen zu entwickeln. Auch die Schulen untereinander kooperieren, indem beispielsweise Lehrer in mehreren Schulen eingesetzt werden. Gemeindeübergreifende Ansätze gewinnen zunehmend an Bedeutung.

Finanzierung

- INTERREG IV-Programm „Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein“ des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)
- Schule im alpinen Raum I wurde zusätzlich vom Kanton Wallis finanziell unterstützt.

Erfolgsfaktoren und Herausforderungen innovativer kleiner Schulen und didaktischer Konzepte

Das Projekt stellte fest, dass meist strukturelle Probleme wie z. B. sinkende Schülerzahlen, Ursachen für einen Schulentwicklungsprozess in ländlichen Gemeinden sind. Mit einem solchen Prozess wollen die Akteure die Schule im Dorf halten, da sie dazu beiträgt, dass (junge) Familien im Ort wohnen bleiben und somit auch für die weitere Ortsentwicklung eine wesentliche Rolle spielt. Neben einem professionellen Projekt- und Zeitmanagement identifizierte das Forschungsprojekt u. a. folgende Erfolgsfaktoren zum Erhalt kleiner Schulen und insbesondere für deren Entwicklungsprozess:

- Alle Beteiligten, sowohl Lehrer als auch Eltern und Einwohner der Gemeinde, sind in den Prozess einzubeziehen. Dadurch können Widerstände abgebaut und Vorbehalte geklärt werden.
- Eine gute Kommunikation zwischen allen Akteuren und Beteiligten des Entwicklungsprozesses sowie eine transparente Informationspolitik untereinander und

mit der Bevölkerung tragen zum Gelingen bei.

- In einer Arbeitsgruppe zur Planung und Steuerung des Prozesses, sollten verschiedene Akteure beteiligt sein, wodurch die Berücksichtigung unterschiedlicher Bedürfnisse gewährleistet wird.
- Eine fachliche Begleitung sowie externe Beratung unterstützt den Prozess, da die Arbeit äußerst komplex ist.
- Durch Evaluationen werden der Prozess und seine Zielerreichung überprüft und neue Aufgaben und Ziele definiert. Somit wird die Weiterentwicklung fortwährend unterstützt.

Zudem werden die Entwicklungschancen erhöht, wenn der Prozess frühzeitig und mit professioneller Begleitung gestartet wird und nicht erst wenn die Schule akut gefährdet ist. Dabei sollten die Möglichkeiten der interkommunalen Kooperationen positiv diskutiert werden.

Es wurden die Arbeitsbedingungen sowie die didaktische Gestaltung des Unterrichts in kleinen Schulen untersucht, um innovative didaktische Konzepte zu ermitteln. Es konnten mehrere Trends abgeleitet werden, wie etwa

- eine verstärkte Bedürfnisorientierung, in der vermehrt auf individuelle Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler geschaut wird,
- eine Professionalisierung der Schulführung, bei der nicht nur das Verwalten, sondern das pädagogische Entwickeln der Schule im Vordergrund steht und
- eine kooperative Arbeits- und Lernkultur, in der Schülerinnen und Schüler lernen zusammen zu arbeiten und zu kooperieren.

Ein weiterer Erfolg stellt die Qualitätssicherung in den kleinen Schulen dar. Beispielsweise kann eine Dreisprachigkeit im Unterricht realisiert werden. Gleichzeitig stellt dies eine Herausforderung für die Zukunft dar. Weitere Herausforderungen stellen sinkenden Schülerzahlen und der Umgang mit den bildungspolitischen Entwicklungen dar.

„Für einen erfolgreichen Schulentwicklungsprozess in ländlichen Gemeinden sind vor allem engagierte Persönlichkeiten wichtig, die sich für die Schule und deren Entwicklung einsetzen. Während des gesamten Prozesses ist es wichtig, alle Beteiligten mitzunehmen und die eigentliche Aufgabe der Schule, nämlich die Schülerinnen und Schüler sowie den Unterricht und dessen Qualität nicht aus den Augen zu verlieren, was aufgrund der Komplexität eines solchen Prozesses schnell passieren kann. Ein erfolgreicher Prozess kann insbesondere zum Erhalt des Dorfes und dessen Gemeinschaft beitragen.“

Dr. Ursina Kerle, Leitung Ressort Schule alpin, Pädagogische Hochschule Graubünden



Literatur und weiterführende Informationen zu Schule alpin I und II

Internetauftritt Schule alpin I, aufgerufen unter: <http://www.schulealpin.org/aktuelles.html>, Zugriff: 12.08.2014.

Internetauftritt Schule alpin II, aufgerufen unter: <http://www.schulealpin.org/>, Zugriff: 12.08.2014.

Internetauftritt Schule alpin, aufgerufen unter: http://www.schulealpin.ch/assets/files/FHNW_Kongress_2014_Vortrag_SchuleAlpin%20%282%29.pdf, Zugriff: 12.08.2014

Vortrag und Präsentationsfolien Dr. Ursina Kerle: „Schulische Versorgung in Graubünden -Unterengadin“, am 21.05.2014 in Scuol, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Graubünden und Südtirol.



Sicherung des Schulsystems in Västernorrland: Strategie „Interkommunale Kooperation im Bereich der Bildung“ (Västernorrland)

Rahmenbedingungen und räumlicher Bezugsrahmen: Kommunen für Schulwesen verantwortlich, sinkende Anzahl Schülerinnen und Schüler, qualifiziertes Lehrpersonal für ländlichen Raum gewinnen

Durch den hohen Stellenwert der kommunalen Selbstverwaltung in Schweden sind die Gemeinden für viele Aufgabenbereiche zuständig. Auch für die Organisation und Finanzierung des Schulwesens. Deshalb ist die Organisation und Budgetierung, trotz staatlicher Vorgaben des Schulgesetzes und der Lehrpläne, in den Gemeinden sehr unterschiedlich. Insbesondere in Västernorrland, wo die Einwohnerzahlen der Gemeinden zwischen 9.000 und 95.000 liegen, ergeben sich große Unterschiede. Nicht jede kleine Gemeinde kann jede mögliche weiterführende Schule vorhalten. Zusätzliche Herausforderungen stellen sinkende Schülerzahlen und die dauerhafte Bereitstellung von qualifizierten Lehrkräften sowie eine zeitgemäße IT-Ausstattung in den Schulen dar. Die freie Schulwahl in Schweden erlaubt es den Eltern und Schülern die Entscheidung nach praktischen Gesichtspunkten zu treffen, wodurch ein Wettbewerb zwischen Schulen besteht. Es gibt keine festgelegten Standards zu Klassengrößen, als Optimalfall werden 28 Schülerinnen und Schüler pro Klasse angesehen. In kleinen Schulen bilden jedoch ca. 60 bis 70 Schüler eine Compulsory school, die 9 Jahrgänge umfasst. Der Schulweg zur Compulsory school sollte nicht länger als 1 Stunde Busfahrt sein. Insgesamt halten Kommunen für die Upper secondary school 18 Programme vor, wovon sechs Programme auf die Universitäten vorbereiten und 12 auf den Beruf.

Durch die genannten Rahmenbedingungen ergibt sich die Notwendigkeit zur interkommunalen Kooperation im Bereich der Bildung. Dazu trägt auch die finanzielle Situation der Kommunen bei. Die Schrumpfung der Einwohnerzahl und dadurch geringere kommunale Steuereinnahmen wirken sich negativ auf die Finanzen der Kommunen aus. Sinkenden finanziellen Spielräumen steht eine gleichbleibende oder sogar zunehmende Aufgabenfülle gegenüber.

Durch einen Erhalt der Schulen und eines attraktiven Bildungsangebotes soll insbesondere dem Wegzug junger Bevölkerungsgruppen entgegen gewirkt werden.

Inhaltliche Ausprägungen: Interkommunale Zusammenarbeit für strategische Bildungsentwicklung

Der Kommunförbundet Västernorrland (vgl. Kapitel 2.5 Daseinsvorsorge Schweden, S.32) unterstützt mit verschiedenen Maßnahmen die interkommunale Zusammenarbeit im Bereich Bildung. Unter anderem sollen dadurch möglichst viele der Programme der Upper secondary school gesichert werden, um somit die Ausbildungsvielfalt in der Region zu erhalten und den Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, dass sie vor Ort bleiben können und nicht für einen bestimmten Berufswunsch wegziehen müssen.

Dazu gehören:

- Eine Regionale Ausbildungsstrategie (Regional utbildningsstrategi), die der Kommunförbundet gemeinsam mit den Gemeinden entwickelt und die eine Definition von Problembereichen und die Formulierung von Prioritäten der Schulentwicklung beinhaltet. Durch die Entwicklung einer gemeinsamen Strategie für Schule und Bildung in Västernorrland, von der Vorschule bis zur Erwachsenenbildung sollen die Unterschiede in den Gemeinden verringert, der Kontakt zwischen den Schulen und Gemeinden erhöht sowie die Schulen vor Ort gestärkt werden. Weitere spezielle Bereiche der Zusammenarbeit sollen identifiziert werden.
- Regelmäßige Treffen des Kommunförbundet Västernorrland mit dem jeweiligen kommunalen Schulverwaltungschef zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Schulen und Gemeinden.
- Das Projekt Unternehmen – Schule – Arbeit (Projektet Entreprenörskap - Skola - Arbetsliv (ESA) soll die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Schule verbessern und somit den Übergang zwischen Schule und Beruf erleichtern. Beispielsweise werden Praktika unterstützt, wie etwa durch die Homepage praktiplatsen.se. Berufsberater sollen die Berufswahl unterstützen und die traditionellen beruflichen Geschlechterrollen aufbrechen. Die Aktivitäten der Berufsberater sind in die Bildungsstrategie der Gemeinden integriert.

Akteure und Zuständigkeiten

- Projektinitiierung und -koordination: Kommunförbundet Västernorrland
- Projektpartner: Beteiligte Kommunen und Verwaltungschefs der Schulen
- Projektpartner: Beteiligte Schulen

- Projektpartner: Arbeitsamt
- Projektpartner: Beteiligte Unternehmen

Kooperationen und Netzwerke

Die kommunale und institutionelle Zusammenarbeit soll eine gute Bildungslandschaft gewährleisten. Der Kommunförbundet Västernorrland initiiert und unterstützt die Zusammenarbeit zwischen Kommunen, Schulen, weiteren Bildungseinrichtungen und Unternehmen.

So wird im Bereich der Schulentwicklung unter anderem die Zusammenarbeit verschiedener Einrichtungen zum Erhalt der Schulen unterstützt. Vor allem das Angebot weiterführender Schulen in der Fläche soll somit gesichert werden, beispielsweise durch unterschiedliche Schwerpunktsetzungen der Upper secondary school. Auch die Qualitätssicherung spielt eine zentrale Rolle. Durch die Zusammenarbeit sollen Synergien genutzt werden, damit in der gesamten Region eine gute Ausbildung gewährleistet werden kann und Angebote erhalten bleiben können. Auch die bestehende Konkurrenzsituation kann dadurch geschwächt werden.

Finanzierung

Der Kommunförbundet wird von seinen Mitgliedsgemeinden finanziert. Für das Projekt hat er keine eigenen Mittel, um Anreize zur Zusammenarbeit zu schaffen. Er unterstützt die interkommunale Zusammenarbeit durch verschiedene Leistungen, beispielsweise durch Impulse für die Diskussion, Moderation sowie Vor- und Nachbereitung der Treffen.

Erfolgsfaktoren und Herausforderungen

Der Kommunförbundet Västernorrland und seine Gemeinden und Schulen sind mit der Regionalen Ausbildungsstrategie und dem Projekt Unternehmen – Schule – Arbeit auf einem guten Weg die interkommunale Arbeit im Bereich Bildung zu unterstützen. Ebenfalls tragen die regelmäßigen Treffen mit den kommunalen Schulverwaltungschefs zur Zusammenarbeit und Vermeidung von Schulschließungen bei. Eine Ausbildungsvielfalt in den Programmen der Upper secondary school vermindert Abwanderungen und trägt dazu bei, dass vor allem junge Menschen in der Region bleiben.

Zukünftige Herausforderungen bestehen darin, auch für Schülerinnen und Schüler in ländlichen Gemeinden eine gute Schulbildung mit zumutbaren Wegstrecken anbieten

zu können. Mit 60 – 70 Schülern pro Compulsory school kann ein qualitativ hochwertiger Unterricht stattfinden. 40 Schülerinnen und Schüler sind jedoch zu wenig, um eine gute Bildung anzubieten. Außerdem gilt es qualifiziertes Lehrpersonal zu finden, das bereit ist, in ländlichen Räumen zu unterrichten – auch an mehreren Schulen – und zu leben. Dazu müssen beispielsweise attraktive Seiten ländlicher Räume und kleiner Schulen aufgezeigt werden. Eine große Herausforderung für die Zukunft ist auch der Umgang mit Schulschließungen und in diesem Zusammenhang die Frage, welche Wegstrecken für den Schulweg für Schülerinnen und Schüler zumutbar sind.

„Da für die kommunale Zusammenarbeit im Bereich Bildung keine finanziellen Mittel zur Verfügung stehen, müssen die Vorteile einer solchen Kooperation deutlich herausgestellt und Überzeugungsarbeit geleistet werden. Durch neue Netzwerke, beispielsweise in den Bereichen Ausbildung, Verwaltung, IT-Ausstattung und digitales Lernen wird die gemeinsame Entwicklung der Bildungseinrichtungen unterstützt.“

Stefan Paulsson, Koordinator Ausbildung und Arbeit,
Kommunförbundet Västernorrland

Literatur und weiterführende Informationen zum Kommunförbundet Västernorrland im Bereich Bildung

Internetauftritt Kommunförbundet Västernorrland, aufgerufen unter: www.kfvn.se, Zugriff: 20.08.2014.

Internetauftritt Praktikplätzen, aufgerufen unter: www.praktikplatsen.se, Zugriff: 20.08.2014.

Vortrag und Präsentationsfolien Peter Levin: „About the Swedish education system“, am 26.06.2014 in Kramfors, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Västernorrland.

Vortrag Stefan Paulsson: „Inter-communal cooperation in the field of upper secondary school education in Västernorrland“, am 26.06.2014 in Kramfors, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Västernorrland.

Projekte im Bereich Bildung – Zentrale Erkenntnisse und Erfahrungen

Die Projektbeispiele zeigen unterschiedliche Herangehensweisen an das Thema Bildung. Beide Projekte möchten eine qualitativ hochwertige Bildung, auch im ländlichen Raum, erhalten und somit einen Beitrag zur Sicherung des Daseinsvorsorgebereichs Bildung leisten. In Graubünden soll der Erhalt der Schule am Ort vor allem (jungen) Familien die Möglichkeit geben, in den ländlichen Kommunen wohnen zu bleiben oder sogar zu ziehen und dadurch zum Erhalt auch weiterer Daseinsvorsorgebereiche und einem attraktiven Ort beizutragen. In Västernorrland soll durch die interkommunale Kooperation ein vielfältiges Angebot an weiterführenden Schulen, die entweder auf die Universität oder den Beruf vorbereiten, erhalten werden und somit vor allem Jugendlichen eine Perspektive zum Bleiben ermöglicht werden.

In Graubünden konnten als Erfolgsfaktoren für einen positiven Schulentwicklungsprozess vor Ort die Beteiligung aller betroffenen Akteure und eine gute Kommunikation und Information im Prozess festgehalten werden. Auch eine verstärkte Bedürfnisorientierung, eine Professionalisierung der Schulführung und eine kooperative Arbeits- und Lernkultur gehören zum Erfolg kleiner Schulen in Graubünden. Im Kanton kommen derzeit vermehrt Mehrjahrgangsstufen und kommunale Kooperationen, beispielsweise durch das Pendeln von Lehrerinnen und Lehrern, zum Einsatz.

In Västernorrland werden Kommunen und Bildungseinrichtungen vor Ort durch den Kommunförbundet Västernorrland unterstützt, der die interkommunale Zusammenarbeit zur Aufrechterhaltung eines möglichst vielfältigen Angebotes an Ausbildungsmöglichkeiten stärkt.

Die Projekte zeigen, dass

- eine übergeordnete Strategie und ein rechtzeitiges strategisches Denken und Vorgehen,
- das Einbinden und Kooperieren aller Akteure (Schulen, Gemeinden, Eltern, Lehrer usw.) sowie
- eine interkommunale Zusammenarbeit

zum Erhalt einer qualitativ hochwertigen Bildung sowie zum Erhalt von Schulstandorten auch in ländlichen Räumen, beitragen kann.

Die Schulgrößen in beiden Regionen unterschreiten dabei zum Teil deutlich die in Deutschland geltenden Mindeststandards und zeigen, dass sich daraus zwar auch Herausforderungen für Qualität und Finanzierung (insbesondere da in beiden Beispielen eine kommunale Finanzierung notwendig ist) ergeben, diese aber durch Kooperationsansätze gelöst werden können. Im Rahmen von Pilot- und/oder Modellvorhaben könnten alternative Standards und solche innovativen Strategien und Ansätze auch in Deutschland getestet werden.

3.2 Bereich Mobilität

Kleinräumige Mobilitätsangebote: Gemeindebusse (Niederösterreich)

Rahmenbedingungen und räumlicher Bezugsrahmen: Analyse des niederösterreichischen Mobilitätsverhaltens sowie darauf aufbauende Strategien der niederösterreichischen Landesregierung

Für die Angelegenheiten der bedarfsgerechten Mobilitätssicherung in Niederösterreich auf Ebene des Landes ist die Abteilung „Gesamtverkehrsangelegenheiten“ der Niederösterreichischen Landesregierung zuständig. Gerade in peripheren Gebieten werden „bedarforientierte Verkehrsmittel wie Anrufsammeltaxis (AST) und Rufbusse“⁸⁴ gefördert, beispielsweise auch durch die landesweite „Dispositionszentrale für bedarfsgesteuerte Verkehrssysteme“⁸⁵. Diese sollen den traditionellen Linienverkehr ergänzen. Die „letzte Meile“ kann durch sogenannte Gemeindebusse geschlossen werden.

Inhaltliche Ausprägungen: Kleinräumige Mobilitätsangebote

Die Landesregierung Niederösterreich fördert ebenfalls die Einrichtung Kleinräumiger Mobilitätsangebote für den ländlichen Raum, wie z. B. Anrufsammeltaxen (AST) oder Gemeindebusse, um die Gemeinden in der Umsetzung einer bedarfsgerechten Erschließung, auch in kleinräumigen und peripheren Strukturen abseits des bestehenden Linienverkehrs, zu unterstützen. Wenn kein Taxiunternehmen vor Ort fährt, welches ein AST führen könnte, können

Gemeindebusse in kleinen, sehr peripheren Gemeinden eingerichtet werden.

Projektbeispiele Gemeindebus: Ernsti-Mobil der Gemeinde Ernstbrunn und Gemeindebus Gerersdorf der Gemeinde Gerersdorf

Die Projektbeispiele zeigen zwei Gemeinden, die einen Gemeindebus realisiert haben: Die Marktgemeinde Ernstbrunn (ca. 3.100 Einwohner) sowie die Gemeinde Gerersdorf (ca. 900 Einwohner). Beide Gemeinden hatten zum Ziel, die Mobilität ihrer Bürgerinnen und Bürger zu verbessern, auch Haus-zu-Haus-Transporte für verschiedenste Zwecke (z. B. Arztbesuch, Besuch von Veranstaltungen, Besorgungen etc.) sind dadurch innerhalb des Bedienungsgebietes möglich. In beiden Gemeinden wurde dazu ein Verein gegründet. Dies erlaubt die Beförderung von Vereinsmitgliedern. Die Landesregierung fördert Gemeindebusse beispielsweise durch die Zusammenstellung eines Versicherungspaketes, in dem alle Versicherungen enthalten sind, die für den Betrieb nötig bzw. empfehlenswert sind. Ehrenamtliche Fahrer übernehmen die verschiedenen Schichten vor Ort. In Ernstbrunn wird der Betrieb am Wochenende und an Feiertagen durch Gemeinderatsmitglieder gewährleistet. Der Gemeindebus Gerersdorf ist barrierefrei und behindertengerecht ausgestattet. Fahrtickets und Beitrittserklärungen zum Verein sind in Ernstbrunn bei rund 40 Mobilitätspartnern erhältlich.



Akteure und Zuständigkeiten

- Rahmgebung und Förderung: Abteilung „Gesamtverkehrsangelegenheiten“ der Niederösterreichischen Landesregierung
- Gemeinden, die AST- oder Rufbus-Projekte initiieren und tragen, Gemeinderäte und Bürgermeister
- Vereinsmitglieder und ehrenamtliche Engagierte, z. B. für Fahrdienste
- Partner: Unternehmen, Einzelhandel, sonstige Institutionen

Kooperationen und Netzwerke

Durch die Unterstützung der Landesregierung von Gemeinden und Regionen im ländlichen Raum in Mobilitätsfragen entstehen zahlreiche Vernetzungen zwischen den Verwaltungsebenen. Auch vor Ort bilden sich zahlreiche Netzwerke durch die Projekte, beispielsweise durch die Gründung eines gemeinnützigen Vereins für den Gemeindebus oder durch Kooperationen mit Unternehmen und Einzelhandel für den Vertrieb der Fahrtickets, Mitgliedschaften und Spenden. Auch die Initiierung der Mobilitätszentralen weiterer Projekte, beispielsweise eines Schulgipfels, ermöglichen die Entstehung zahlreicher Kooperationen und Netzwerke.

Finanzierung

Finanzierungsquellen der Gemeindebusse sind hauptsächlich Spenden (Privatpersonen und Unternehmen), Mitgliedsbeiträge und der Ticketverkauf. Das Land Niederösterreich fördert solche Mobilitätsangebote, beispielsweise durch Beratung und das Zusammenstellen eines Versicherungspaketes, in welchem alle Versicherungen enthalten sind, die für den Betrieb eines Gemeindebussystems nötig bzw. empfehlenswert sind. Alle laufenden Betriebskosten wie Steuern, Versicherung aber auch anfallende Wartungen und Instandsetzungen, Bewerbung und Administration werden durch die Vereine getragen.

Erfolgsfaktoren und Herausforderungen

Die Realisierung der Gemeindebusse in einigen Gemeinden zeigen den Erfolg. Seit der Einführung der Gemeindebusse steigen die Fahrgastzahlen. In Ernstbrunn stieg beispielsweise die Anzahl der verkauften Tickets jährlich, seit dem Start Ende 2011 wurden bereits 5.105 Tickets an Vereinsmitglieder verkauft. Folgende Faktoren tragen zur Sicherung und Verbesserung der Mobilität in den ländlichen Regionen bei:

- Strategischer Rahmen der niederösterreichischen Landesregierung,
- Unterstützung der Gemeinden durch die Landesregierung,
- hohes ehrenamtliches Engagement, durch Bürgermeister, Gemeinderäte sowie Bürgerinnen und Bürger, z. B. als freiwillige Fahrerinnen und Fahrer der Gemeindebusse,
- zahlreiche Kooperationen, z. B. im Ticketverkauf und der Initiierung weiterer Projekte,
- das Annehmen und die Nutzung von Bürgerinnen und Bürgern.

Eine Herausforderung wird es weiterhin sein, die Mobilität in peripheren Räumen nachhaltig zu sichern sowie das Engagement der ehrenamtlichen Helfer aufrecht zu erhalten oder sogar noch zu erhöhen.

„Die Mobilitätsprojekte in Niederösterreich waren für uns eine 100 %-ige Trefferquote, da wir an ähnlichen Ideen und Projekten arbeiten und deshalb die Erfahrungen der Kolleginnen und Kollegen für uns sehr interessant waren. Wir haben bereits Kontaktdaten ausgetauscht, damit der Austausch weiterhin bestehen bleibt. Die Mobilitätszentralen schätze ich aus Sicht der Verkehrsunternehmen als sehr hilfreich ein, gerade im Austausch mit den Schulen erleichtert dies die Arbeit sehr. Beeindruckt hat mich auch die Arbeit der Gemeindebusse mit den vielen ehrenamtlichen Helfern und den sehr engagierten Bürgermeistern. 51 Gemeindebusfahrer in der Gemeinde Ernstbrunn ist eine beeindruckende Leistung.“

Dirk Zabel, Geschäftsführer Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Greifswald



Literatur und weiterführende Informationen zum Thema Kleinräumige Mobilitätsangebote in Niederösterreich

Internetauftritt Amt der NÖ Landesregierung zu Kleinräumigen Mobilitätsangeboten, aufgerufen unter: <http://www.noel.gv.at/Verkehr-Technik/Oeffentlicher-Verkehr/Kleinraeumige-Mobilitaetsangebote-.html>, Zugriff: 06.08.2014.

Internetauftritt Gemeinde Ernstbrunn zum Gemeindebus, aufgerufen unter: <http://www.ernstbrunn.gv.at/system/web/sonderseite.aspx?menuonr=222529618&detailonr=222529618>, Zugriff: 06.08.2014.

Internetauftritt Gemeinde Gerersdorf zum Gemeindebus, aufgerufen unter: <http://www.gerersdorf.gv.at/system/web/sonderseite.aspx?menuonr=224318311&detailonr=224318311>, Zugriff: 06.08.2014.

Vortrag und Präsentationsfolien Ao. Univ. Prof. Dipl. Ing. Dr. Friedrich Zibuschka: „Öffentlicher Verkehr in NÖ. Strategie und Maßnahmen“, am 03.04.2014 in St. Pölten, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Niederösterreich.

Vortrag und Präsentationsfolien Regina Rausch: „Mikro ÖV in Niederösterreich. Kleinräumige Mobilitätsangebote“, am 03.04.2014 in St. Pölten, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Niederösterreich.

Vortrag und Präsentationsfolien Herbert Wandl: „Gemeindebus Gerersdorf“, am 03.04.2014 in St. Pölten, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Niederösterreich.

Vortrag und Präsentationsfolien Horst Gangl: „Mikromobilität in der Marktgemeinde Ernstbrunn“, am 03.04.2014 in St. Pölten, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Niederösterreich.

Mobilitätszentrale: Unterstützung der Bürger und Gemeinden

Rahmenbedingungen und räumlicher Bezugsrahmen: Analyse des niederösterreichischen Mobilitätsverhaltens sowie darauf aufbauende Strategien der niederösterreichischen Landesregierung

Die Abteilung „Gesamtverkehrsangelegenheiten“ der Niederösterreichischen Landesregierung untersuchte das Pendlerverhalten der Niederösterreicher mittels Mobiltelefonen. Das Ergebnis zeigt, dass 1/3 der Pendler nach Wien pendeln, 1/3 in die Bezirkshauptorte und 1/3 differenziert. Darauf aufbauend wurden Strategien für die verschiedenen Pendlergruppen entwickelt, wie z. B. die Bahnhofsoffensive für Wienpendler oder die Mobilitätszentralen Niederösterreich für die Bezirkspendler.

Inhaltliche Ausprägungen: Mobilitätszentralen als Ansprechpartner vor Ort und Kleinräumige Mobilitätsangebote

Die Landesregierung ist durch die Mobilitätszentralen in den fünf niederösterreichischen Hauptregionen vor Ort für Gemeinden, Schulen, Institutionen, Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürger präsent. Sie fungieren als Ansprechpartner in der Region und bieten im Bereich Mobilität Beratung, Service und Informationen für die verschiedenen lokalen Akteure an. Sie betreiben Qualitäts- und Projektmanagement sowie Öffentlichkeitsarbeit.

Projektbeispiel Mobilitätszentrale: Mobilitätszentrale Waldviertel

Die Schwerpunkte der Arbeit der Mobilitätszentrale im Waldviertel sind u. a. die Steigerung der Nutzung des Öffentlichen Verkehrs durch Erhöhung der Attraktivität sowie Verbesserung des Angebotes. Beispielsweise werden regionale Fahrplanhefte herausgegeben und Fahrplandialoge, Schulgipfel sowie Informationsveranstaltungen veranstaltet. Die Mobilitätszentrale im Waldviertel wurde 2013 in das Regionalmanagement integriert.

Akteure und Zuständigkeiten

- Rahmgebung und Förderung: Abteilung „Gesamtverkehrsangelegenheiten“ der Niederösterreichischen Landesregierung
- Mobilitätszentralen in den fünf Hauptregionen Niederösterreichs (Koordination von Verkehrsangeboten und die Beratung von Akteuren)

- Kommunen
- Bürgerinnen und Bürger
- Schulen
- Unternehmen, Einzelhandel, sonstige Institutionen

Kooperationen und Netzwerke

Durch die Unterstützung der Landesregierung von Gemeinden und Regionen im ländlichen Raum in Mobilitätsfragen entstehen zahlreiche Vernetzungen zwischen den Verwaltungsebenen. Auch vor Ort bilden sich zahlreiche Netzwerke durch die Projekte, beispielsweise durch die Gründung eines gemeinnützigen Vereins für den Gemeindebus oder durch Kooperationen mit Unternehmen und Einzelhandel für den Vertrieb der Fahrtickets, Mitgliedschaften und Spenden. Auch die Initiierung weiterer Projekte durch die Mobilitätszentralen, beispielsweise eines Schulgipfels, ermöglichen die Entstehung zahlreicher Kooperationen und Netzwerke.

Finanzierung

Die Personal- und Betriebskosten der Mobilitätszentrale trägt die Abteilung Gesamtverkehrsangelegenheiten der niederösterreichischen Landesregierung. Zusätzlich steht für die Mobilitätszentrale Waldviertel ein Betrag von 10.000 € pro Jahr für die Umsetzung von Mobilitätsprojekten zur Verfügung. Die Gemeinden müssen keinen Beitrag zur Finanzierung der Mobilitätszentrale leisten, höchstens Projekte mitfinanzieren.

Erfolgsfaktoren und Herausforderungen

Die Initiierung zahlreicher Projekte der Mobilitätszentralen zeigen den Erfolg. Folgende Faktoren tragen zur Sicherung und Verbesserung der Mobilität in den ländlichen Regionen bei:

- Strategischer Rahmen der niederösterreichischen Landesregierung,
- Unterstützung der Gemeinden durch die Landesregierung,
- Zahlreiche Kooperationen,
- das Annehmen und die Nutzung der Projekte von Bürgerinnen und Bürgern.

Eine Herausforderung wird es weiterhin sein, die Mobilität in peripheren Räumen nachhaltig zu sichern sowie das Engagement der ehrenamtlichen Helfer aufrecht zu erhalten oder sogar noch zu erhöhen.

Literatur und weiterführende Informationen zu Mobilitätszentralen in Niederösterreich

Internetauftritt Mobilitätszentralen, aufgerufen unter: <http://www.n-mobil.at/>, Zugriff: 06.08.2014.

Vortrag und Präsentationsfolien Ao. Univ. Prof. Dipl. Ing. Dr. Friedrich Zibuschka: „Öffentlicher Verkehr in NÖ. Strategie und Maßnahmen“, am 03.04.2014 in St. Pölten, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Niederösterreich.

Vortrag und Präsentationsfolien Sonja Kreutzer: „Mobilitätszentralen Niederösterreichisch“, am 03.04.2014 in Friedersbach, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Niederösterreich.

Stärkung des ÖPNV in Südtirol: Reaktivierung der Vinschgerbahn (Südtirol)

Rahmenbedingungen und räumlicher Bezugsrahmen: ÖPNV bedeutende Rolle im Überlandverkehr und zur Erreichbarkeit peripherer Gemeinden

Der ÖPNV spielt gerade im Überlandverkehr von Südtirol eine große Rolle und gewährleistet die Erreichbarkeit zahlreicher peripherer Ortschaften. Erwerbstätige sowie Schülerinnen und Schüler haben durch den ÖPNV die Möglichkeit in die größeren Zentren zu pendeln. Damit kann der Abwanderung aus den Berggebieten und Nebentälern entgegengewirkt werden. Auch für den Tourismus ist der ÖPNV bedeutend, so zählen etwa Seilbahnen ebenfalls zum öffentlichen Verkehrsnetz. Die Südtiroler Landesregierung unterstützt den ÖPNV. In den letzten Jahren wurde das öffentliche Verkehrsnetz stetig modernisiert. Dazu wurden u. a. Bus- und Zugstrecken ausgebaut sowie Bahnstrecken und deren Bahnhöfe reaktiviert.

Die Bahnlinie der Vinschgerbahn verläuft von Mals im Vinschgau bis nach Meran auf einer Länge von knapp 60 km mit rund 700 Höhenmetern.

Die Vinschgerbahn wurde 1991 stillgelegt. Nachdem sie 1999 in das Eigentum der Autonomen Provinz Bozen überging, beschloss die Landesregierung die Wiederinbetriebnahme. Am 05.05.2005 konnte die Bahn schließlich wieder eröffnet werden. Sie bildet den Motor für die Entwicklung des ÖPNV in Südtirol.



Inhaltliche Ausprägungen: Reaktivierung der Vinschgerbahn – ein erfolgreiches Beispiel zur Förderung des ÖPNVs

Wichtig war den Verantwortlichen bei der Inbetriebnahme von Anfang an, eine hohe (Service-)Qualität der Bahn anzubieten. So sollte beispielsweise das Umsteigen, sowohl räumlich als auch zeitlich, möglichst bequem sein. Ein nahtloses Umsteigen von Bahn und Bus ist vor allem an den Stellen wichtig, an denen es in die Täler geht. Die Taktung der Busse als Zubringer ist mit dem Fahrplan der Bahn abgestimmt, ebenso der Beginn der Schulen. Außerdem gibt es ein elektronisches Kartensystem, das verschiedene Vorteile für Betreiber und Reisende mit sich bringt. Durch seine leichte Handhabung und Bedienbarkeit ist es sehr nutzerfreundlich. Es ermöglicht ein angenehmes Reisen mit der automatischen Nutzung des günstigsten Tarifs. Viermal im Jahr werden die Beträge abgebucht, dabei gibt es gestaffelte Tarife pro gefahrene Kilometer (je mehr km im Jahr zurückgelegt werden, desto günstiger wird der km-Tarif), maximal zahlt der Kunde 640 Euro im Jahr. Mit dem System wird ein schnelles Einsteigen ermöglicht, zuverlässige Fahrgastzahlen werden für Planung und Organisation erhoben sowie Fahrkartenschalter entlastet.

Akteure und Zuständigkeiten

- Initiierung: Landesregierung der Autonomen Provinz Südtirol
- Bauherr und Projektleitung: Südtiroler Transportstrukturen AG (STA), eine Inhouse-Gesellschaft des Landes Südtirol
- Sicherheits-Assessment: TÜV Süd

Kooperationen und Netzwerke

Für die Reaktivierung der Vinschgerbahn arbeiteten zahlreiche Akteure zusammen. Abstimmungen zwischen Schule und Projektleitung waren beispielsweise bei der Fahrplangestaltung notwendig. Auch für Zusatzangebote war die Zusammenarbeit mit weiteren Akteuren notwendig.

Finanzierung

- Südtiroler Landesregierung (jährlich werden 155 Mio. Euro in den ÖPNV investiert)
- Ticketverkauf

Erfolgsfaktoren und Herausforderungen

Die Vinschgerbahn trägt zur Stärkung der Mobilität und des ÖPNVs bei. Seit der Wiederinbetriebnahme steigen die Fahrgastzahlen stetig an, von 1 Mio. im Jahr 2005 auf

knapp 3 Mio. Fahrgäste im Jahr 2009. Eine Fahrgastbefragung ergab, dass es viele Umsteiger vom PKW auf die Vinschgerbahn gibt. Die Bahn ist ebenfalls attraktiv für den Tourismus, wozu auch spezielle Angebote, wie z. B. der angeschlossene Fahrradverleih beitragen. Vor allem das Kartensystem ist innovativ und trägt mit seiner leichten Handhabung und Benutzerfreundlichkeit zum Erfolg bei. Durch den politischen Willen konnte die Reaktivierung zügig vorangetrieben werden.

Für die Reaktivierung der Vinschgerbahn und deren Erfolg zeichnen sich drei Faktoren ab:

- Verlässlichkeit,
- gutes Angebot und
- Komfort.

Zukünftig sollen weitere Maßnahmen ergriffen werden:

- Anbindung der Skigebiete, beispielsweise durch Seilbahnen,
- Erweiterung der Verbindungen, auch grenzüberschreitend,
- Verbesserung der Echtzeitinformationen,
- Erhöhung der Dienstleistungen des Fahrkartensystems, beispielsweise durch die Mitbenutzung in der Seilbahn, zum Fahrrad absperren, zur Nutzung von Car Sharing Angeboten etc.

Darin bestehen auch die zukünftigen Herausforderungen, der Erweiterung, der Verbesserung der Zusatzservices sowie der weiteren Erleichterung des Zugangs zur Vinschgerbahn für Kunden, beispielsweise über bestimmte Tickets und Tarife, Abos für Schülerinnen und Schüler sowie Senioren, Mobilcard für Urlaubsgäste und den SüdtirolPass.

„Unser Ziel ist es die Nutzung des ÖPNVs so bequem und komfortabel wie möglich zu gestalten. Dazu gehört das Umsteigen sowohl in seiner zeitlichen als auch räumlichen Dimension, der Ticketkauf, der durch das elektronische System sehr erleichtert wird sowie die einfache Nutzung von Zusatzservices, wie z. B. dem Fahrradverleih oder Carsharing. Diese begleitenden Angebote sollen noch weiter ausgebaut werden.“

Joachim Dejaco, Direktor Südtiroler Transportstrukturen AG

Literatur und weiterführende Informationen zur Mobilität in Südtirol und der Vinschgerbahn

Internetauftritt Autonome Provinz Bozen-Südtirol, aufgerufen unter: <http://www.provinz.bz.it/mobilitaet/default.asp>, Zugriff: 19.08.2014.

Internetauftritt Vinschgerbahn, aufgerufen unter: <http://www.vinschgauerbahn.it/de/554.asp>, Zugriff: 19.08.2014.

Internetauftritt Südtiroler Transportgemeinschaft, aufgerufen unter: <http://www.sta.bz.it/>, Zugriff: 19.08.2014.

Vortrag und Präsentationsfolien Joachim Dejaco: „Die neue Vinschgerbahn als Motor für die Entwicklung des ÖPNV in Südtirol“, am 23.05.2014 in Meran, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Graubünden und Südtirol.

Bus alpin zur Schließung der letzten Meile im ÖPNV (Schweiz)

Rahmenbedingungen und räumlicher Bezugsrahmen: Jedes Dorf mit mehr als 100 Personen an ÖPNV angebunden, Orts- und Freizeitverkehr nicht abgeltungsberechtigt

Der öffentliche Verkehr in der Schweiz sieht als Grundversorgung in der Abgeltungsverordnung vor, dass jedes Dorf mit mehr als 100 Personen ganzjährig mit mindestens vier Verbindungen täglich versorgt wird. Die Abgeltung durch Bund und Kantone erfolgt dabei nach dem Bestellprinzip. Weitere Kriterien sind mindestens 32 transportierte Fahrgäste pro Tag und eine minimale Wirtschaftlichkeit. Der Orts- und Freizeitverkehr sind laut Abgeltungsverordnung nicht abgeltungsberechtigt, eine Ausnahme bildet beim Ortsverkehr der Agglomerationsverkehr. Einige touristisch interessante Strecken werden von Postauto Schweiz AG freiwillig ohne Abgeltungen erschlossen, jedoch wird ein Zuschlag erhoben. Einige touristische interessante Region, die nicht abgeltungsberechtigt sind, sind daher nicht oder nur schlecht mit dem öffentlichen Verkehr erreichbar.

Inhaltliche Ausprägungen: Bus alpin fördert ÖPNV und schließt die „letzte Meile“

Bus alpin erschließt attraktive Ausflugsziele mit dem öffentlichen Verkehr, um diesen insgesamt sowie den Tourismus zu stärken. Damit der Bus ausreichend genutzt wird, ist die Verknüpfung mit dem Tourismus bedeutend. Dadurch können auch die vorgelagerten Verkehre profitieren, sodass die ganze Linie gestärkt wird. Der Verein Bus alpin verknüpft somit die Themen ÖPNV und Tourismus und schließt die „letzte Meile im ÖPNV“, insbesondere zu touristischen Zielen. Er fördert solche öffentlichen Verkehrsangebote zu touristischen Ausflugszielen in den Berggebieten, die nicht von öffentlichen Abgeltungen profitieren können. Bus alpin leistet durch die verbesserte ÖV-Erschließung auch dieser kleinen Ortschaften einen Beitrag zur Steigerung der touristischen Attraktivität der Mitgliedsregionen sowie eine bessere ÖPNV Anbindung. Dadurch wird die regionale Wertschöpfung erhöht. Gleichzeitig wird ein Umsteigeeffekt vom Auto auf den ÖV angestrebt. Die Mitgliedsregionen werden von Bus alpin bei Angebotsentwicklung, Betriebsaufbau, Vermarktung und Finanzierung der ÖV-Angebote unterstützt. Bislang nehmen elf Schweizer Regionen an Bus alpin teil. Diese verteilen sich über das ganze Bundesgebiet. In Graubünden ist die Region Naturpark Beverin Mitglied im Verein und trägt somit zur verkehrlichen Anbindung der elf Parkgemeinden und ihrer insgesamt vier Täler bei.

Akteure und Zuständigkeiten

Nationale Träger des Vereins sind die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB), ein Verein, der sich für die Interessen der Berggebiete einsetzt, der Schweizer Alpen-Club SAC, der den umweltverträglichen Bergsport fördert, der VCS Verkehrs-Club der Schweiz sowie das PostAuto Schweiz AG. Weitere Sponsoren und Partner sind z. B. die Schweizer Berghilfe und der Verband Schweizer Wanderwege. 2008 wurde die Interessensgemeinschaft Bus alpin gegründet und am 8. April 2011 schließlich der „Verein für die öV-Erschließung touristischer Ausflugsziele im Schweizer Berggebiet“ Bus alpin. Weitere Akteure in den verschiedenen Regionen sind die Kantone, Gemeinden, Tourismusverbände, Naturpärke und touristische Leistungserbringer.

Kooperationen und Netzwerke

Zahlreiche Kooperationen und Netzwerke haben sich gebildet: Der Verein Bus alpin an sich sowie durch die aktive Zusammenarbeit der beteiligten Akteure (Institutionen, Kantone, Gemeinden, Tourismusverbände und touristische Leistungserbringer) zu den jeweiligen Projektrealisierungen.

Finanzierung

Die Kosten reichen jährlich je Region von 30.000 bis 70.000 CHF. Die Einnahmen aus dem Ticketverkauf decken 30 bis 90% der Kosten. Das restliche Geld muss durch Geldgeber und Sponsoren gedeckt werden. Somit sind regionale Sponsoren wichtig.

Erfolgsfaktoren und Herausforderungen

Jährlich hat Bus alpin rund 20.000 Fahrgäste. Im Jahr 2007 erhielt das Projekt den Innovationspreis öffentlicher Verkehr (Preisausschreibung des Verkehrs-Club der Schweiz (VCS), des Schweizerischen Eisenbahn- und Verkehrspersonal-Verbandes (SEV) sowie des Verbandes öffentlicher Verkehr (VöV)).

Maßgebliche Faktoren, die zum Projekterfolg beitragen, sind

- das Zusammenbringen von touristischen Angeboten mit Angeboten des öffentlichen Verkehrs,
- starke regionale Verankerung, durch Trägerschaft bei Gemeinden oder Naturparks sowie
- starke nationale Partner, durch die die nationale Ausstrahlung des Modells gewährleistet und die Übertragbarkeit ermöglicht wird.

Eine Fahrgastbefragung aus dem Pilotprojekt in den Jahren 2006 und 2007 verdeutlichte folgende Erfolgsfaktoren:

- Zusätzliche regionale Wertschöpfung jährlich circa ein bis zwei Millionen Franken,
- 30% der Fahrgäste sind Umsteigerinnen und Umsteiger vom Auto.

Weitere Herausforderungen bestehen in der Erhaltung der Attraktivität bestehender Linien sowie die Realisierung zusätzlicher Linien.

„Bus alpin unterstützt Regionen bei der Ideenentwicklung und -umsetzung. Es kommen immer wieder neue Regionen hinzu, die diese Unterstützungsleistungen nutzen, wodurch neue Angebote entwickelt werden können. Die Verknüpfung von touristischen Angeboten und der Transportleistung ist wichtig, um die Buslinien betreiben und eine Wertschöpfung in der Region generieren zu können.“

Thomas Egger, Direktor Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete

„Multifunktionale Verkehre können einen wichtigen Beitrag zur Sicherung des öffentlichen Personennahverkehrs leisten. In der Schweiz werden die Themen Tourismus und Verkehr erfolgreich verknüpft.“

Hanno Osenberg, BMVI



Literatur und weiterführende Informationen zum Bus alpin

Internetauftritt Bus alpin, aufgerufen unter: <http://www.busalpin.ch/>, Zugriff: 11.08.2014.

Internetauftritt Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für Berggebiete, aufgerufen unter: <http://www.sab.ch/Bus-alpin.878.0.html>, Zugriff: 11.08.2014.

Vortrag und Präsentationsfolien Thomas Egger: „Potentialarme Räume Graubünden. Umgang mit ungenutzten Potentialen. Handlungsmöglichkeiten und Strategien“, am 21.05.2014 in Chur, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Graubünden und Südtirol.



Projekte im Bereich Mobilität – Zentrale Erkenntnisse und Erfahrungen

Alle Projekte tragen zur besseren Erreichbarkeit ländlicher Räume durch den ÖPNV bei, um damit auch dessen Standortattraktivität zu steigern. Die Verknüpfung verschiedener Themenbereiche, wie z. B. Mobilität und Tourismus, hilft den ÖPNV langfristig zu erhalten.

Folgende zentrale Erkenntnisse können festgehalten werden:

- Übergeordnete Strategien sowie Beratungs- und Unterstützungsleistungen helfen den betroffenen Gemeinden vor Ort,
- Ehrenamtliches Engagement trägt zur Projektrealisierung, -identifikation und Nutzung bei,
- Neue Denkmuster, z. B. die Organisation von Gemeindebussen als Vereinsform, bringen erfolgreiche Projekte hervor,
- Verbinden verschiedener Themenbereiche bringt für viele Daseinsvorsorgebereiche Vorteile,
- Attraktivität und Komfort des ÖPNV, sowohl für Einheimische, als auch für zusätzliche Nutzergruppen, wie z. B. Touristen, erhöht die Nutzung,
- Zusatzservices, beispielsweise Fahrradverleihsysteme, erhöhen die Attraktivität,
- Zusätzliche Nutzergruppen tragen zum Erhalt des ÖPNVs bei.

3.3 Bereich Gesundheit und Pflege

Strategien und Projektanwendungen für E-Health im Bereich der Altenpflege (Västernorrland)

Rahmenbedingungen und räumlicher Bezugsrahmen:

Alternde Bevölkerung, junge Menschen verlassen Region, hoher Anteil häusliche Pflege, sinkende Steuereinnahmen und hohe Pflegekosten

Die Bevölkerung in Västernorrland altert. Sowohl das Verhältnis als auch die Zahl älterer Menschen mit Pflegebedarf steigt. Von 1980 bis 2030 wird sich die Bevölkerung über 80 Jahren auf knapp eine Million Menschen fast verdoppelt haben. Derzeit beträgt der Anteil der über 65-Jährigen 17,3% an der gesamten Bevölkerung Schwedens, in ländlichen Räumen sogar 23,2%. Heutzutage werden 80% der älteren Menschen von Familienmitgliedern gepflegt. Die Aufrechterhaltung dieser Pflegeleistung wird zukünftig erschwert, da viele junge Menschen die ländlichen Gebiete verlassen. Die Kosten für Pflegeangebote sind aufgrund sinkender Steuereinnahmen und großer Entfernungen hoch, manche Dienstleistungen sind nur in Städten verfügbar und für die ländliche Bevölkerung schlecht zu erreichen. Der notwendige Pflegebedarf kann von den Kommunen allein weder geleistet noch, zusätzlich erschwert durch den ansteigenden Sparzwang, finanziert werden. Deshalb gilt es Menschen, die ihre Angehörigen zuhause pflegen, besonders zu unterstützen. Informations- und Kommunikationstechnologie kann ungeachtet geographischer Distanzen genutzt werden und eine angemessene Unterstützung für ältere pflegende Angehörige in ländlichen Räumen sein.

Inhaltliche Ausprägungen: Unterstützung von älteren pflegenden Angehörigen durch den Gebrauch von Informations- und Kommunikationstechnologie (IuK)

Das Projekt setzt bei den Herausforderungen an und hat zum Ziel ältere pflegende Angehörige in ländlichen Regionen mit Hilfe von Informations- und Kommunikationstechnologien bei ihren Pflegeleistungen zu unterstützen und ihnen darüber hinaus Möglichkeiten zum persönlichen Austausch zu bieten. Damit soll neben einer Möglichkeit zur Verbesserung der Pflegeleistungen und zur Reduzierung der persönlichen Besuche durch die (kommunal finanzierte) Gemeindegeschwester auch der sozialen Isolierung, die mit der Pflege von – beispielsweise dementen – Angehörigen häufig einhergeht, entgegengewirkt werden.

In diesem Projekt werden die in der häuslichen Altenpflege tätigen (älteren) Angehörigen (in der Regel Ehe-/Le-

benspartner) über einen Computer mit einer Webcam, der eine leistungsfähige Internetverbindung benötigt, durch Bildungs- und Informationsangebote sowie Netzwerke mit Fachkräften, beispielsweise mit Krankenschwestern, in ihrer Rolle unterstützt. Zudem können sie mit weiteren Betroffenen kommunizieren, beispielsweise wurden „Stammische“ eingerichtet, bei denen ein persönlicher Austausch möglich war.

Das Projekt hatte eine Laufzeit von drei Jahren und insgesamt waren 95 Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit einem Durchschnittsalter von 76 Jahren beteiligt. Alle Teilnehmer hatten vorher keine oder nur sehr wenige Erfahrungen mit Computern. Sie wurden im Rahmen des Projektes in die Anwendung eingewiesen und konnten diese dann auch ohne größere Probleme nutzen. Die hierdurch erworbenen Kompetenzen brachten Ihnen zusätzlich Selbstvertrauen und die Möglichkeit auch andere (z. B. familiäre) Kontakte aufrecht zu halten bzw. wieder zu intensivieren.

Akteure und Zuständigkeiten

- Forschungs- und Entwicklungseinheit des Kommunförbundet Västernorrland (FoU Västernorrland) zur wissenschaftlichen Projektbegleitung und Auswertung der Ergebnisse,
- Telia and Mid Sweden University,
- beteiligte Kommunen und deren Pflegekräfte (Gemeindegeschwester), die die Teilnehmer fachlich-inhaltlich und technisch unterstützen.

Kooperationen und Netzwerke

Bei der Durchführung der Studie unterstützten die 15 beteiligten Gemeinden aus Nordschweden (hier waren auch Gemeinden aus anderen Provinzen Nordschwedens dabei) sowie die dort angestellten „Gemeindegeschwester“ die älteren Studienteilnehmer bei der Nutzung der onlinebasierten Beratungen.

Finanzierung

- Kommunförbundet Västernorrland
- Swedish Institute of Assistive Technology
- Västernorrland County Council (Landstinget Västernorrland)
- Telia and Mid Sweden University

Erfolgsfaktoren und Herausforderungen

Digitale Dienstleistungen können einen erheblichen Beitrag zur Verbesserung der Versorgung ländlicher Räume beitragen und gerade auch ältere Menschen und pflegende Angehörige unterstützen. Die Untersuchungen zeigten, dass ältere Menschen moderne Technik nutzten und sehr gut damit zurechtkamen. Die älteren Pflegekräfte haben Unterstützung durch IuK als sehr nützlich empfunden, da

- der Unterstützungs- und Informationsbedarf inhaltlich und zeitlich genau auf die Person zugeschnitten und von ihr abgerufen werden konnte,
- sie durch die IuK-Unterstützung einen sichereren Umgang in ihrer Rolle und gesteigerte Pflegekraftkompetenzen bekamen,
- sie Unterstützung in ihrer persönlichen Situation erhielten, wodurch viele eine Position in der Gesellschaft zurückgewinnen und ihre Lebensqualität steigern konnten, sodass weniger Einsamkeit und Isolation die Folge waren.

Insgesamt wurde weniger Hilfe von der (Gemeinde-)Krankenschwester benötigt.

Anknüpfend und aufbauend auf die im Rahmen dieses Projektes gemachten Erfahrungen hat die Forschungs- und Entwicklungseinheit des Kommunförbundet Västernorrland das Projekt des Norrlandicus Care Lab (s. u.) mit angestoßen und entwickelt eine Reihe von Strategien bzw. identifiziert Herausforderungen zur verstärkten Nutzung von E-Health-Lösungen insbesondere in den ländlich geprägten Teilräumen der Provinz. Aktuell wird dabei u. a. über die Anwendungsmöglichkeiten des Projekts „Night Peace“ diskutiert:

„Feeling secure – Night Peace“ ist ein Dienst für Personen, die Betreuung oder zusätzliche Pflege und Sicherheit in ihrem Zuhause benötigen. Nächtliche Betreuung erfolgt nicht mehr durch physische Besuche, sondern die „Überwachung“ wird entweder proaktiv in bestimmten Intervallen durchgeführt oder durch Alarme mittels Nachrichten an Computer und Mobiltelefon.



„Digitale Dienstleistungen können einen erheblichen Beitrag zur Verbesserung der Versorgung von Personen im ländlichen Raum leisten und gerade auch ältere Menschen und pflegende Angehörige unterstützen. In unseren Untersuchungen machten wir die Erfahrung, dass ältere Menschen keine Scheu haben, moderne Technik zu nutzen und sehr gut damit zurechtkommen.“

Dr. Madeleine Blusi, FoU Västernorrland

Literatur und weiterführende Informationen zum Thema E-Health im Bereich Gesundheit/Altenpflege

Blusi, M.; Asplund, K.; Jong, M. (2013): Older family carers in rural areas: experiences from using caregiver support services based on Information and Communication Technology (ICT), in: Eur J Ageing (2013) 10:191–199, aufgerufen unter: <http://link.springer.com/article/10.1007%2Fs10433-013-0260-1>, Zugriff: 21.08.2014.

Vortrag und Präsentationsfolien Dr. Madeleine Blusi: „Together for better welfare“, am 25.06.2014 in Söråker, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Västernorrland.

Vortrag und Präsentationsfolien Mattias Gillow: „E-Health in Sweden“, am 25.06.2014 in Söråker, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Västernorrland.

Das Projekt Norrlandicus Care Lab – Verbesserung von medizinischer Versorgung und Altenpflege (Västernorrland)

Rahmenbedingungen und räumlicher Bezugsrahmen: Berufe im Gesundheitswesen wenig attraktiv, wenig personenzentrierte Pflege

Die Bevölkerung in Västernorrland altert. Sowohl das Verhältnis als auch die Zahl älterer Menschen mit Pflegebedarf steigt, wie im Projektbeispiel E-Health bereits erläutert wurde. Die Versorgung älterer, pflegebedürftiger Menschen gewinnt somit zunehmend an Bedeutung. Kommunen sind auf die Pflege von Familienmitgliedern angewiesen, da sie die Pflege älterer Menschen weder leisten noch finanzieren können. Das Problem wird dadurch verstärkt, dass viele junge Menschen die Region verlassen.

Das derzeit vorhandene Altenpflegeangebot wird zudem von traditionellen Ansichten dominiert, sowohl in der häuslichen Pflege als auch im Pflegeheim. Pflegerichtlinien empfehlen personenzentrierte Pflege, in welcher die Bedürfnisse der älteren Menschen im Mittelpunkt von Planung und Angebot der Dienstleistung stehen, die Realität sieht oftmals anders aus. Eine Organisation nach Bedürfnissen kann jedoch kosteneffizienter sein und in einer höheren Pflegequalität resultieren. Es besteht deshalb die Notwendigkeit neue Wege zu finden, um den Anforderungen der zukünftigen Altenpflege gerecht zu werden. Unkonventionelle Arbeitsmethoden in der häuslichen Pflege und in Pflegeheimen sind zu entwickeln, wo die Bedürfnisse der Älteren an erster Stelle stehen und die Organisationen sich entsprechend anpassen.

Inhaltliche Ausprägungen: Innovationen in der Altenpflege vor Ort im „Norrlandicus Care Lab“ erproben

Das „Norrlandicus Care Lab“ (NCL) liefert einen Beitrag zur Verbesserung der Qualität in der Gesundheitsversorgung und insbesondere in der Altenpflege. Dazu erprobt und evaluiert es Innovationen, sowohl Produkte als auch Dienstleistungen und Arbeitsweisen in der Altenpflege. Es untersucht, ob durch die Innovationen eine erhöhte Wertschöpfung möglich ist und ob die Bedürfnisse der Nutzer tatsächlich erfüllt werden. Dabei sollen u. a. die Qualität, die Benutzerfreundlichkeit und die Wahrung der Menschenwürde geprüft werden. Die Innovationen werden in realen Umgebungen, etwa in privaten Wohnungen oder Altenheimen, von älteren Menschen ab 65 Jahren, ihren

Verwandten sowie dem Gesundheits- und Pflegepersonal bewertet.

Außerdem sollen weitere Innovationen in der Altenpflege ermöglicht und deren Anzahl gesteigert werden. Neues innovatives Unternehmertum sowie neue Ideen werden dadurch gefördert. Das NCL ist eine offene Innovationsplattform für alle Akteure, um die Altenpflege durch Innovationen zu verbessern. Es bietet Unternehmen und Organisationen eine Test- und Evaluationsmethode als einen Baustein in deren Entwicklungsprozess für Produkte, Dienstleistungen und Prozesse.

Ein Pilotprojekt testet und entwickelt beispielsweise eine Bettunterlage, die automatisch Alarm gibt, wenn eine Patientin oder ein Patient eingenässt hat. Dies hat mehrere Vorteile, beispielsweise ist es angenehmer für Patienten, wenn es gleich bemerkt wird und für das Pflegepersonal entfällt das Testen mit der Hand.

Akteure und Zuständigkeiten

- Gemeinde Sundsvall,
- Krambo Bostads AB, Kramfors (kommunales Wohnungsunternehmen),
- Mittuniversitetet, Standorte in Sundsvall, Östersund und Härnösand,
- Forschungs- und Entwicklungseinheit des Kommunförbundet Västernorrland (FoU Västernorrland),
- Investera Mittsverige ingår (Verwaltungsmanagement und Unternehmensberatung),
- Åkroken Business Incubator.

Kooperationen und Netzwerke

Der Zellulose- und Papierhersteller SCA Hygiene products AB wird der erste Auftraggeber im Modellversuch „Norrlandicus Care Lab“ sein. Der Start der Kooperation liegt vermutlich im Oktober 2014. Außerdem wurden drei weitere Projekte initiiert, welche das NCL als Modellprojekt nutzen. Es handelt sich dabei um die Projekte „InnovaTion Kramfors“, „E-thics“ der Universität Borås und „SIO“ (Strategische Innovationsbereiche) des SP Technical Institutes of Sweden.

Finanzierung

Das „Norrlandicus Care Lab“ ist eine Initiative von der Abteilung für soziale Dienste der Gemeinde Sundsvall. Zunächst erfolgte die Suche nach Partnern und Finanzie-

rungsmöglichkeiten. Eine Pilotstudie im Zeitraum vom 1. Oktober 2012 bis 5. April 2013 wurde von Vinnova und der Provinzialregierung finanziert. Insgesamt beträgt die Laufzeit des Modellversuchs „Norrlandicus Care Lab“ drei Jahre, vom 1. Juli 2013 bis zum 30. Juni 2016 und hat einen Umsatz von 2,9 Millionen €. Die Finanzierung wird von der Provinzialregierung Västernorrland und der Schwedischen Innovationsagentur Vinnova getragen.

Erfolgsfaktoren und Herausforderungen

In der Altenpflege gibt es keine Tradition für Innovationen, aber es werden in diesem Bereich zunehmend innovative Dienstleistungen, Methoden und Produkte benötigt. Das Norrlandicus Care Lab leistet einen Beitrag, die Altenpflege durch Förderung solcher Innovationen zu erneuern. Dabei sollen nicht nur technische Innovationen gefördert werden, sondern auch Dienstleistungen und Kooperationen. Folgende Herausforderungen stellen sich dem NCL zukünftig:

- Die Organisation in den Behörden, die Methoden der öffentlichen Beschaffung gilt es so zu gestalten, dass eine innovative öffentliche Beschaffung möglich ist.
- Sicherung des Wissens und des Verständnisses dafür, wie Versuche und Forschungen in der Pflegeorganisation genutzt werden.
- Im Bereich der E-Health muss zukünftig die Funktionsfähigkeit der Systeme und die Abstimmung auf ihren jeweiligen Zweck verbessert werden, da die meisten IuK-Systeme im Gesundheitswesen für die Speicherung von Daten und nicht für deren Austausch ausgelegt sind. Dies gilt es zu beheben.

„In der Altenpflege gibt es keine Tradition für Innovationen, aber es werden in diesem Bereich zunehmend innovative Dienstleistungen, Methoden und Produkte benötigt. Das Norrlandicus Care Lab möchte die Altenpflege durch die Förderung solcher Innovationen erneuern. Dabei sollen nicht nur technische Innovationen gefördert werden, sondern auch Dienstleistungen und Kooperationen. Wir suchen jederzeit Partner zum Austausch, zur Zusammenarbeit und für Kooperationen.“

Beatrice Einarsson, Projektmanagerin
Norrlandicus Care Lab

Literatur und weiterführende Informationen zum Norrlandicus Care Lab

Internetauftritt Forschungs- und Entwicklungseinheit des Kommunförbundet Västernorrland, aufgerufen unter: <http://www.fouvasternorrland.se>, Zugriff: 21.08.2014.

Internetauftritt Norrlandicus Care Lab, aufgerufen unter: <http://norrlandicus.se/>, Zugriff: 19.08.2014.

Internetauftritt Vinnova, aufgerufen unter: <http://www.vinnova.se/sv/Var-verksamhet/Gransoverskridande-samverkan/Samverkansprogram/Strategiska-innovationsomraden/>, Zugriff: 19.08.2014.

Internetauftritt Inera, aufgerufen unter: http://www.inera.se/Documents/TJANSTER_PROJEKT/Identifieringstjanst_SITHS/SITHS_om_bestallning_av_SITHS-kort_pa_olika_sprak.pdf, Zugriff: 19.08.2014

Internetauftritt Kommune Sundsvall, aufgerufen unter: <http://www.sundsvall.se/Kommun-och-politik/Projekt-och-samarbeten/Norrlandicus-Care-Lab/>, Zugriff: 21.08.2014.

Scandurra, Isabella; Blusi, Madeleine; Dalin, Rolf (2013): Norrlandicus Care Lab – The Novel Test Method for Aging Society Innovations, aufgerufen unter: http://norrlandicus.se/wp-content/uploads/2013/11/NCL_NovelTestMethod_Vitalis_accept20140224.pdf, Zugriff: 19.08.2014.

Vortrag und Präsentationsfolien Beatrice Einarsson: „Norrlandicus Care Lab - An open innovation platform for actors seeking to improve elder care through innovation. An initiative by the department of social services, the municipality of Sundsvall, Sweden“, am 25.06.2014 in Söråker, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Västernorrland.



Nationalparkregion – Gesundheitsregion - Verbindung von Gesundheit und Tourismus im Unterengadin (Graubünden)

Rahmenbedingungen und räumlicher Bezugsrahmen: Natur- und Kulturlandschaft, Tourismus und medizinische Versorgung

Der Schweizer Nationalpark, genannt „Nationalparkregion“ umfasst das Unterengadin und das Val Müstair. Der Region gehören 11 Gemeinden an und sie hat knapp 8.500 Einwohner. Die Bruttowertschöpfung der Region beträgt 770 Mio. CHF, wobei eine starke Abhängigkeit vom Tourismus festzustellen ist. Zahlreiche Hotels und Ferienwohnungen stellen über 11.500 Betten zur Verfügung und kommen insgesamt auf 1,2 Mio. Übernachtungen pro Jahr. Touristisch attraktiv ist die Region sowohl in den Winter- als auch in den Sommermonaten, es gibt rund 340 Pistenkilometer, zahlreiche (Winter-)Wanderwege und Bike-Wege. Die Region zeichnet sich durch ihre Natur- und Kulturlandschaft, der naturnahen Landwirtschaft, und ihrer (Tourismus-)Infrastruktur aus.

Für die Region bestehen zahlreiche Herausforderungen im Bereich Medizin:

- zunehmende Spezialisierung bei gleichzeitigem Fachkräftemangel,
- steigender Kostendruck,
- abnehmende Hausarztichte in den Randregionen,
- zunehmende Anspruchshaltung im Tourismus,
- zunehmende Überalterung,
- zunehmende Morbidität.

Inhaltliche Ausprägungen: Nationalparkregion - Gesundheitsregion – Förderung des Tourismus sowie der medizinischen Grundversorgung

Um bestehende Potenziale im Bereich Gesundheit und Tourismus zu nutzen, wurde das Projekt „Nationalparkregion – Gesundheitsregion“ initiiert. Es sollen durch innovative Verbindungen der beiden Bereiche Synergien geschaffen, bestehende Angebote erhalten und neue Angebote geschaffen werden. Somit können bestehende Gästesegmente gesichert sowie neue erschlossen werden, wodurch eine regionale Wertschöpfung entstehen kann. Eine Partizipation am wachsenden Gesundheitsmarkt ist somit möglich und es können auch in touristisch nachfrageschwachen Zeiten Angebote geschaffen werden. Zudem

soll eine langfristig tragbare Gesundheitsversorgung der einheimischen Bevölkerung gesichert werden, beispielsweise profitiert das Spital von dieser Entwicklung und kann erhalten werden.

Das Projekt gliedert sich in mehrere Phasen. 2011 begann die erste Phase mit einer Vorprüfung und Projekteinreichung. Die zweite Phase ging bis Ende 2012. Es wurde ein Strategieprozess mit allen Schlüsselakteuren durchgeführt sowie ein Projektportfolio entwickelt und terminiert. In der dritten Phase, von 2012 bis 2015, werden die Projekte realisiert und vermarktet. Zudem erfolgen ein Projektmonitoring, eine wissenschaftliche Aufarbeitung sowie die Erarbeitung eines Schlussberichts. Die Betriebsphase erfolgt ab Ende 2015.

Verschiedene Angebotssparten werden verfolgt, zu denen jeweils Projektideen entwickelt und einige bereits verwirklicht wurden.

- Thema Gesundheit: Workshops und Bildungsangebote, im Fokus steht eine umfassende Kongressorganisation (Logistik, Verpflegung, Sponsoren, Unterkunft, Referenten, Rahmenprogramm, Teilnehmer/Begleitpersonen),
- Primärprävention und Leistungsfähigkeit: Vortrags- und Exkursionsreihen, Anreicherung des Gästeprogrammes mit Vorträgen, Führungen und Exkursionen zu Themen wie z. B. Vortragsreihe Schüssler Salze, Führung Kräuter und Heilpflanzen, Gesundheitsprävention und Selbsterfahrung, z. B. 7-Tageswanderung auf der Via Engiadina mit integrierten Gesundheitsdienstleistungen,
- Sekundär-/Tertiärprävention: Ferien für Gäste mit Pflegebedarf und deren Angehörige, bei denen ein Pflegedienst in der Region die Pflege übernimmt und in die Ferienwohnung kommt; Gluten-/ -laktosefreie Erholung, sowohl in den Beherbergungsbetrieben und Restaurants als auch in Lebensmittelgeschäften,
- Rehabilitation: Psycho-onkologische Reha, im Hotel Velvedere einige Zimmer als Spitalzimmer ausgestattet, für Erholung im Ferienumfeld,
- Heilung und Linderung: Muskulo-skelettale Rehabilitation.

Akteure und Zuständigkeiten

Das Projekt „Nationalparkregion-Gesundheitsregion“ wurde initiiert von der Tourismus Engadin Scuol Samnaun Val Müstair AG, der Universität St. Gallen und vom „Center da sandà Engiadina Bassa“ (Gesundheitszentrum Unteren-gadin), in der wichtige regionale Anbieter der Gesundheitsversorgung, Pflege und Betreuung sowie Wellness vereint sind.

Kooperationen und Netzwerke

Zahlreiche Akteure arbeiten zur Projektrealisierung zusammen, sowohl aus dem Tourismusbereich als auch dem medizinischen Bereich. Dazu gehören die Tourismus Engadin Scuol Samnaun Val Müstair AG, Hotels, Restaurants und der Einzelhandel, Universitäten, das örtliche Krankenhaus, Ärzte und Pflegedienste.

Finanzierung

Die Tourismus Engadin Scuol Samnaun Val Müstair AG hat jährlich rund 5 Mio. Euro zur Verfügung. 4,5 Mio. sind fest durch öffentliche Gelder, wie Kurtaxe und Tourismusabgabe der Betriebe. Rund 1 Mio. CHF sind selbst finanziert, durch Verkaufserlöse etc.

Die Tourismus Engadin Scuol Samnaun Val Müstair AG, die Universität St. Gallen und das „Center da sandà Engiadina Bassa“ tragen die Projektsumme von 1,4 Mio. und werden zusätzlich durch Bund und Kanton im Rahmen der Neuen Regionalpolitik finanziell unterstützt.



Erfolgsfaktoren und Herausforderungen

Die verschiedenen Teilprojekte sind mehrheitlich in vermarktungsfähige Produkte umgesetzt, die Schaffung einer Marke „Nationalparkregion – Gesundheitsregion“ unter dem Markendach Graubünden ist umgesetzt und wird weiterentwickelt. Weitere neue Angebote sollen in diesem Bereich geschaffen werden. Durch die neuen Angebote profitieren auch andere Daseinsvorsorgebereiche, wie z. B. die Nahversorgung. Es gilt nun die Vermarktung der entstandenen Angebote weiter zu intensivieren.

Auch im Daseinsvorsorgebereich Medizin ist eine Zunahme der Angebote zu verzeichnen, beispielsweise durch Sprechstunden für Onkologie, HNO, Augenheilkunde und Neuropädiatrie sowie eine Zunahme der Patientenzahlen. Es konnten 47 neue Vollzeitstellen geschaffen werden, was einem Plus von 28% entspricht und die Gewinnung von Fachkräften fällt leichter.

Als Erfolgsfaktoren des Projektes wurden herausgestellt:

- Tragfähige Projektarchitektur,
- Schrittweise Innovation statt großen Würfeln,
- Langfristige Projektanlage und (personelle) Kontinuität,
- Fokussierung und Priorisierung,
- Herstellen von Arbeits- und Entscheidungsfähigkeit in den Arbeitsgruppen,
- Intensive Kommunikation zwischen den beteiligten Akteuren,
- Kreativität.

„Wichtig ist die Schaffung neuer Kooperationen, also beispielsweise mit Spitalen, Gesundheitszentren usw. Dazu braucht es vor allem Zeit und personelle Kontinuität. Auch persönliche Kontakte spielen eine zentrale Rolle.“

Urs Wohler, Direktor Tourismus Engadin Scuol Samnaun Val Müstair AG

Literatur und weiterführende Informationen zur „Naturparkregion – Gesundheitsregion“

Internetauftritt Tourismus Engadin Scuol Samnaun Val Müstair AG, aufgerufen unter: www.engadin.com/gesundheits, Zugriff: 12.08.2014.

Internetauftritt Gesundheitszentrum Unterengadin, aufgerufen unter: http://www.cseb.ch/download/Cseb-de_filebase/AttachmentDocument/Allegra-Nationalparkregion.pdf, Zugriff: 12.08.2014.

Internetauftritt Gesundheitszentrum Unterengadin, aufgerufen unter: <http://www.cseb.ch/Cseb-de/Home>, Zugriff: 12.08.2014.

Tagungsband „Zukunftsorientierte Lösungsansätze zur Sicherung der Grundversorgung“ der Schweizer Arbeitsgemeinschaft für Berggebiete, aufgerufen unter: http://www.sab.ch/uploads/media/ST226_GrundversorgungFT_09.2014.pdf, Zugriff: 08.10.2014.

Vortrag und Präsentationsfolien Urs Wohler: „Nationalparkregion Gesundheitsregion“, am 21.05.2014 in Scuol, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Graubünden und Südtirol.



Projekte im Bereich Gesundheit und Altenpflege – Zentrale Erkenntnisse und Erfahrungen

Die vorgestellten Projekte verfolgen alle dasselbe Ziel: Die Sicherung der medizinischen Versorgung in ländlichen Räumen. Die unterschiedlichen Vorgehensweisen und unterschiedlichen Zielgruppen zeigen die Vielfältigkeit, mit der die Thematik bearbeitet werden kann und liefern folgende zusammenfassende Erkenntnisse:

- durch die Verbindung verschiedener Themenbereiche können neue Angebote entwickelt werden und somit die medizinische Versorgung erhalten werden,
- zur Realisierung solcher neuen Angebote bedarf es der Zusammenarbeit verschiedener Akteure,
- Kontinuität und kleine Schritte sind für Veränderungen notwendig, ebenso Kommunikation und Kreativität,
- digitale Infrastruktur kann so genutzt werden, dass sie zur Sicherung der Daseinsvorsorge im Bereich der medizinischen Versorgung beiträgt,
- Innovationen, auch im Bereich Gesundheit und Altenpflege, unterstützen die Weiterentwicklung und auch die Sicherung dieses Daseinsvorsorgebereiches.



3.4 Bereich digitale Infrastruktur

Digitale Agenda Västernorrland: Strategien und Projekte im Bereich Breitbandausstattung und -nutzung (Västernorrland)

Rahmenbedingungen und räumlicher Bezugsrahmen: Die Hälfte der schwedischen Bevölkerung hat eine 100 Mbits/s Breitbandverbindung, Ziel der nationalen digitalen Agenda ist der Anschluss von 90% der Bevölkerung bis 2020

Eine effiziente IT-Infrastruktur ist wichtig, um zukünftig Wachstum und Entwicklung in einer dünn besiedelten Provinz wie Västernorrland zu erhalten. Auch die Konkurrenzfähigkeit von Unternehmen ist von der Verfügbarkeit solcher Infrastrukturen abhängig. Ohne eine gut zugängliche IT-Infrastruktur sind keine Unternehmen zu Gründungen bereit und die Lebensbedingungen werden weniger attraktiv. Investitionen in Infrastrukturen sind somit eine wesentliche Grundlage für die Wirtschaftsentwicklung, einen flexiblen Arbeitsmarkt und die Verfügbarkeit von Dienstleistungen in ländlichen Räumen. In der Provinz gibt es derzeit Gebiete, in denen es keine Mobilfunk- und Breitbandversorgung gibt. Nur 50% der Bevölkerung ist an eine Breitbandverbindung mit einem Standard von 100 Mbits/s angeschlossen.

Die nationale digitale Agenda sieht vor, dass alle Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen in Västernorrland Zugang zu einer voll entwickelten IT-Infrastruktur mit wettbewerbsfähigen Geschwindigkeit und Kapazität haben. Ziel ist es 90% der Bevölkerung mit einem Standard von 100 Mbits/s bis zum Jahr 2020 zu versorgen.

Inhaltliche Ausprägungen: Das Projekt „nya digitala perspektiv“ der Provinzialregierung Västernorrland unterstützt den Breitbandausbau

Das einjährige Projekt „nya digitala perspektiv“ („Neue digitale Perspektiven“) vom Länsstyrelsen Västernorrland (Laufzeit Ende 2013 bis Ende 2014) unterstützt das Ziel der nationalen digitalen Agenda, Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen mit einer Breitbandversorgung von 100 Mbits/s auszustatten. Zunächst erfasste und analysierte das Projekt die aktuelle Situation bezüglich der Flächendeckung von Breitbandversorgung und Mobilfunk. Darauf aufbauend wurden folgende Dokumente und Maßnahmen erarbeitet und durchgeführt:

- Regionale digitale Agenda, mit dem Ziel neue Modelle der Zusammenarbeit und neue Dienstleistungen zu

entwickeln, um die Möglichkeiten und Vorteile der Digitalisierung nutzen zu können. Dafür sind Projekte umzusetzen, die einen Beitrag zu einer attraktiven, wettbewerbsfähigen und innovativen Region leisten. Västernorrland soll zu einer führenden digitalen Pilot-Region werden.

- Regionaler Aktionsplan für Informations- und Kommunikationstechnologieinfrastruktur, mit dem Ziel 90% aller Haushalte und Unternehmen mit einer Breitbandversorgung von mindestens 100 Mbits/s bis 2020 zu versorgen, auch alle öffentlichen Dienstleistungen sollen eine Versorgung von mindestens 100 Mbits/s bis 2020 erhalten. Außerdem soll bis 2020 die Verfügbarkeit von offenen und betreiberneutralen Netzwerken zwischen allen Gemeinden des Landkreises gewährleistet sein.
- Netzwerke der lokalen, regionalen und nationalen Zusammenarbeit, Kooperationsnetzwerke und strategische Partnerschaften sowie ein intensiver Dialog zwischen Unternehmen und Regierung über die Planung von Initiativen, Gesetzen und technischen Möglichkeiten sind wichtige Unterstützungsinstrumente, um den Ausbau voranzutreiben.
- Prozessorientierte Maßnahmen für private Unternehmen.

Akteure und Zuständigkeiten

- Projektträger: Länsstyrelsen Västernorrland
- Projektkoordination: Verwaltungsrat
- Lokale Verwaltungsebenen
- Unternehmen und private Akteure

Kooperationen und Netzwerke

Zur Zielerreichung sind ein intensiver Austausch sowie Kooperationen wichtig, auch um über die neuesten Entwicklungen und Trends informiert zu bleiben. Die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Interessengruppen stellt sich in verschiedenen Formen dar. Es gibt u. a. Arbeitsgruppen mit der nationalen Post- und Telekommunikationsbehörde (Post- och telestyrelsen (PTS)) und mit den Unternehmen Net4Mobility und Telia. Die Zusammenarbeit erfolgt beispielsweise durch Informationen über Pläne, Baugenehmigungen sowie regionale und lokale Möglichkeiten der Expansion. Durch eine Zusammenarbeit mit der Straßenbauabteilung können Leitungen direkt beim Bau einer neuen Straße mitverlegt werden, womit Zeit und Geld gespart werden kann.

Finanzierung

Die Finanzierung erfolgt anteilig durch den europäischen Strukturfonds (Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“) sowie durch regionale und kommunale Gelder. Im Laufe des Projektes wurden auch neue Formen der Kofinanzierung für den Bau digitaler Infrastrukturen mit privaten und öffentlichen Akteuren entwickelt.

Erfolgsfaktoren und Herausforderungen

Die Unterstützung des Breitbandausbaus ist der Erfolg dieser Maßnahme, vor allem das Zusammenbringen der verschiedenen Akteure generiert zahlreiche Vorteile.

Zukünftig ist es weiterhin wichtig, die Zusammenarbeit von Regierung und Unternehmen zu fördern. Auch die Bildung von Netzwerken zwischen den Kommunen ist weiterzuführen. Dazu soll eine Organisation geschaffen werden, die die Zusammenarbeit koordiniert. Auch die Politik kann den Breitbandausbau weiter unterstützen.

Das Projekt soll neue Anwendungsfelder initiieren und zur stärkeren Nutzung durch die Bevölkerung und Unternehmen anregen, was den Ausbau für Unternehmen attraktiver und wirtschaftlicher macht.

Der Ausbau der digitalen Infrastruktur kostet sehr viel Geld. Demgegenüber müssen die finanziellen Einsparungen durch die Nutzung neuer Dienstleistungen, beispielsweise durch E-Government oder E-Health, berücksichtigt werden. Diese gilt es zu erforschen sowie neue Lösungen für die Daseinsvorsorge durch den Einsatz von Breitband sowie Informations- und Kommunikationstechnologie zu erarbeiten, umso den Ausbau zu nutzen und zu amortisieren. Das Projekt soll eine gute Entscheidungsgrundlage für weitere Investitionen sein. Forschungsbedarf besteht bei der Untersuchung der möglichen Angebote zur Sicherung der Daseinsvorsorge mit Hilfe des Internets und deren Ermöglichung durch den Breitbandausbau. Die Verhaltensänderung zur Nutzung solcher digitaler Dienstleistungen dauert an. Weiterer Forschungsbedarf besteht bei der Untersuchung, wie Privathaushalte und Unternehmen das Internet nutzen, da es hierzu momentan zu wenig Analysen gibt.

„Der Ausbau der digitalen Infrastruktur kostet sehr viel Geld. Demgegenüber müssen die finanziellen Einsparungen durch die Nutzung neuer Dienstleistungen, beispielsweise durch E-Government oder E-Health, berücksichtigt werden. Diese gilt es zu erforschen sowie neue Lösungen für die Daseinsvorsorge durch den Einsatz von Breitband sowie Informations- und Kommunikationstechnologie zu erarbeiten, umso den Ausbau zu nutzen und zu amortisieren.“

Charlie Wallin, Stellvertretender Direktor Kommunförbundet Västernorrland

Literatur und weiterführende Informationen zum digitalen Ausbau in Västernorrland

Internetauftritt Länsstyrelsen Västernorrland, aufgerufen unter: <http://www.lansstyrelsen.se/vasternorrland/Sv/om-lansstyrelsen/eu-och-internationellt/vara-projekt/Pages/nya-digitala-perspektiv.aspx>, Zugriff: 20.08.2014

Vortrag und Präsentationsfolien Niklas Guss: „The County administrative board's coordination of ICT-infrastructure and digital development“, am 26.06.2014 in Söråker, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Västernorrland.

Projekte im Bereich digitale Infrastruktur – Zentrale Erkenntnisse und Erfahrungen

Die Bereitstellung einer qualitätvollen digitalen Infrastruktur ist für Kommunen in ländlichen Räumen von zentraler Bedeutung, da diese eine wesentliche infrastrukturelle Grundlage für Aktivitäten von Unternehmen und Bevölkerung ist. Die Zahl der Internetnutzer steigt stetig. Gleichzeitig sind die Möglichkeiten der Nutzung digitaler Infrastrukturen auch für den Bereich Sicherung der Daseinsvorsorge noch lange nicht ausgereizt.

Mit der Nutzung der digitalen Infrastruktur können Daseinsvorsorgeleistungen verschiedener Bereiche qualitativ verbessert, ergänzt oder sogar – sofern sie nicht stationär vor Ort sind – virtuell erbracht werden.

Die Projektbeispiele aus dem Bereich Gesundheit und Altenpflege haben einzelne Anwendungen aufgezeigt, die die Daseinsvorsorge unterstützen. Das Innovationspotenzial weiterer, internetgestützter Anwendungen zur Ergänzung, Verbesserung und Sicherung von Daseinsvorsorgeleistungen ist derzeit als sehr hoch einzuschätzen. Hier gilt es einerseits bereits bestehende Forschungsergebnisse in die praktische Umsetzung zu bringen und andererseits weitere Projektideen zu entwickeln. Durch die Erhöhung der Anwendungsfelder und somit der Nutzerfrequenz kann ein Ausbau der Breitbandversorgung für Unternehmen interessanter werden, wodurch wiederum das Anbieten neuer Anwendungsfelder attraktiver wird.





3.5 Querschnittsstrategien

Die Projekte im Projektbereich Querschnittsstrategien in der Kommunal- und Regionalentwicklung gehören nicht zwangsläufig zum Bereich der Daseinsvorsorge, tragen jedoch zur Sicherung verschiedener Daseinsvorsorgebereiche bei, indem sie das Ziel der Stärkung und Attraktivierung von Dorf- und Stadtzentren sowie die interkommunale und regionale Zusammenarbeit stärken und die Region als Ganzes betrachten.

Unterstützung und Beratung durch den Verein „Niederösterreichische Dorf- und Stadterneuerung – Verband für Landes-, Regional- und Gemeindeentwicklung“ (Niederösterreich)

Rahmenbedingungen und räumlicher Bezugsrahmen: Kleine Gemeinden, die etwas bewegen wollen

Bei der Realisierung von Dorferneuerungs- und Stadterneuerungsprojekten sehen sich viele Kommunen vor zahlreiche Herausforderungen gestellt. Oft fehlen Kenntnisse und Fachinformationen bei den ehrenamtlichen Vertretern der Gemeinden oder es herrschen unterschiedliche Ansichten über eine Weiterentwicklung des Dorfes.

Inhaltliche Ausprägungen: Beratung und Information der Kommunen, Hilfe zur Selbsthilfe

Der Verein „Niederösterreichische Dorf- und Stadterneuerung – Verband für Landes-, Regional- und Gemeindeentwicklung“ wurde 1990 gegründet und unterstützt und begleitet Kommunen bei der Erarbeitung und Umsetzung von Maßnahmen und Projekten im Bereich der Dorf- und Stadterneuerung sowie Gemeinde- und Regionalentwicklung. Mit derzeit rund 500 Mitgliedern sind fast alle niederösterreichischen Städte und Gemeinden vertreten. Aktiv betreut werden jährlich rund 20 Städte in der Stadterneuerung, 200 Orte in der Dorferneuerung, sowie bis zu 21 Gemeinden im Prozess Gemeinde 21 zur Verankerung und Umsetzung des Landesentwicklungskonzeptes. Gemäß Satzung vertritt der Verein die Interessen seiner Mitglieder beim Land Niederösterreich, dem Bund und anderen Organisationen und bildet somit ein Bindeglied zwischen diesen. Mitglieder können nur niederösterreichische Gemeinden und Städte sein, denen dann u. a. folgende Angebote offenstehen: Information, Beratung, Prozessbegleitung, Moderation und Projektmanagement, etwa bei der Planung eines Generationenspielplatzes. Bei einem Dorferneuerungsprozess wird beispielsweise jeder Haushalt zu einem Informationsabend eingeladen, in dem sich

die Initiativgruppe bildet. Somit wird auch eine Bürgernähe geschaffen.

Akteure und Zuständigkeiten

- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Vereins,
- Kommunen, Bürgermeister und Gemeinderäte,
- Unternehmen,
- Bürgerinnen und Bürger.

Kooperationen und Netzwerke

Zur Projektbearbeitung bilden sich verschiedene Arbeitsgruppen. Um ein Projekt in der Dorferneuerung zu realisieren muss beispielsweise ein Verein vor Ort (Dorferneuerungsverein) gegründet werden, der hinter dem Projekt steht und die Umsetzung unterstützt, bei der Stadterneuerung muss beispielsweise ein Beirat gegründet werden.

Finanzierung

Der Verein „Niederösterreichische Dorf- und Stadterneuerung – Verband für Landes-, Regional- und Gemeindeentwicklung“ finanziert sich über Mitgliedsbeiträge, Kostenbeiträge aus Beratungstätigkeiten, Spenden, Förderungen und sonstige Zuwendungen. Er wird kofinanziert von EFRE, ELER und ESF.

Erfolgsfaktoren und Herausforderungen

Der Verein „Niederösterreichische Stadt- und Dorferneuerung“ hat bereits unterschiedliche Projekte umgesetzt, wie etwa das Radwegenetz Tulln, die Ankündigungstafeln Guntramsdorf, der Arkadensaal in Langenlois und der Jugendpark Mistelbach.

Erfolgsfaktoren für erfolgreich umgesetzte Projekte sind:

- die Übernahme von Verantwortung durch die Gemeinde und ihre Vertreter,
- Engagement der Bürgerinnen und Bürger,
- Beratung und Information,
- Moderation, auch in Konfliktfällen,
- Hilfe zur Selbsthilfe, und somit Stärkung der Kompetenzen vor Ort,
- Prioritätensetzung.

Literatur sowie weiterführende Informationen zum Verein „Niederösterreichische Dorf- und Stadterneuerung – Verband für Landes-, Regional- und Gemeindeentwicklung“

Internetauftritt Verein, aufgerufen unter: <http://www.dorf-stadterneuerung.at/content.php?pageId=895>, Zugriff: 06.08.2014.

Vortrag und Präsentationsfolien Sabine Klimitsch: „Niederösterreichische Dorf- und Stadterneuerung“, am 02.04.2014 in Krems an der Donau, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Niederösterreich



Regionalmanagement und Kleinregionen: Service- und Vernetzungsstelle zur Zusammenarbeit der Gemeinden (Niederösterreich)

Rahmenbedingungen und räumlicher Bezugsrahmen: Umlandgemeinden von Wien wachsen, periphere Regionen schrumpfen

Viele Themen der kommunalen Entwicklung, gerade auch im Bereich der Daseinsvorsorge, können Kommunen alleine nicht lösen. Interkommunale Zusammenarbeit und eine Betrachtung der gesamten Region, helfen Strategien und Projekte für eine zukunftsfähige Entwicklung zu realisieren. Kirchturmdenken und Konkurrieren um Bewohner und Unternehmen helfen nicht dabei, die Gemeinde zu entwickeln. Ehrenamtliche Strukturen der Gemeindevertreter führen zu fachlichen und zeitlichen Engpässen. Auch die knappen Kassen der Kommunen erlauben keine großen Projekte zur Realisierung. Hilfreich ist eine fachliche und personelle Unterstützung von benachbarten Kommunen in einer Region. Durch Kooperationen können Infrastrukturen erhalten werden.

Inhaltliche Ausprägungen: Zusammenarbeit der Gemeinden durch das Regionalmanagement und die Kleinregionen

Der gemeinnützige Verein Regionalmanagement Niederösterreich wurde 2004 von der niederösterreichischen Landesregierung und der niederösterreichischen Landesakademie gegründet und unterstützt die Förderung einer umfassenden Landesentwicklung auf Regions- und Kleinregionsebene. In jeder der fünf Hauptregionen Niederösterreichs gibt es ein solches Regionalmanagement.

Im Waldviertel erfolgt die Unterstützung beispielsweise in den Bereichen Wirtschaft, Infrastruktur, Mobilität, Bildung, Tourismus und Freizeit sowie Netzbildung. Das Regionalmanagement stellt eine Vernetzungs- und Servicestelle für Gemeinden und Menschen in der Region dar und agiert auch als Förderlotse. Zur Unterstützung der Arbeit der Regionalmanager wird von der niederösterreichischen Landesregierung die Erarbeitung Regionalwirtschaftlicher Konzepte gefördert. Die Bestandteile dieser Konzepte (sozioökonomische Strukturanalyse, Stärken/Schwächen-Profil, Regionale Entwicklungsstrategien und Schlüsselprojekte) werden unter intensiver Einbindung der regionalen Akteure erarbeitet. Die Regionalentwicklung Waldviertel unterhält die Europa Plattform Pro Waldviertel. Im Bereich Siedlung und Wohnen positioniert sich das Waldviertel als zukünftiger Wohnstandort. Unter Mitarbeit des Vereins Interkomm wird eine Imagekampagne in Wien durchgeführt, Innenmarketing betrieben, Zuzug und Nachfrage forciert und auf demografische Veränderungen reagiert. In Zukunft soll das Waldviertel nicht nur für Ferien und Freizeit stehen, sondern auch für Arbeiten und Leben, Schulen und Chancen, Lebensräume und Lebensqualität.

Bei den Kleinregionen handelt es sich um einen freiwilligen Zusammenschluss von meist sechs oder mehr Gemeinden zur Abstimmung, Definition und Umsetzung regional bedeutsamer Ziele, Strategien und Maßnahmen. Gemeinsam werden verschiedene Themen bearbeitet, wie z. B. Kleinregionale Identität und Marketing (Pflichtfeld), Infrastruktur, Mobilität, Gesundheit, Umwelt und Wirtschaft. Für die Daseinsvorsorge ist diese Ebene eine

wichtige Raumeinheit. Die Gemeinden erarbeiten ein Kleinregionales Entwicklungskonzept und Kleinregionale Rahmenkonzepte. Die erste Kleinregion wurde bereits Mitte der 1980er Jahre gegründet. Derzeit sind rund 85% der niederösterreichischen Gemeinden Mitglied in einer der 58 Kleinregionen. Sinnvoll ist die Anknüpfung an bestehende LEADER-Gruppen. Die Kleinregionsbetreuung ist beim Regionalmanagement angesiedelt. Einen umfassenden Überblick zu den Kleinregionalen Projekten bietet die Kleinregionale Projektdatenbank. Die Vorteile der Zusammenarbeit sind vielfältig und reichen von Kosteneinsparung und Effizienzsteigerungen über die Erweiterung des Aktionsradius bis hin zur Umsetzung innovativer Maßnahmen und Projekte. Außerdem kann die Konkurrenzsituation gemindert werden.

Akteure und Zuständigkeiten

- Niederösterreichische Landesregierung,
- Niederösterreichische Landesakademie,
- Mitarbeiter des Regionalmanagements und der Kleinregionen,
- Kommunen, Bürgermeister, Gemeinderäte,
- Institutionen,
- Unternehmen,
- Bürgerinnen und Bürger.

Kooperationen und Netzwerke

Durch den Zusammenschluss in Kleinregionen und Regionen kommt es zu einer intensiven Vernetzung und Kooperation der örtlichen Akteure. Zur Projektrealisierung müssen die benachbarten Kommunen mit weiteren Akteuren zusammenarbeiten, wodurch projektspezifische weitere Vernetzungen entstehen.

Finanzierung

Das Regionalmanagement Waldviertel wird kofinanziert aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) und dem Land Niederösterreich.

Das Land Niederösterreich unterstützt die Kleinregionen fachlich und finanziell. Kleinregionale Förderinstrumente beziehen sich auf die Konzepte Kleinregionales Entwicklungskonzept und Kleinregionales Rahmenkonzept sowie die Förderung pilothafter Projekte und Personalkosten im Management.

Erfolgsfaktoren und Herausforderungen

Das Regionalmanagement setzt zahlreiche Prozesse um,

beispielsweise treibt es derzeit den Imagewandel des Waldviertels in Richtung lebenswerter Wohnstandort, weg von Urlaub- und Freizeitimage voran. Auch die Kleinregionen setzen zahlreiche Projekte, auch zur Daseinsvorsorge, um. Durch interkommunale Kooperationen können Infrastrukturen erhalten werden. Die Erarbeitung von Zielen und Strategien führen zu einem langfristigen Mehrwert für die Kleinregionen. Zu den strategischen Schwerpunktthemen erfolgt eine Projektentwicklung und -begleitung. Wichtig ist ebenfalls eine stetige Erfolgskontrolle sowie Qualifizierung und Coaching. Insgesamt wird die Identität der Region gestärkt.

Literatur und weiterführende Informationen zu Regionalmanagement und Kleinregionen

Internetauftritt Regionalmanagement Niederösterreich, aufgerufen unter: <http://www.regionalmanagement-noe.at/>, Zugriff: 06.08.2014.

Internetauftritt Regionalmanagement Waldviertel, aufgerufen unter: <http://www.rm-waldviertel.at/>, Zugriff: 06.08.2014.

Internetauftritt Kleinregionen, aufgerufen unter: <http://www.kleinregionen-noe.at/>, Zugriff: 06.08.2014.

Internetauftritt Amt der NÖ Landesregierung zu den Kleinregionen, aufgerufen unter: <https://www.noegv.at/Land-Zukunft/Raumordnung/Kleinregionen.html>, Zugriff: 06.08.2014.

Internetauftritt Amt der NÖ Landesregierung Raumordnung und Regionalpolitik, aufgerufen unter: <http://www.raumordnung-noe.at/index.php?id=123>, Zugriff: 06.08.2014.

Vortrag und Präsentationsfolien Thomas Samhaber: „Regionalentwicklung Waldviertel“, am 03.04.2014 in Friedersbach, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Niederösterreich.

Vortrag und Präsentationsfolien Barbara Ziegler: „Kleinregionen in Niederösterreich“, am 03.04.2014 in Friedersbach, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Niederösterreich.

Projekte im Bereich von Querschnittsstrategien in der Kommunal- und Regionalentwicklung – Zentrale Erkenntnisse und Erfahrungen

Der Projektbereich Querschnittsstrategien in der Kommunal- und Regionalentwicklung trägt mittelbar zum Erhalt und der Initiierung von Daseinsvorsorgeleistungen bei und zwar durch

- die Erhöhung der Attraktivität von Orts- und Stadtzentren,
- die Unterstützung des Einzelhandels und somit auch der Nahversorgung,
- die unabhängige Unterstützung und Beratung von Kommunen bei Maßnahmen und Projekten, auch im Rahmen der Daseinsvorsorge,
- die Stärkung der Kompetenzen vor Ort, auch im Hinblick auf Fragen zum demografischen Wandel und der Daseinsvorsorge,
- die fachliche und personelle Unterstützung, um Themen interkommunal gemeinsam zu bearbeiten, darunter auch Themen der Daseinsvorsorge, sowie regionale Strategien mit der entsprechenden Projektentwicklung und -umsetzung.



3.6 Regionale Wirtschaft und Wertschöpfung

Der Projektbereich Regionale Wirtschaft und Wertschöpfung enthält Projekte, die nicht im engeren und unmittelbaren Sinne dem Bereich der Daseinsvorsorge zuzuordnen sind, aber es handelt sich bei den dargestellten Ansätzen um

- querschnittsorientierte Strategien, die die Daseinsvorsorge mit als ein Thema aufgreifen, aber als Ausgangspunkt die regionale Wirtschaftsentwicklung im Blick hatten,
- Strategien zur Stärkung regionaler Wertschöpfungsketten sowie
- Ansätze und Strategien für Regionales Marketing.

Die vorgestellten Strategien und umgesetzten Projekte stellen „Transmitter Themen“ dar, mit denen Anliegen zur Sicherung der Daseinsvorsorge mittel- und teilweise auch unmittelbar mit angestoßen werden können.

Potenzialarme Räume Graubünden - Umgang mit ungenutzten Potenzialen - Strategieentwicklung der Schweizer Kantone zur Unterstützung ländlicher Räume (Graubünden)

Rahmenbedingungen und räumlicher Bezugsrahmen: Neue Regionalpolitik als Anlass, Tourismusgeprägter Kanton, Abwanderung und wirtschaftliche Schrumpfung

In einigen strukturschwachen Gebieten der schweizerischen Bergkantone sind Abwanderung und wirtschaftliche Schrumpfungprozesse bereits extrem ausgeprägt. Im Rahmen der Umsetzung der Neuen Regionalpolitik, eines 2008 initiierten Schweizer Bundesprogramms zur Unterstützung des Berggebiets, des ländlichen Raums und der Grenzregionen bei der Bewältigung des Strukturwandels, forderte der Bund die betroffenen Kantone – hierunter auch den Kanton Graubünden – auf, spezifische Strategien für jene Gebiete zu entwickeln, in denen klassische Strukturpolitik nicht mehr greift. Ein Vorgehen zum Umgang mit peripheren, schlecht erreichbaren Räumen sollte erarbeitet werden. Der Kanton Graubünden ist in 39 Kreise, 11 Bezirke, 14 Regionen und 146 Gemeinden gegliedert. Auf einer Fläche von 7.105 km² (17,2% der Gesamtfläche der Schweiz) woh-

nen 194.000 Menschen (2,4% der Schweizer Bevölkerung). Der Kanton hat ca. 87.000 Arbeitsplätze, mit einem hohen Anteil des Gast- und Baugewerbes. Der Tourismus spielt eine große Rolle, 17% aller Unternehmen und 15% aller Arbeitsplätze in Graubünden sind im Gastgewerbe angesiedelt. Die gesamte touristische Wertschöpfung pro Jahr beträgt ca. 3,3 Mio. CHF (rund 30% des kantonalen BIP).

Inhaltliche Ausprägungen: Festlegen von potenzialarmen Räumen sowie Erarbeitung von Strategien zum Umgang mit ungenutzten Potenzialen

Im Rahmen der Neuen Regionalpolitik erarbeitete der Kanton Graubünden eine Strategie „Potenzialarme Räume Graubünden – Handlungsmöglichkeiten und Strategien von Kanton Graubünden und Bund“, deren Ergebnisse 2009 veröffentlicht wurden. Diese beinhaltet

- zunächst eine Analyse und Selektion bzw. Kategorisierung der Gemeinden und Identifizierung potenzialarmer Räume,
- die Erarbeitung einer (kantonalen) Strategie sowie
- Maßnahmen für die Umsetzung der Gesamtstrategie auch als Grundlage für einen effizienten Mitteleinsatz aller raumrelevanten Förderinstrumente.

Potenzialarme Räume wurden definiert als geographisch-topographisch abgrenzbare Räume, mit Gemeinden, die mittel- bis langfristig in ihrer (Über-)Lebensfähigkeit gefährdet sind. Mehrere Prozesse ergeben eine „Abwärts-spirale“. Dazu zählen beispielsweise eine negative Beschäftigungs- und Wertschöpfungsentwicklung, eine ungünstige Entwicklung der Altersstruktur bzw. Abwanderung, ein Abbau der Grundversorgungsleistungen und ungünstige Finanzkennzahlen. Alle Gemeinden des Kantons wurden aufgrund dieser Indikatoren untersucht. Als Ergebnis wurden kritische und eher kritische Gemeinden identifiziert. Basierend auf dieser Analyse wurden potenzialarme Räume erster und zweiter Priorität abgegrenzt, die jeweils mehrere Gemeinden umfassen. Diese Bildung größerer (funktionaler) Raumeinheiten, beispielsweise von Talschaften, bietet in der Strategieentwicklung mehr Chancen zur Hebung ungenutzter Potenziale.

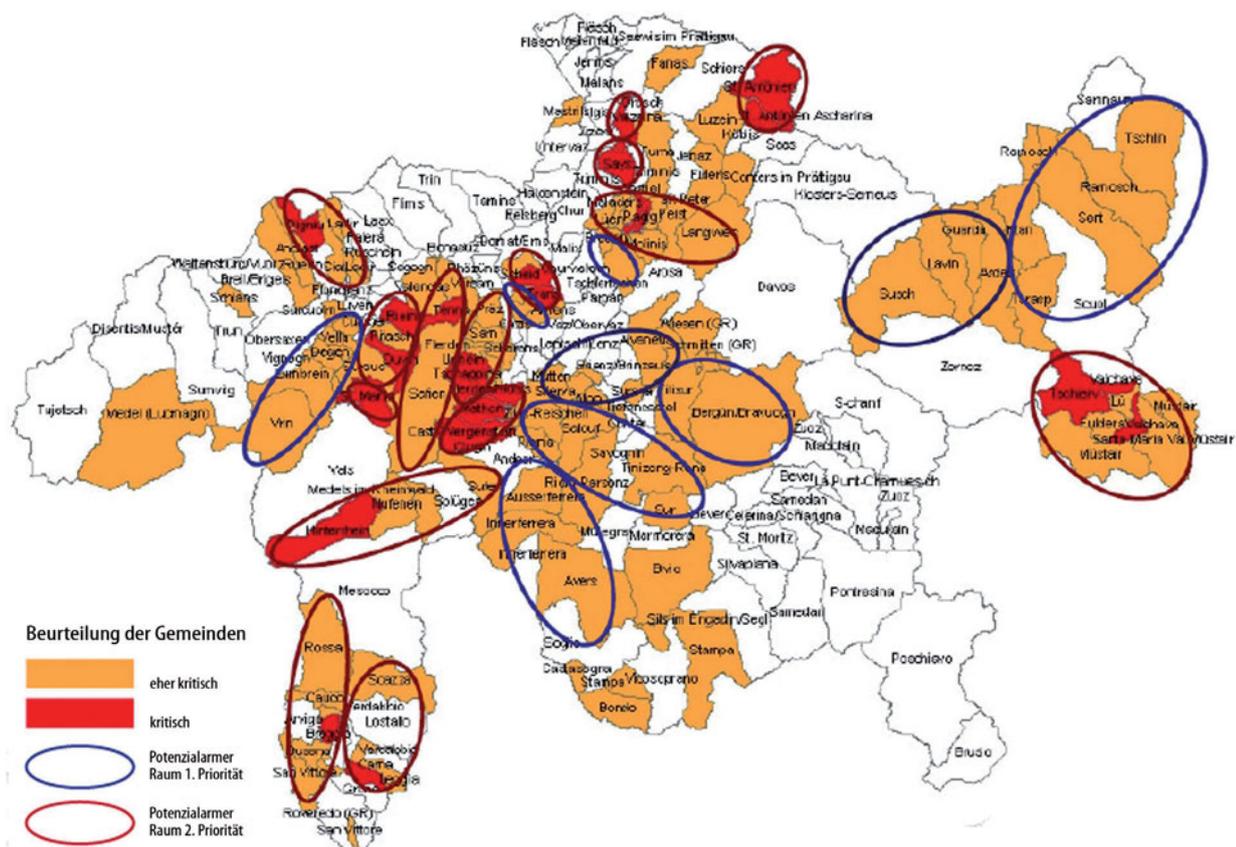


Abbildung 17: Potenzialarme Räume in Graubünden

Quelle: Internetauftritt Avenir Suisse, aufgerufen unter: <http://www.avenir-suisse.ch/wp-content/uploads/2012/02/potenzialarme-Raume.png>, Zugriff: 20.02.2014

Ziel war die Entwicklung realistischer Strategien, um Schrumpfungsprozesse zu steuern, Gebiete zu stabilisieren und wirtschaftliche Potenziale zu schaffen bzw. zu aktivieren. Durch Strategien und Maßnahmen soll eine Trendumkehr in Wachstum oder ein Trendbruch in Stabilisierung erreicht werden. Vor allem soll die Nutzung endogener, insbesondere regionalwirtschaftlicher Potenziale gefördert werden.

Potenziale können beispielsweise in den Bereichen Tourismus, Ansiedlung von Unternehmen, Infrastruktur, Bildung und Energie bestehen.

Akteure und Zuständigkeiten

- Projektsteuerung: Amt für Wirtschaft und Tourismus Graubünden
- Projektbearbeitung: Prozesssteuerung Brugger und Partner AG und fachliche Erarbeitung Flury&Giuliani GmbH

Kooperationen und Netzwerke

Der Kanton Graubünden arbeitete bei diesem Projekt mit den Gemeinden des Kantons zusammen. Dazu zählten Gemeindevertreter, lokale Akteure der Daseinsvorsorge und Regionalentwicklung sowie Bürgerinnen und Bürger.

Finanzierung

- Kanton Graubünden

Erfolgsfaktoren und Herausforderungen

Die kantonsweite Erarbeitung von Plänen und die Entwicklung von Konzepten stellt einen Anstoß für die regionale Entwicklung dar. Erfolgsfaktoren für dessen Umsetzung sind

- die Eigeninitiative vor Ort, nicht auf Tätigwerden des Kantons warten,
- die Verantwortung vor Ort,
- eine aktive Mitarbeit der Regionen, durch Begleitung und Unterstützung der Kantonsregierung,
- aktive Akteure vor Ort, die Projekte mittragen und umsetzen,
- Beschäftigung mit der wirtschaftlichen Entwicklung, dafür werden die fähigsten Köpfe in den Talschaften benötigt,
- markt- und exportorientierte Betrachtungsweise.

Die Strategie stellt einen Beitrag zu einem konstruktiveren Umgang mit Schrumpfungsprozessen dar und dient einer wirkungsvollen, zielgenauen Entwicklung von Förderstrategien und einem effektiven Mitteleinsatz der begrenzten Mittel für Strukturpolitik und Service public. In der Bevölkerung wurde die Vorgehensweise des Projektes kontrovers diskutiert, vor allem in den betroffenen Gebieten. Auch die mediale Beachtung war groß. Insgesamt lässt sich feststellen, dass ein notwendiger Diskussionsprozess in Gang gebracht und eine Aufbruchsstimmung erzeugt werden konnte. Es wurden keine schnellen Lösungen erzielt, aber der Bericht war eine gute Grundlage für nachfolgende Aktivitäten.

„Das Besondere an dem Projekt ist die Schaffung und Nutzung von Potenzialen. Jede Region hat Potenziale. Diese gilt es zu erkennen und zu nutzen. Dazu braucht es aktive Regionen mit engagierten Akteuren, die die Potenziale erkennen und Wertschöpfung daraus ziehen. Es braucht „Vorweggeher“ und „Anpacker“. Viele Regionen in Graubünden sind weiterhin von negativen Entwicklungen betroffen. Hier ist die aktive Suche und Inwertsetzung von Potenzialen wichtiger denn je.“

Michael Caflisch, Leiter Tourismusentwicklung, Amt für Wirtschaft und Tourismus Graubünden

Literatur und weiterführende Informationen zu „Potenzialarmen Räumen“

Studie zu Potenzialarmen Räumen, aufgerufen unter: https://www.gr.ch/DE/institutionen/verwaltung/dvs/awt/dokumentation/Dokumente%20Themen%20und%20Projekte/Handlungsmoeglichkeiten_und_Strategien_von_Kanton_und_Bund_2006.pdf, Zugriff: 11.08.2014.

Brugger und Partner AG (BHP), Amt für Wirtschaft und Tourismus Graubünden, Flury & Giuliani GmbH – Agrar- und regionalwirtschaftliche Beratung (Hrsg.) (2006): Potenzialarme Räume Graubünden – Handlungsmöglichkeiten und Strategien von Kanton Graubünden und Bund, Zürich.

Vortrag und Präsentationsfolien Michael Caflisch: „Potenzialarme Räume Graubünden. Umgang mit ungenutzten Potentialen. Handlungsmöglichkeiten und Strategien“, am 21.05.2014 in Chur, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Graubünden und Südtirol.



Strategie „Zukunft 2030“ zur kommunalen Entwicklung und interkommunalen Zusammenarbeit (Südtirol)

Rahmenbedingungen und räumlicher Bezugsrahmen: Periphere Gemeinden in Tälern durch abnehmende Bevölkerung und hohen Anteil an Erwerbstätigen im primären Sektor geprägt

Die peripher gelegenen Talschaften in Südtirol, beispielsweise im Ultental und im Passeiertal, sind nur dünn besiedelt. Aufgrund der topografischen Bedingungen gestaltet sich die Erreichbarkeit der Zentren aus den peripheren Talschaften schwierig. Die Bevölkerungsentwicklung in peripher gelegenen Gemeinden im Ultental und Passeiertal ist leicht abnehmend, diese Gemeinden werden auch in Zukunft – vor allem bedingt durch Abwanderungen – Bevölkerung verlieren.

In den peripher gelegenen Gemeinden im Ultental und im Passeiertal sind die meisten Erwerbstätigen im tertiären Sektor tätig, jedoch gibt es einen überdurchschnittlich hohen Anteil von Beschäftigten im primären Sektor. Im Dienstleistungsbereich sind insbesondere die Bereiche Handel, Beherbergungsbetriebe und Gaststätten sowie das Schul-, Sozial- und Gesundheitswesen von hoher Bedeutung. Die Landwirtschaft ist durch Milchwirtschaft, Wein- und Apfelanbau geprägt. In abgelegenen Talschaften stellt die Landwirtschaft im Nebenerwerb eine wichtige Einkommensquelle dar.

Inhaltliche Ausprägungen: Zukunft 2030 – Passeiertal, Ultental, Deutschnonsberg und Meraner Umland – Interdisziplinäre Strategien für eine nachhaltige Lokalentwicklung im Ultental und Passeiertal

Für abwanderungsgefährdete Gemeinden erarbeitet das Projekt „Zukunft 2030“ aufbauend auf endogenen Potenzialen und gemeinsam mit lokalen Akteuren und allen Interessierten interkommunale und intersektorale Konzepte, die insbesondere Arbeitsplätze und Wertschöpfung vor Ort schaffen sollen, um einer weiteren Abwanderung entgegenzuwirken. Durch interkommunale Zusammenarbeit sollen Wirtschaftskraft und Standortattraktivität gestärkt und dadurch ein aktives Dorfleben und somit lebendige ländliche Räume erhalten werden.

Drei lokale Handlungsfelder werden bearbeitet:

- die Sicherung und Entwicklung von Arbeitsplätzen in öffentlichen und privaten Unternehmen,
- die Steigerung der lokalen Wertschöpfung durch die Nutzung endogener Potenziale,
- sowie die Generierung neuer Erwerbsmöglichkeiten durch eine gesteuerte Zuwanderung und Multilocals.

Multilocals meint Personen, die mehrere Lebensschwerpunkte haben und beispielsweise auch an mehreren Wohnsitzen gemeldet sind. Eine dauerhafte Rückkehr steht dabei jedoch nicht im Vordergrund. In Südtirol ist dieses Phänomen besonders stark ausgeprägt, da viele junge Menschen lange ihren Wohnsitz bei ihren Eltern halten, regelmäßig in ihre Heimatgemeinde kommen und weiterhin an ihrer Region interessiert sind. Multilocals sollen noch stärker für temporäres ehrenamtliches Engagement in ihrer alten Heimat gewonnen werden.

Bestehende, erfolgreiche Aktivitäten, wie z. B. LEADER-Projekte, werden optimiert und weitergeführt und mögliche neue, innovative Wege für die Beschäftigung aufgezeigt. Zunächst wird eine gemeinsame Vision mit strategischen Leitlinien erarbeitet. Die darauf aufbauend gemeinsam erarbeiteten Projekte haben den Anspruch integrativ und interdisziplinär sowie umsetzungsfähig zu sein.

Projektbeispiele: Inwertsetzung Ultner Bergbauernhöfe und Neu-Belebung des Badlwesens

Es wurden sechs umsetzungsorientierte Geschäftspläne entwickelt, u. a. zur

- Belebung des Wintertourismus am Deutschnonsberg,
- Inwertsetzung der Ultner Bergbauernhöfe, etwa durch geführte Touren mit einem Wanderführer, der Touristen die Vielfältigkeit und Besonderheiten der Ultner Bergbauernkultur näher bringt oder durch Hofbesuche mit authentischer Darstellung des bäuerlichen Alltags durch die Landwirte, gekoppelt mit Verkostung oder Verkauf lokaler Produkte. Eine Internetseite macht auf dieses Produkt speziell aufmerksam,
- Inwertsetzung von Produkten an der Schnittstelle von Landwirtschaft, Handel und Tourismus im Passeiertal und Meraner Umland sowie
- Neu-Belebung des Badlwesens im Ultental, beispielsweise durch den Ausbau des Badlwegs und die Aufwertung des ehemaligen „Badls“ Mitterbad.

Akteure und Zuständigkeiten

- Projektleitung und -bearbeitung: Institut für Regionalentwicklung und Standortmanagement der Europäischen Akademie Bozen
- interkommunal, interdisziplinär und mit unterschiedlichen Akteursgruppen (u. a. Bevölkerung, lokale Politik, Unternehmensvertreter) besetzte lokale Arbeitsgruppen zur Entwicklung, Bearbeitung und Umsetzung von Teilprojekten

Kooperationen und Netzwerke

Bei der interkommunalen Zusammenarbeit sollen gerade auch strukturstarke und strukturschwache Gemeinden zusammenarbeiten, um erfolgreiche Projekte zu initiieren. Problemfelder sind oft gemeindeübergreifend vorhanden und auch strukturstarke Gemeinden können davon (zukünftig) betroffen sein. Kooperationen entstehen durch die Zusammenarbeit der Europäischen Akademie Bozen mit den Gemeinden und ihren Vertretern sowie lokalen Akteure der Daseinsvorsorge und Regionalentwicklung. Auch Akteure der Tourismusbranche sowie Bürgerinnen und Bürger gehören dazu.

Finanzierung

- Europäischer Sozialfonds (ESF)

Erfolgsfaktoren und Herausforderungen

Für das Projekt sind folgende Erfolgsfaktoren von Bedeutung:

- Sensibilisierung von Bevölkerung und lokalen Politikern für das Thema,
- Aufmerksamkeit für endogene Stärken und Entwicklungsmöglichkeiten wurde erzielt,
- Beachtung bestehender Strukturen sowie Stärkung und Zusammenführung bereits bestehender Initiativen,
- Einbeziehung und intensive Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren sowie interkommunale Zusammenarbeit,
- Nutzung und Inwertsetzung endogener Potenziale,
- umsetzungsorientierte Herangehensweise.

Die Beschäftigung mit den bearbeiteten Themen stellt einen dauerhaften Prozess dar, der auch in Zukunft fortgeführt werden sollte. Weitere Projektumsetzungen können auf den erarbeiteten Grundlagen entstehen.

„Wichtig ist die Bildung von thematischen Arbeitsgruppen, die interkommunal, inter- und möglichst transdisziplinär besetzt sind. Strategische Kooperationen und Partnerschaften mit relevanten Stakeholdern sowie die Einbindung politischer Vertreter im gesamten Prozess sind enorm wichtig. Schließlich erhöht eine umsetzungsorientierte Herangehensweise direkt von Beginn des Prozesses, welche die Wirkungen bei der Zielgruppe und den Betroffenen mitdenkt, die Projektrealisierung und somit den Projekterfolg.“

Dr. Thomas Philipp Streifeneder, Institutsleiter, Institut für Regionalentwicklung und Standortmanagement der Europäischen Akademie Bozen



Literatur und weiterführende Informationen zu „Zukunft 2030“

Internetauftritt EURAC, aufgerufen unter: <http://www.eurac.edu/de/research/projects/pages/ProjectDetails.aspx?pid=11064>, Zugriff: 19.08.2014.

Internetauftritt EURAC, aufgerufen unter: <http://www.eurac.edu/en/research/institutes/regionaldevelopment/Projects/Documents/Zukunft2030-NL-1-DE.pdf>, Zugriff: 19.08.2014.

Vortrag und Präsentationsfolien Dr. Thomas Streifeneder, Miriam L. Weiß: „Zukunft 2030. Interdisziplinäre Strategien für eine nachhaltige Lokalentwicklung im Ultental und Passeiertal“, am 22.05.2014 in Ulten, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Graubünden und Südtirol.

„Regional Service Programmes“ Västernorrland 2010-2013 und 2014-2018 (Västernorrland)

Rahmenbedingungen und räumlicher Bezugsrahmen:

Dünne Besiedlung, abnehmende Bevölkerung und Alterung, schwierig Daseinsvorsorge aufrecht zu erhalten

Västernorrland ist nur sehr dünn besiedelt. In den letzten Jahren nahm die Bevölkerung stetig ab. Junge Menschen wandern vermehrt ab und die Bevölkerung altert zunehmend. Vor allem in den peripher – von der Küste entfernt – gelegenen Gemeinden sind diese Entwicklungen deutlich. Die Aufrechterhaltung von Einrichtungen der Daseinsvorsorge wird dadurch zunehmend erschwert. Knapp 5% der Bevölkerung haben mehr als 10 Minuten Fahrtzeit zum nächsten Lebensmittelgeschäft.

Zur Entwicklung der Region Västernorrland wurde eine Regionale Entwicklungsstrategie formuliert, die das Wachstum unterstützen soll. Sie bezieht sich auf den Zeitraum von 2011 bis 2020. Eine Reihe verschiedener Programme soll dazu beitragen, deren Ziele zu erreichen. Dazu zählt auch die „Regionalen Service Programme Västernorrland“. Das erste Regionale Serviceprogramm lief von 2010 bis 2013, gefolgt vom aktuell gültigen Programm, dessen Laufzeit 2014-2018 beträgt.

Inhaltliche Ausprägungen: Verfügbarkeit von Lebensmitteln, Kraftstoff und Kommunikation durch koordinierte Dienstleistungen und Förderung

Basis der Regionalen Serviceprogramme ist jeweils eine Analyse der regionalen Entwicklung unter Berücksichtigung unterschiedlicher Strukturbereiche. Themen sind etwa Nahversorgung (z. B. Lebensmittel, Banken, Post), öffentlicher Nahverkehr, Schulwesen, Pflege und Kommunikation. Basierend auf den Analysen werden Ziele für ein regionales Wachstum und zur Sicherung der Daseinsvorsorge sowie erste Projektansätze zu deren Umsetzung formuliert. Ziel ist der Erhalt von öffentlichen Verkehrsmitteln sowie von Lebensmittelgeschäften, da sie besondere Funktionen in ländlichen Gebieten übernehmen. Ein weiteres Ziel ist der Ausbau der Netze für Mobilfunk und Breitbandversorgung. Das aktuelle Regionale Serviceprogramm enthält vier Prioritäten:

- Verfügbarkeit von Lebensmitteln: Die Verfügbarkeit von Lebensmitteln soll vor allem in ländlichen Räumen gesichert und verbessert werden. Kleine

Läden können nicht mit großen konkurrieren, aber sie können durch bestimmte Merkmale für Kunden attraktiv sein. Shop-Mentoren unterstützen Ladenbesitzer die Attraktivität ihrer Geschäfte zu erhöhen und bieten Qualifizierungsmaßnahmen für Besitzer und Mitarbeiter an. Auch Themen wie Logistik und Beschaffung werden behandelt. Durch die Analyse von Kaufmustern, Werbung und Initiativen sollen Kunden gewonnen und der sinkenden Kundenloyalität vorgebeugt werden.

- Verfügbarkeit von Kraftstoff: Zur Sicherung und Verbesserung der Verfügbarkeit von Kraftstoff tragen bestimmte Maßnahmen zur Stabilisierung des Tankstellennetzes bei. Dazu gehört beispielsweise die Förderung von Tankstellen. Durch Investitionszuschüsse der Provinzialregierung entstanden viele Tankstellen in ländlichen Gebieten. Eine weitere Maßnahme ist die Zusammenarbeit zwischen unabhängigen Tankstellen. Die Versorgung mit alternativen Kraftstoffen soll erleichtert werden. Ein Projekt testet hier neue Lösungen.
- Verfügbarkeit angemessener Kommunikation und Verkehr: Diese Programmpriorität beinhaltet drei Themen. Das Thema Straßen und Transport beinhaltet beispielsweise die Aufbereitung von Schotterstraßen mit Bedeutung für die lokale Versorgung oder die Einrichtung von Pendlerparkplätzen. Beim Thema Infrastruktur der Informations- und Kommunikationstechnologien und Mobiltelefone werden Analysen der Breitbandverfügbarkeit oder Entwicklungsprojekte im IT-Bereich durchgeführt. Zum Thema Post und Zahlungsservice gehören Pilotprojekte zur Verbesserung von Post- und Zahlungsdienstleistungen, da Bargeld in ländlichen Räumen nur noch sehr schwierig zu bekommen ist und viele Dienstleistungen mit Karte bezahlt werden. Außerdem wird untersucht, ob die Post- und Telekommunikationsbehörden (z. B. Postboten) weitere Aufgaben übernehmen können.
- Verfügbarkeit durch koordinierte Dienstleistungen und Förderung: Dazu gehören die Entwicklung repräsentativer Funktionen, z. B. durch Dialog mit Dienstleistungsunternehmen wie der Post, die lokalen Service Points, eine organisatorische Koordination und eine koordinierte Kapitalisierung.

Projektbeispiel Service Points zur Nahversorgung in der Gemeinde Örnköldsvik, eingebettet in das kommunale Projekt Gleichgewicht zwischen Stadt und Land (Västernorrland)

Die Gemeinde Örnköldsvik erstreckt sich etwa 60 Kilometer entlang der Küste Schwedens und reicht bis zu 100 Kilometer ins Hinterland und ist eine traditionelle Industriegemeinde. Sie hat circa 55.000 Einwohner, wovon knapp 30.000 in der Stadt Örnköldsvik leben. Die Bevölkerungsentwicklung ist insgesamt negativ.

Der Service Point ist ein Treffpunkt für Menschen, die im ländlichen Raum leben oder diesen bereisen. Er kann in einem Geschäft oder einer Tankstelle eingerichtet werden und beinhaltet ein kleines Café, einen Computer mit einer Internet- und WiFi-Verbindung sowie Informationen über die Gemeinde, insbesondere für Touristen. Er dient zur Lebensmittelversorgung und bietet ebenfalls einen Lieferservice für Lebensmittel an. Ein gewisser Abstand zum nächsten Nahversorgungsladen muss gewährleistet sein. Weiterhin soll ein Service Point mindestens drei Veranstaltungen im Jahr organisieren. Für die Bereitstellung eines Service Points wird ein Drei-Jahres-Vertrag abgeschlossen. Die Vergütung pro Service Point beträgt 10 000 SEK für Café, Computer, Touristinformation, Aktivitäten, Lieferservice für Essen, maximal jedoch 50 000 SEK pro Einrichtung. Außerdem gibt es Zuschüsse für den Heimplieferservice. Jeder Service Point tritt mit einem einheitlichen Logo auf.

„Am Beispiel der Service Points wird deutlich, dass bereits kleine Dinge einen großen Unterschied machen können.“

Ann Holst, Ann Holst AB

Akteure und Zuständigkeiten

- Projektleitung: Provinzialregierung Västernorrland (Länsstyrelsen Västernorrland)
- Projektpartner: Akteure der Nahversorgung, des öffentlichen Nahverkehrs, des Bildungs- und Gesundheitswesens sowie der Kommunikation.

Kooperationen und Netzwerke

Kooperationen bilden sich durch die verschiedenen Projektbeteiligten, wie die Provinzialregierung, Akteure

der Nahversorgung (z. B. Lebensmittel, Banken, Post), des öffentlichen Nahverkehrs, des Schulwesens, sowie der Pflege und Kommunikation. Durch Ressourcenbündelung sowie stärkere Zusammenarbeit von Behörden, Organisationen und Einwohnern werden gemeinsame lokale und integrierte Lösungen entwickelt. Dabei spielen Kommunikation und Kooperation eine zentrale Rolle.

Finanzierung

Die Formulierung und Erarbeitung der Regionalen Serviceprogramme erfolgte durch die Provinzialregierung von Västernorrland. Für die Umsetzung der dort entwickelten Projekte kamen unterschiedliche Förderprogramme zum Einsatz.

- LEADER-Mittel (In der Programmperiode 2010 bis 2013 wurden Umsetzungsprojekte zu 50 bis 60 % mit EU-Mitteln, vor allem LEADER-Mitteln finanziert),
- regionale Projektförderungen,
- Fonds für lokale Dienstleistungen (Tillväxtverket),
- das Projekt „Nachhaltige Dienstleistungsentwicklung im ländlichen Raum“ sowie
- Gemeinden und Behörden.

Erfolgsfaktoren und Herausforderungen – Verkehrsinfrastruktur und Breitband

Die derzeitige Programmperiode läuft von 2014 bis 2018 und baut auf den Erfahrungen der letzten Periode von 2010 bis 2013 sowie Ergebnissen einer 2013 durchgeführten Umfrage über die Bedürfnisse der ländlichen Bevölkerung und ihren Erwartungen an Leistungen der Daseinsvorsorge auf.

Erfolgsversprechend am Ansatz der Regionalen Serviceprogramme sind

- der integrierte Ansatz Ziele und Projekte zur Stärkung der regionalen Wirtschaft und zur Sicherung von Daseinsvorsorgeeinrichtungen zu formulieren,
- die Verknüpfung der formulierten Ziele, Prioritäten und Projekte mit finanziellen Fördermöglichkeiten,
- die Möglichkeit zum regionalen Wissenstransfer guter Beispiele und -Ansätze innerhalb von Västernorrland (regionaler Ansatz) sowie
- die Sensibilisierung von Bewohnern, beispielsweise bei kleinen Geschäften vor Ort einzukaufen sowie die Stärkung der lokalen Identität.

Weiterer Handlungsbedarf wird hinsichtlich des inhaltlichen Schwerpunkts gesehen, der vermehrt Themen des Öffentlichen Personennahverkehrs, der Straßenqualität, des Mobilfunknetzes und des Breitbandanschlusses beinhalten sollte. Darüber hinaus bestehen weitere zukünftige Herausforderungen hinsichtlich

- einer stärkeren Einbeziehung der Unternehmen, Organisationen und der Bevölkerung der ländlichen Regionen bei der Umsetzung sowie
- einer konsequenteren Ressourcenbündelung und Sicherung von Daseinsvorsorgeleistungen in den ländlichen Räumen.

„Die Unterstützung der Verfügbarkeit von Lebensmitteln in ländlichen Räumen, trägt vor allem dazu bei, die Bewohner ländlicher Räume zu sensibilisieren und zu überzeugen in kleinen Geschäften zu kaufen. Auch der Shop-Mentor spielt eine zentrale Rolle. Er hilft durch eine moderne und freundliche Gestaltung der Geschäfte deren Attraktivität für Kunden zu erhöhen, damit sie wieder kommen“

Ivar Hallin, Projektleiter, Länsstyrelsen Västernorrland



Literatur und weiterführende Informationen zu den „Regionalen Service Programmen“

Internetauftritt Länsstyrelsen Västernorrland, aufgerufen unter: <http://www.lansstyrelsen.se/vasternorrland/Sv/om-lansstyrelsen/vart-uppdrag/regionalt-serviceprogram-2014-2018/Pages/default.aspx>, Zugriff: 21.08.2014.

Regionales Strategieprogramm, aufgerufen unter: <http://www.almi.se/Images/Mitt/Dokument/Smart%20Europe%20Peer%20review%20Team/RUS-%20V%C3%A4sternorrland%20Brief%20version%20eng.pdf>, Zugriff: 21.08.2014.

Regionales Serviceprogramm Västernorrland 2010- 2013, aufgerufen unter: <http://www.tillvaxtverket.se/download/18.74f57d0f1283a4f88ff800040991/1369959561511/V%C3%A4sternorrland.pdf>, Zugriff: 21.08.2014.

Vortrag und Präsentationsfolien Ivar Hallin: „Regional Service Programs in Västernorrland“, am 26.06.2014 in Söråker, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Västernorrland.

Literatur und weiterführende Informationen zum Projekt Gleichgewicht zwischen Stadt und Land

Internetauftritt Örnköldsvik, aufgerufen unter: www.ornskoldsvik.se/landsbygd, Zugriff: 21.08.2014.

Vortrag und Präsentationsfolien Ann Holst: „Örnköldsvik. A simple choice“, am 25.06.2014 in Söråker, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Västernorrland.

Unterstützung von Unternehmensgründern in der Gemeinde Kramfors (Västernorrland)

Rahmenbedingungen und räumlicher Bezugsrahmen: Wenig Unternehmertum im ländlichen Raum

Die großen Unternehmen, die während der Industrialisierung gegründet und in den letzten Jahrzehnten vermehrt durch Fusionen zusammengeschlossen wurden, sind nach wie vor das Rückgrat der regionalen Wirtschaftsstruktur von Västernorrland. Im Zuge des Strukturwandels lässt sich aber auch eine zunehmende Deindustrialisierung feststellen. Gleichzeitig gewinnt der Dienstleistungssektor immer mehr an Bedeutung. Dennoch ist Västernorrland heute aufgrund der geringeren Bildungs- und Beschäftigungschancen insbesondere für junge Menschen nicht sehr attraktiv, was sich besonders im ländlichen Raum bemerkbar macht. Die Gemeinde Kramfors liegt abseits der größeren Städte Västernorrlands und es gibt wenig Existenzgründer. Seit 2005 wurden durchschnittlich jedes Jahr 3,87 Unternehmen pro 1.000 Einwohner gegründet. Der schwedische Durchschnitt liegt bei 5,83.

Inhaltliche Ausprägungen: Kommunale Gründungs- und Unternehmensberatung

Um insbesondere auch jungen Menschen eine (berufliche) Perspektive in der ländlichen Gemeinde Kramfors zu eröffnen und damit weitere Abwanderungen zu verhindern und den Standort zukunftsfähig aufzustellen, ist es das Ziel Unternehmensgründungen und Unternehmertum zu unterstützen. Hierzu wurde das Starthuset in Kramfors eingerichtet, welches kostenlose individuelle Beratungen anbietet, bei denen großer Wert auf Integrität und Verschwiegenheit gelegt wird. Die Beratungsleistung übernimmt ein von der Kommune angestellter ehemaliger Unternehmer und Unternehmensberater. Bei den Beratungen werden die derzeitigen Erfordernisse des Unternehmers und seiner Unternehmensidee identifiziert und darauf eingegangen. Die Unternehmer sollen angeleitet werden, selbstständig ein erfolgreiches Unternehmen aufzubauen. Dafür müssen sich Idee, Ressourcen und Kapital im Gleichgewicht halten. Eine gute Idee alleine reicht nicht. Eine Idee muss weitergedacht und die passenden Rahmenbedingungen geschaffen werden. Da es vor allem hieran mangelt, setzen die Unterstützungsleistungen hier an. Das „heilige Dreieck“ zeigt den Weg zu einer erfolgreichen Firma: Unternehmensidee und Unternehmensmodell, Personen und Kompetenzen sowie Kapital und Rentabilität.

Akteure und Zuständigkeiten

- Individuelle Gründungsberatung der Gemeinde Kramfors
- Bürger, Innovatoren, Unternehmer und Existenzgründer

Kooperationen und Netzwerke

Die Unterstützung von Unternehmern erfolgt über ein globales Netzwerk. Dazu gehören Einrichtungen der Erwachsenenbildung, Schulen, Bürgerinnen und Bürger, Innovatoren und Unternehmer. Außerdem sind das Starthuset, Banken und Unternehmen der Gründungsförderung wie ALMI, Norrlandsfonden oder Saminvest involviert. Auch staatliche Institutionen wie die Schwedische Agentur für Ökonomie und regionales Wachstum oder Vinnova sind daran beteiligt.

Finanzierung

- Gemeinde Kramfors

Erfolgsfaktoren und Herausforderungen

Als Erfolg dieses Projektes ist sicherlich der Anstieg von Unternehmensgründungen in der Provinz Västernorrland zu werten. Jedoch ist ein dauerhaftes Bestehen dieser im wirtschaftlichen Gefüge der ausschlaggebende Aspekt für die Wertung des Vorhabens als Erfolg. Zukünftige Herausforderungen könnten sich auch aus anderen Herausforderungen Västernorrlands ergeben wie z. B. der Sicherung der Daseinsvorsorge als wichtiger Standortfaktor für Unternehmen.

„Es gibt nicht viele Unternehmer und Existenzgründer in Kramfors. Deshalb ist es wichtig, diese zu unterstützen. Wir unterstützen Menschen auf ihrem Weg in die Selbstständigkeit. Eine Idee muss weiterentwickelt werden, sonst kommt es zu keiner erfolgreichen Unternehmensgründung. Aspekte wie Finanzierung und Unternehmensmodell müssen bedacht werden.“

Anders Bosenius, Unternehmensentwickler, Kramfors Kommun

Literatur und weiterführende Informationen zu Kramfors und dem Starthus

Internetauftritt Gemeinde Kramfors, aufgerufen unter: <http://www.kramfors.se/index.asp?id=1188>, Zugriff: 20.08.2014.

Artikel zum Starthuset aus dem Internetauftritt der allehanda, aufgerufen unter: <http://www.allehanda.se/angermanland/kramfors/starthuset-hjalper-nya-blivande-foretagare>, Zugriff: 20.08.2014.

Vortrag und Präsentationsfolien Anders Bosenius: „Rural service provision for entrepreneurs“, am 25.06.2014 in Bollstabruk, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Västernorrland.



Projekt zur Stärkung regionaler Wertschöpfungsketten an der Schnittstelle von Tourismus und Landwirtschaft im Ultental (Südtirol)

Rahmenbedingungen und räumlicher Bezugsrahmen:
Regionale und landwirtschaftliche Produkte

Die sechs Gemeinden des Gebiets Ulten-Deutschnonsberg-Martelltal, Unsere liebe Frau im Walde – St. Felix, Lauren, Proveis, Ulten, St. Pankraz und Martell, bilden eine gemeinsame LEADER-Aktionsgruppe. Bei allen Gemeinden handelt es sich um kleinstrukturierte, ländlich und landwirtschaftlich geprägte sowie von den zentralen Verkehrswegen benachteiligt liegende Kleingemeinden. Die Lokale Aktionsgruppe Ulten-Deutschnonsberg-Martelltal hat gemeinsam mit den Interessenvertretungen und Gemeinden im Gebiet beschlossen, sich bei LEADER-Projekten auf nachhaltig wirksame Maßnahmen zu konzentrieren, z. B.:

- Diversifizierung der Landwirtschaft,
- Dorferneuerung und Verbesserung des Wegenetzes und der Erholungsinfrastruktur,
- Verbesserung der touristischen Nutzung landwirtschaftlicher Produkte (Produktentwicklung, Angebotsgestaltung, Marketing).

Inhaltliche Ausprägungen: Regionale Wirtschaftskreisläufe und Wertschöpfungsketten bilden und unterstützen: Start-Up „Bergauf. Ultner Wollprodukte“

Zur Steigerung der Attraktivität sowie von lokalen Beschäftigungsmöglichkeiten werden die Aus- und Weiterbildung sowie Gründungsmöglichkeiten unterstützt. Mit Mitteln aus der LEADER-Förderung wurde ein – den lokalen Gegebenheiten angepasstes – Gründerzentrum errichtet, in dem sich junge Unternehmen ansiedeln können. Ein solches Unternehmen ist das Start-Up „Bergauf. Ultner Wollprodukte“. Es nutzt lokale Rohstoffe für neue Produkte. In der Region fallen in der Landwirtschaft viele Tonnen Schafwolle an, die vorher überwiegend entsorgt wurden. Das Unternehmen setzt hier an und sammelt ein- bis zweimal im Jahr die unbehandelte Schafswolle bei den Landwirten ein. Als Gegenleistung können sich die Abgeber entsprechend der Abgabemenge produzierte Sachen aussuchen. Das Unternehmen verarbeitet diese Wolle vor Ort in verschiedene (überwiegend Filz-)Produkte weiter, wofür alte Maschinen angeschafft wurden. Produziert werden Hausschuhe, Tischsets, Körbe, Kissen, Taschen, Handytaschen, iPad-Hüllen, Jacken usw., die in einem der Produktionsstätte im Gründerzentrum angeschlossenen Laden verkauft werden. Abnehmer sind Touristen, aber auch Einheimische und Hotels. Auch individuelle Anfragen werden entsprechend den Wünschen bearbeitet und hergestellt. Neu entwickelt wurde gerade eine Wellnessbehandlung für Hotels. Es gibt

beispielsweise ein Wollbad und eine Massage mit Wollbäuschen. Mit dem Start-Up wurden Arbeitsplätze insbesondere für Frauen aus dem Tal geschaffen, die vormals zum Teil länger arbeitslos waren.

Die Umsetzung des Projektes wurde unterstützt durch die bereits langjährig im Ultental bestehende Winterschule Ulten, in der der Gedanke zur Unterstützung lokaler bzw. regionaler Wirtschafts- und Produktkreisläufe durch Kurse zur Nutzung und Verarbeitung lokaler Rohstoffe wie Holz, Kräuter, Wolle oder Wasser für neue Produkte (und Anwendungen) bereits seit Anfang der 1990er Jahre verfolgt wird. Die Winterschule Ulten bietet den heute bis zu 1.000 Teilnehmern Kurse und Seminare sowie eine dreijährige Ausbildung.

Akteure und Zuständigkeiten

- LEADER-Aktionsgruppe Ulten-Deutschnonsberg-Martelltales mit den sechs Gemeinden Unsere liebe Frau im Walde – St. Felix, Laurein, Proveis, Ulten, St. Pankraz und Martell
- Sozialgenossenschaft Lebenswertes Ulten als Trägerorganisation des Start-Up

Kooperationen und Netzwerke

Zahlreiche Kooperationen entstehen durch die Zusammenarbeit der Gemeinden mit Unternehmen und Existenzgründern. Die Wollprodukte und -Anwendungen werden in ausgewählten regionalen Hotelbetrieben verwendet und von diesen gekauft.



Finanzierung

Durch die LEADER-Förderung wurde das Gründerzentrum errichtet, in dessen Kontext sich das Unternehmen „Bergauf“ in Ulten ansiedelte. Mittlerweile funktioniert die „Bergauf. Ultner Wollprodukte“ ohne externe Fördermittel.

Erfolgsfaktoren und Herausforderungen

Der Erfolg zeigt sich darin, dass die Produkte verkauft werden. Weitere Erfolgsfaktoren sind:

- Nutzung lokaler Rohstoffe und deren Weiterentwicklung zu hochwertigen Produkten,
- Generierung lokaler Wertschöpfung und Wertschöpfungsketten,
- Schaffung von Arbeitsplätzen,
- Einbindung starker Persönlichkeiten,
- Nutzung der Produkte im Tourismusbetrieben zur Stärkung der lokalen Alleinstellungsmerkmale.

Zukünftige Herausforderungen bestehen in der Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen sowie der Aufbau neuer regionaler Wertschöpfungsketten sowie die Erhaltung der bereits entstandenen.

„Wir versuchen mit dem Kreislauf der Natur zu leben. Wir nutzen die lokalen Rohstoffe, verarbeiten diese weiter und halten somit die Wertschöpfung im Tal.“

Waltraud Schvienbacher, Gründerin der Winterschule Ulten

Literatur und weiterführende Informationen zu den Projekten

Internetauftritt Bergauf. Ultner Wollprodukte, aufgerufen unter: <http://bergauf.it/>, Zugriff: 19.08.2014

Internetauftritt Winterschule Ulten, aufgerufen unter: <http://www.winterschule-ulten.it/>, Zugriff: 19.08.2014.

Vortrag Waldtraud Schvienbacher am 22.05.2014 in Kuppelwies, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Graubünden und Südtirol.

Regionalmarketing in Südtirol – Dachmarken- und Destinationsentwicklung durch die Südtirol Marketing (Südtirol)

Rahmenbedingungen und räumlicher Bezugsrahmen: Starke Landwirtschaftliche und touristische Prägung Südtirols, Südtirol als Lebens- und Arbeitsraum

In Südtirol leben 512.000 Menschen. Die Landschaft ist geprägt durch das Weltnaturerbe Dolomiten, durch Apfel- und Weinanbau sowie Milchwirtschaft. 10% der Äpfel in Europa kommen aus Südtirol, es werden 372 Mio. Liter Milch produziert. Diese Produkte gilt es zu fördern und entsprechend zu platzieren. Es gibt 4.800 Bergbauernhöfe, 4.218 Beherbergungsbetriebe (Hotels, Pensionen, Garni) sowie weitere 5.988 nicht gewerbliche Betriebe (Privatzimmervermieter, Urlaub auf dem Bauernhof). Insgesamt hat Südtirol somit 220.608 Betten. Der Tourismus in Südtirol hat sowohl eine Winter- als auch eine Sommersaison, in der derzeit mehr Touristen kommen.

Inhaltliche Ausprägungen: Etablierung der Dachmarke Südtirol als Regionalmarke

Durch die Einführung der Dachmarke Südtirol im Jahr 2004 wurden bestehende Einzelmarken von (landwirtschaftlichen) Produkten und Dienstleistungen unter einem gemeinsamen Namen zusammengeführt und vertrieben. Da die Region als touristische Destination und Herkunfts-ort vieler Produkte und Dienstleistungen einem intensiven Wettbewerb mit anderen Regionen ausgesetzt ist, sollen somit bestehende Kräfte gebündelt werden. Mit der Etablierung der Dachmarke Südtirol arbeitet die Region an ihrer (touristischen) Attraktivität und möchte zum begehrtesten Lebensraum werden, um so Menschen auch zum dauerhaften Bleiben zu gewinnen. Dabei soll die Marke sowohl bei Einheimischen als auch Touristen identitätsstiftend wirken und Unternehmen, z. B. bei der Vermarktung lokaler Produkte, unterstützen. Die Marke darf nur von Partnern genutzt werden, wofür eine Prüfung vorausgeht. Somit wird sichergestellt, dass die Marke ein Qualitätssiegel ist und auch bleibt.

Akteure und Zuständigkeiten

- Agentur Südtirol Marketing (SMG) – als öffentliche Einrichtung im Jahr 2000 gegründet
- Land Südtirol als Eigentümerin der Marke Südtirol
- Unternehmen, die Produkte unter der Dachmarke vertreiben

Kooperationen und Netzwerke

Die Agentur Südtirol Marketing arbeitet mit verschiedenen Tourismusregionen innerhalb von Südtirol, Tourismusorganisationen, den Produktpartnern (Unternehmen, die die Dachmarke Südtirol verwenden) sowie Wirtschaftsverbänden zusammen.

Finanzierung

Die Agentur Südtirol Marketing ist eine öffentliche Einrichtung mit einem Jahresbudget von ca. 13 Mio. Euro. Davon werden 6 Mio. Euro aus Verkauf mit Produkten, aus Anzeigen etc. generiert. Vom Land wird die SMG mit Zuschüssen unterstützt. 2004 investierte es 12,3 Mio. € in seine Dachmarke. Die Entwicklungskosten dieser werden auf 375.000 € geschätzt.

Erfolgsfaktoren und Herausforderungen

Die Dachmarke Südtirol wurde in den Ländern Deutschland, Italien, Schweiz, Österreich, Niederlande, Belgien, Großbritannien, Polen und Tschechien eingeführt. Die Marke wird beispielsweise für Wein, Südtiroler Speck und Äpfel benutzt, die ebenfalls EU-geschützte Produkte darstellen. Angewendet wird sie derzeit 46 mal für Südtiroler Wein, 28 mal für Speck und 32 mal für Äpfel. Das Standortzeichen wird 1.027 mal verwendet, das Qualitätszeichen 273 und die Dachmarke 2.233.

„Wir tun Dinge, die wir selbst wollen und mögen, und nicht weil die Touristen sie wollen und mögen. Traditionen gilt es zu schützen, jedoch gilt es nicht in ihnen zu verharren, sondern sich anzupassen und Dinge weiterzuentwickeln. Dies erklärt wohl auch den nachhaltigen Erfolg der Marke Südtirol.“

Andreas Tschurtschenthaler, Leitung Unternehmenskommunikation & Mitglied der Geschäftsleitung, Agentur Südtirol Marketing

Literatur und weiterführende Informationen zu Südtirol Marketing und der Dachmarke Südtirol

Internetauftritt Südtirol Marketing (SMG), aufgerufen unter: <http://www.smg.bz.it>, Zugriff: 19.08.2014.

Vortrag und Präsentationsfolien Andreas Tschurtschenthaler: „Lebens(t)raum Südtirol“, am 23.05.2014 in Bozen, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Graubünden und Südtirol.



Projekte im Bereich Regionale Wirtschaft und Wertschöpfung – Zentrale Erkenntnisse und Erfahrungen

Der Projektbereich Regionale Wirtschaft und Wertschöpfung erscheint beim Thema der Sicherung der Daseinsvorsorge in ländlich-peripheren Räumen im demografischen Wandel neben den klassischen Daseinsvorsorgebereichen zunächst etwas überraschend. In den europäischen Partnerregionen in der Schweiz, in Italien sowie in Schweden hat sich aber gezeigt, dass das Thema der Daseinsvorsorge mittelbar und als Folgethema von teilweise querschnittsorientierten und integrierten Strategien behandelt wird, die zunächst eher regionalwirtschaftlich orientiert sind. Dabei wurden folgende Aspekte deutlich:

- Die Stärkung der regionalen Wirtschaft stellt ein wichtiges „Transmitter“-Thema für Fragen und Projekte zur Sicherung der Daseinsvorsorge dar – eine Diskussion kann unter Einbeziehung unterschiedlicher Akteursgruppen angeregt und Projekte umgesetzt werden.
- Die Stärkung der regionalen Wirtschaft, von Unternehmen und Unternehmensgründungen sowie die Unterstützung regionaler und lokaler Wertschöpfungsketten haben das Ziel Beschäftigungsmöglichkeiten in ländlichen Räumen zu erhalten bzw. zu schaffen, damit Leben in den ländlichen Räumen wieder attraktiv /

ermöglicht wird oder attraktiv bleibt. Daseinsvorsorgeeinrichtungen werden damit auch verstärkt nachgefragt.

- Regionales Marketing und die Steigerung der Identität mit der Region sind weitere wichtige Ansätze, um die Menschen und damit auch die Nutzer öffentlicher Infrastruktureinrichtungen vor Ort zu halten.
- Das Verknüpfen mit Fragen der regionalen Wirtschaft und Wertschöpfung ermöglicht eine positive Sicht- und Herangehensweise – anstatt negative Veränderungen in den Mittelpunkt zu rücken.

„Den Mix aus strategischen und konkreten Projekten fand ich während des Austausches sehr gelungen. Überregionale Strukturen, die sich für die Gemeinden einsetzen, sind absolut notwendig. Durch die Austausche wird der eigene Horizont erweitert, anregende Beispiele wurden u. a. zur Stärkung der regionalen Wirtschaft präsentiert.“

Martina Berger, Sozial-, Bildungs- und Kulturreferentin, Landkreis Coburg

4. Zentrale Erkenntnisse

Die zentralen Erkenntnisse wurden hauptsächlich aus den Erfahrungen und Berichte der Projektbeispiele der internationalen Informations- und Erfahrungsaustausche im Rahmen des MORO Aktionsprogrammes regionale Daseinsvorsorge in 10 Punkten zusammengefasst. Sie können Anregungen bieten erfolgreiche Projekte und Prozesse im Bereich der Daseinsvorsorge zu realisieren.

Gesichertes Raumwissen: Bestandsaufnahmen und Analysen

Die genaue Situation der Daseinsvorsorge gilt es vor Ort zu analysieren. Dabei ist eine Gesamtbetrachtung des Raumes wichtig, nicht nur eine Betrachtung einzelner Bereiche der Daseinsvorsorge. Beispielsweise sollte eine Bestandsaufnahme und Analyse folgende Indikatoren beinhalten: Raumstruktur, Bevölkerungsentwicklung und -struktur, Wirtschafts- und Arbeitsmarktstruktur, Infrastrukturen. Wichtig ist vor allem die Analyse der Stärken und Schwächen. Dabei soll gefühltes Wissen, was im Raum vorhanden ist, in gesichertes Wissen übertragen werden. Die Erkenntnisse dienen zur Sensibilisierung der Bevölkerung sowie als Grundlage zur gemeinsamen Erarbeitung von Visionen und Strategien mit möglichst vielen Akteuren und Projektpartnern.

Das Projekt „Potenzialarme Räume Graubünden“ des Amtes für Wirtschaft und Graubünden erarbeitete beispielsweise zunächst eine Ist-Analyse und ein Trend-Szenario mit Hilfe verschiedener Indikatoren. Bei der Erarbeitung von regionalen Entwicklungsstrategien ging es hauptsächlich um die Frage, welche Potenziale es gibt und wie diese genutzt werden können. Lokale, ortskundige Partner wurden dabei gezielt eingebunden und zusammengebracht, um so Verantwortlichkeit vor Ort zu schaffen, Netzwerke und gemeinsame Projekte zu initiieren sowie das Bewusstsein zu erhöhen. Durch das Projekt konnte eine Grundlage für Aktivitäten geschaffen und eine Aufbruchstimmung erzeugt werden. Die regionale Betrachtung trägt zu Projekten mit größerer Wirkung bei.

Auch zu den Kleinregionalen Strategieplänen in Niederösterreich gehören Bestandsaufnahmen und Analysen, um darauf aufbauend u. a. Kooperationsschwerpunkte sowie Ziele und Wirkungen zu erarbeiten.

Integrieren statt abgrenzen: Zusammenarbeit der Verwaltungsebenen und -ressorts

Sektorale Lösungen reichen bei vielen Themen zur Sicherung der Daseinsvorsorge nicht aus. Gefragt sind Lösungen, die durch Zusammenarbeit verschiedener Fachressorts und Experten entstehen. Durch die Verknüpfung verschiedener Themen können innovative, multifunktionale Projekte entstehen, die zur Sicherung der Daseinsvorsorge beitragen. Ein gelungenes Beispiel dazu ist die Gesundheitsregion Unterengadin, die sich die Kooperationen mit verschiedenen Experten zunutze macht. Sie verbindet die Themen Tourismus und Gesundheit und schafft dadurch neue touristische Angebote und verbessert gleichzeitig die medizinische Versorgung.

Komplexen Zusammenhängen kann nur durch integrierte und interdisziplinäre Maßnahmen und Projekte begegnet werden. Dazu ist die Abstimmung und Zusammenarbeit verschiedener Fachleute und Experten, Verwaltungsebenen und Zuständigkeitsbereichen von zentraler Bedeutung. Durch die Abstimmung auf den verschiedenen Ebenen können Doppelstrukturen und -aufgaben vermieden werden. Das Regionalmanagement in Niederösterreich unterstützt solche ganzheitlichen und interkommunalen Betrachtungen. Niederösterreichische Gemeinden, die in Kleinregionen zusammengeschlossen sind, bearbeiten Themen gemeinsam. In Västernorrland haben sich die Kommunen zu einem Kommunalverband, dem Kommunförbundet Västernorrland zusammengeschlossen. Der Kommunförbundet Västernorrland bearbeitet verschiedene Themen und betrachtet dabei die gesamte Region und nicht jede Kommune einzeln.

Bürgerengagement nutzen: Bürgerbeteiligung, Ehrenamt und Vereine

Zur Sicherung der Daseinsvorsorge wird jede Unterstützung benötigt. Durch gezieltes Informieren und Einbinden aller Schlüsselakteure sowie Bürgerinnen und Bürger gleich zu Beginn eines Prozesses erhöht sich deren Verständnis und Beteiligungsbereitschaft. Zudem kann insgesamt für die Themen Demografischer Wandel und Daseinsvorsorge sensibilisiert werden. In Zeiten knapper öffentlicher Kassen und zunehmendem Sparzwang stellt ehrenamtliches Engagement eine wichtige Stütze in vielen Bereichen der Daseinsvorsorge dar. Ehrenamtliche können durch die Zusammenarbeit mit bereits bestehenden Strukturen, wie z. B. Vereinen, gewonnen werden. Außerdem

gilt es junge und ältere Menschen durch Motivation und Verdeutlichung der Nützlichkeit ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit zu motivieren. Zukünftig liegt gerade bei „Jungen Alten“, also Menschen zu Beginn ihrer Rentenzeit, ein großes Potenzial. Die Attraktivität zur Mitarbeit erhöht sich, wenn die positiven Effekte deutlich werden und der zeitliche Aufwand überschaubar und begrenzt ist. Die Würdigung des Ehrenamtes ist selbstverständlich.

Die Gemeindebusse in Niederösterreich funktionieren nur aufgrund des großen ehrenamtlichen Engagements. Hier sind viele Dorfbewohner bereit, sich für die Mobilität der Bürgerinnen und Bürger ehrenamtlich einzusetzen. Gemeinderatsmitglieder haben sogar feste Schichten an Feiertagen. Dabei entwickeln sich positive Nebeneffekte, wie z. B. soziale Kontakte.

„Für Projekte und Prozesse der Stadt- und Ortskernbelebung ist es wichtig Bürgerinnen und Bürger für die Themen zu sensibilisieren und Verantwortungsbewusstsein zu schaffen. Wenn Bewohner zu Betroffenen werden, beteiligen und engagieren sie sich. Konkrete Projekte, die zeitlich begrenzt und überschaubar sind, tragen zur Sensibilisierung bei und erhöhen das Engagement.“

Hubert Trauner, Leiter Dorf- und Stadterneuerung, Ortskernbelebung

Keine Angst vor starken Persönlichkeiten: „Projekt-Treiber“ sind nötig

In jedem Projekt und Prozess braucht es Persönlichkeiten, die für die Sache eintreten, aktivieren und motivieren können und vorweg gehen. Projekt-Treiber kümmern sich darum, dass eine Idee nicht stirbt, sondern weiter entwickelt und bis zur Umsetzung bearbeitet wird. Sie setzen sich für das Projekt oder den Prozess ein und fühlen sich für den erfolgreichen Verlauf und die Umsetzung verantwortlich. Sie können Menschen zur Mitarbeit gewinnen und motivieren.

Dies trug beispielsweise auch zur erfolgreichen Wiederinbetriebnahme der Vinschgerbahn bei. Durch den Landesrat, der den 05.05.2005 als Eröffnungstermin festsetzte und hinter dem Projekt stand, waren die Mitarbeiter engagiert, sich für die Eröffnung einzusetzen. Beim Verein „Niederösterreichische Dorf- und Stadter-

neuerung“ werden Projekte mit Kommunen nur dann weiterverfolgt, wenn der Gemeinde- und Stadtrat hinter dem Projekt steht und es Verantwortliche für das jeweilige Projekt gibt.

Experimente wagen und vorweg gehen: Mut zu unkonventionellen Projekten und flexiblen Standards

Innovative Ideen und Projekte können einen Beitrag zur Sicherung verschiedener Daseinsvorsorgebereiche leisten. Dabei sollte der Kreativität freien Lauf gelassen werden. Neue Denkmuster können zu neuen Projekten führen. Dazu gehören beispielsweise auch die Verknüpfung verschiedener Themenfelder und neue Kooperationen. Auch die Flexibilisierung von Standards sollte in diesem Zusammenhang bedacht werden. Was wird vor Ort wirklich benötigt und ist wichtig? Insgesamt ist zu sehen, dass Anpassungslösungen in einzelnen Gemeinden zu kurz greifen, sondern es einer regionalen einheitlichen Lösung und Gesamtstrategie bedarf.

Als Beispiele sind hier die Lokale Aktionsgruppe Ulten-Deutschnonsberg-Martelltal zu nennen, die verschiedene LEADER-Projekte bereits realisierte, die lokale Rohstoffe für neue Produkte nutzten. So werden beispielsweise in einem Gründerzentrum Schafswolle, die als Abfallprodukt der Bauern entsorgt wird, weiterverarbeitet und es entstehen Hausschuhe, Körbe, Kissen, Taschen, usw. Oder die Winterschule Ulten, die die Rohstoffe Holz, Kräuter, Wolle und Wasser weiterverarbeitet. Somit bleibt die Wertschöpfung im Tal.

Aus den Schulentwicklungsprozessen in Graubünden wurde deutlich, dass es sich lohnt, kleine Schulen auch mit ungewöhnlichen Maßnahmen und flexiblen Standards zu erhalten.

Nichts ist erfolgreicher als der Erfolg: Innen- und Außenkommunikation von Erfolgen

Erfolge zu kommunizieren ist wichtig für den gesamten Projekt- oder Prozessverlauf. Schnelle Erfolge zu erzielen, und seien sie noch so klein, motiviert die Mitarbeitenden und erzeugt weitere Unterstützung. Deshalb sollte sowohl intern jede Unterstützerin und jeder Unterstützer informiert werden als auch extern über die Erfolge, etwa durch Öffentlichkeits- und Pressearbeit (Pressegespräche, Pressemitteilungen u.a.), Homepageartikel, Newsletterbeiträge oder Veröffentlichungen in Mitteilungsblättchen berichtet

werden. Dies trägt zur positiven Wahrnehmung in der Öffentlichkeit bei. Auch die entsprechende Positionierung der Projekteinführungen durch Veranstaltungen, Presseberichte usw. gehört dazu.

Alle besuchten Projekte machen Werbung in eigener Sache. Zum einen informieren sie über aktuelle Schritte, zum anderen über die entstandenen neuen Projekte. Somit können gute Projekte Nachahmer finden, das Verantwortungsbewusstsein bei den Bürgerinnen und Bürgern geschaffen werden sowie der eigene Erfolg dargestellt werden.

„Man muss ins Gespräch kommen und im Gespräch bleiben.“

Hubert Trauner, Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik im Amt der Niederösterreichischen Landesregierung

Klappern gehört zum Geschäft: Professionelles Marketing notwendig

Ein professionelles Marketing unterstützt die Entwicklung einer Region oder Gemeinde maßgeblich. Gute Produkte und Dienstleistungen benötigen einen professionellen Auftritt. Dabei spielt nicht nur ein professioneller Internetauftritt eine Rolle. Das gesamte Erscheinungsbild, von Werbematerialien, Briefbögen usw. sollte attraktiv gestaltet sein. Dahinter soll eine Strategie stecken, die sich in allen Produkten und Werbematerialien widerspiegelt. Dabei soll der professionelle Auftritt auch innerhalb der Region wirken, damit ein positives Image entsteht. Dadurch sollen Menschen angezogen werden und Menschen zum Bleiben animiert werden, umso die Daseinsvorsorge weiterhin sichern zu können.

Die Südtirol Marketing beweist dies mit ihrem Auftritt für das Land Südtirol. Dieses Regionalmarketing soll nicht nur nach außen wirken und Touristen anziehen, sondern auch nach innen wirken und identitätsstiftend sein. Die Dachmarke Südtirol steht für verschiedene Produkte und Dienstleistungen, wie beispielsweise Äpfel, Wein und Milch.

Ein professionelles Marketing gehört auch zu den Service points in Västernorrland dazu. Eine hohe Attraktivität ist das Ziel der Geschäfte, welches auch durch einen einheitlichen Auftritt (Logo usw.) unterstützt wird.

In der Region spielt die Musik: Themen und Akteure verbinden – interkommunale und regionale Kooperationen bilden

Für erfolgreiche Projekte ist es hilfreich, wenn möglichst früh viele Akteure auf kommunaler und vor allem regionaler Ebene eingebunden und informiert werden. Durch die Einbindung vieler Akteure und Partner werden Projekte auf eine breitere Basis gestellt und somit die Akzeptanz in der Bevölkerung erhöht. Für Projekte in bestimmten Daseinsvorsorgebereichen müssen die betroffenen Akteure mitarbeiten, da ansonsten die Projektumsetzung nicht erreicht werden kann. Durch Vernetzung und Kooperationen können Synergieeffekte entstehen sowie Projekte umgesetzt und Ziele erreicht werden, die ohne Zusammenarbeit nicht möglich gewesen wären. Durch die Schaffung von Win-Win-Situation können alle zusammenarbeitenden Parteien profitieren und die Motivation erhöht sich. Dazu müssen Vorteile klar herausgestellt und sichtbar werden. Durch die Bildung von Kooperationen kann auch eine langfristige Zusammenarbeit gesichert werden.

Der Kommunförbundet Västernorrland ist ein Zusammenschluss der sieben Gemeinden Västernorrlands. Die Zusammenarbeit des Verbundes erfolgt mit den Gemeinden, die Eigentümer und Partner sind, sowie weiteren regionalen Akteuren. Schwerpunktthemen des Verbundes sind u. a. Wachstum und Entwicklung, soziale Dienste, Bildung, Beschäftigung und Umwelt.

Digital statt verortet: digital gestützte Daseinsvorsorge als zentraler Entwicklungsfaktor für ländliche Räume

Digitale Dienstleistungen können einen Beitrag zur Sicherung der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen leisten. Wenn zentrale Einrichtungen vor Ort wegfallen, bietet sich teilweise die Möglichkeit, diese durch internetgestützte Leistungen zu kompensieren. Hierin steckt ein enormes Potenzial, dass es zu erforschen und nutzen gilt. Gerade in diesem Bereich können innovative Projekte initiiert werden.

In Västernorrland gibt es dazu schon verschiedene Initiativen. Die Provinzialregierung unterstützt beispielsweise durch verschiedene Maßnahmen den Breitbandausbau. Der Kommunförbundet Västernorrland unterstützt pflegende Menschen in ländlichen Gebieten mit digitalen Informationsprogrammen in ihrer Rolle als Pflegende. Weitere Anwendungen und Bedarfe gilt es zu erforschen.



Die Kirschen in Nachbars Garten: Gute Ideen und Erfahrungen der europäischen Nachbarn nutzen

Gute und erfolgreiche Projekte kann jede Gemeinde oder Region nutzen. Nach einer positiven Prüfung der Übertragbarkeit kann das Projekt, entsprechend an die lokalen Gegebenheiten und Strukturen angepasst, in der Gemeinde realisiert werden. Nicht immer muss das „Rad neu erfunden werden“.

Bei den Fachexkursionen zeigte sich, dass durch das Kennenlernen guter Beispiele der Blick für die eigene Region geschärft wurde und die eigene Region mit etwas Abstand betrachtet werden konnte. Durch den Austausch konnten Erfahrungen und Tipps ausgetauscht werden. Gerade die vor Ort Diskussionen waren wichtig, um Detailfragen zu klären.

Die internationalen Informations- und Erfahrungsaustausche weckten das Interesse der Modell- und Partnerregionen am internationalen Austausch sowie an internationalen Kooperationen. Erste weitere Kontaktaufnahmen der Regionen untereinander fanden bereits statt. Das Interesse an einer Intensivierung und Verstetigung der internationalen Austausche ist sehr groß. Neue Betrachtungsmöglichkeiten werden vermittelt und die Modellregionen bekommen zahlreiche Anregungen für innovative Ansätze zur Sicherung der Daseinsvorsorge. Außerdem werden Anreize für europäische Netzwerke und Projektkooperationen, auch zur Nutzung europäischer Fördermittel, geschaffen. Deshalb sollte dieser Ansatz entsprechend weiter entwickelt und ausgebaut werden.

Europäische Förderprogramme können Kommunen bei der Realisierung internationaler Projekte unterstützen. Dazu zählen beispielsweise die Förderprogramme INTERREG und HORIZON. INTERREG unterstützt die Zusammenarbeit internationaler Partner, mit ähnlichen Problemlagen und Zielvorstellungen. Dabei ordnet INTERREG B Regionen bestimmten Kooperationsräumen zu, die unterschiedliche Förderschwerpunkte setzen. INTERREG Europe ist dagegen für alle europäischen Regionen offen und unterstützt beispielsweise auch internationale Erfahrungsaustausche.

Ansprechpartner in Deutschland für die Förderprogramme INTERREG sind auf Bundesebene das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR):

Referat I 3 – Europäische Raum- und Stadtentwicklung
Deichmanns Aue 31-37
53179 Bonn

Alpenraum:
Brigitte Ahlke
Tel: +49 22899 401-2330
brigitte.ahlke@bbr.bund.de

Mitteleuropa, Donaauraum:
Dr. Wilfried Görmar
Tel: +49 22899 401-2328
wilfried.goermar@bbr.bund.de

Nordseeraum, Ostseeraum:
Jens Kurnol
Tel: +49 22899 401-2304
jens.kurnol@bbr.bund.de

Nordwesteuropa, INTERACT:
Sina Redlich
Tel: +49 22899 401-2336
sina.redlich@bbr.bund.de

sowie die Contact Points der jeweiligen Programme in Deutschland:

Alpine Space Contact Point
Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz
Katharina Ertl
Rosenkavalierplatz 2
81925 München
Tel: +49 89 9214-4307
Katharina.Ertl@stmuv.bayern.de

Donau Contact Point Deutschland
am Donaubüro Ulm
Dr. Judit Schrick
Kronengasse 4/3
89073 Ulm
judit.schrick@mfw.bwl.de

Deutscher National Contact Point Nordwesteuropa
Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung Rheinland-Pfalz
c/o blue! advancing european projects GbR
Briener Strasse 48, Hofgebäude 2
80333 München

Dorothea Palenberg
Tel: +49 6131 16-2120
info@nwe-kontaktstelle.de

Nina Kuenzer
Tel: +49 6131 16-2120
info@nwe-kontaktstelle.de

Deutscher National Contact Point Nordseeraum
Senat der Freien und Hansestadt Hamburg
Senatskanzlei
Hermannstraße 15
20095 Hamburg

Petra Devillers
Tel: +49 40 42831-2659
Petra.Devillers@sk.hamburg.de

Maike Horn
Tel: +49 40 42831-1477
Maike.Horn@sk.hamburg.de

Mitteleuropa Contact Point
Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung in
Dresden
Weberplatz 1
01217 Dresden

Dr. Bernd Diehl
Tel: +49 351 4679-277
b.diehl@ioer.de

Robert Schillke
Tel: +49 351 4679-216
r.schillke@ioer.de

Durch das Forschungsförderprogramm HORIZON können beispielsweise Mobilitätsprojekte unterstützt werden.

Ansprechpartner in Deutschland ist als Betreuerin der Hotline für allgemeine Informationen und erste Orientierung und als Erstinformationsstelle ist:

Monika Schuler
EU-Büro des BMBF, Projektträger im DLR
Heinrich-Konen-Straße 1
53227 Bonn
0228 3821-1633
Monika.schuler@dlr.de
<http://www.eubuero.de/erstinformation.htm>

„Die Fachexkursion nach Niederösterreich habe ich ausgewählt, da in Niederösterreich die Strukturen ähnlich sind wie in Trier-Saarburg. Die niederösterreichische Landesregierung stellt ein einheitliches Konzept und Know-How für alternative Verkehre bereit, damit wird auch ein Rahmen geschaffen, nach dem sich Einzelaktivitäten von Gemeinden ausrichten können. Ein Förderprogramm des Landes unterstützt zudem örtliche Lösungen, die aber in das Gesamtsystem eingebettet sind. Dies erklärt wohl auch den Erfolg.

Die Kleinregionen und das Regionalmanagement stellen aus meiner Sicht gute Ansätze für eine gemeinsame regionale Entwicklung und eine verstetigte und verlässliche Kooperation von Gemeinden dar.

Der intensive Austausch mit den Partnerregionen hat Anregungen geliefert und gezeigt, dass der Instrumentenkasten groß ist, auch wenn nicht alle Projekte eins zu eins übertragbar sind. Eine Verstetigung des Austauschs trägt zur Netzwerkbildung bei.“

Günther Schartz, Landrat Trier-Saarburg



Fußnoten

1 Internetauftritt Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge, aufgerufen unter: <http://www.regionale-daseinsvorsorge.de/22/>, Zugriff: 25.11.2014.

2 Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, (Hrsg.): Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge. Ein MORO-Forschungsfeld. Kurzinformation über Ziele, Ablauf und Modellregionen. MORO-Informationen 10/1. Berlin.

3 Vgl. Amt der NÖ Landesregierung

4 Vgl. Österreichische Raumordnungskonferenz: Kleinräumige Bevölkerungsprognose für Österreich 2010-2030 mit Ausblick bis 2050. Teil 1: Endbericht zur Bevölkerungsprognose. Wien, 2010. S. 11 f.

5 Vgl. AMS Arbeitsmarktservice Österreich: Grafisches Arbeitsmarktinformationssystem – Bundeslandprofile 2011 Niederösterreich, aufgerufen unter: http://www.arbeitsmarktprofile.at/2011/PDF/Niederosterreich_2011.pdf

6 Vgl. ebenda.

7 Vgl. Arbeitsmarktservice Österreich, aufgerufen unter: http://www.ams.at/_docs/001_amd-NUTS3_monate_2014.xls; Zugriff: 27.02.2014.

8 Vgl. Amt für Raumentwicklung Graubünden: Siedlungsbericht Graubünden. Analyse der Siedlungsentwicklung seit 1980. Chur, 2007. S. 11.

9 Vgl. Amt für Wirtschaft und Tourismus Graubünden.

10 Vgl. ebenda.

11 Vgl. Amt für Raumentwicklung Graubünden: Siedlungsbericht Graubünden. Analyse der Siedlungsentwicklung seit 1980. Chur, 2007. S. 14.

12 Vgl. Graubündner Kantonalbank / Amt für Wirtschaft und Tourismus Graubünden: Durchblick 2013. Graubünden in Zahlen. S. 10f.

13 Vgl. Statistischer Atlas Graubünden, aufgerufen unter: <http://www.statistik.gr.ch/geoclip/>; Zugriff: 26.11.2013.

14 Vgl. Graubündner Kantonalbank / Amt für Wirtschaft und Tourismus Graubünden: Durchblick 2013. Graubünden in Zahlen. S. 8.

15 Vgl. Autonome Provinz Bozen – Landesinstitut für Statistik (AS-TAT).

16 Vgl. Autonome Provinz Bozen/Südtirol, Landesinstitut für Statistik – ASTAT (Hrsg.): 2012. Statistisches Jahrbuch für Südtirol. S. 338. Bozen, 2013.

17 Vgl. Lun, Georg: Unsere Europaregion – ein wirtschaftliches

Erfolgsmodell. In: Die Gemeinde. Zeitschrift des Südtiroler Gemeindenverbandes. Ausgabe 6, Mai 2009. S. 6 f.

18 Vgl. Autonome Provinz Bozen/Südtirol, Landesinstitut für Statistik – ASTAT (Hrsg.): 2012. Statistisches Jahrbuch für Südtirol. S. 210f. Bozen, 2013.

19 Vgl. Internetauftritt Statistics Sweden, aufgerufen unter: http://www.scb.se/Pages/TableAndChart___255006.aspx, Zugriff: 14.10.2013.

20 Vgl. Internetauftritt der Europäischen Kommission Eurostat, aufgerufen unter: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics_explained/index.php/Population_change_at_regional_level/de, Zugriff: 10.10.2013.

21 Vgl. ESPON & Leibniz Institute for Regional Geography (Hrsg.) (2011): SEMIGRA. Selective Migration and unbalanced Sex Ratio in Rural Regions. Targeted Analysis 2013/2/15. Interim Report | 30/September/2011, aufgerufen unter: http://www.espon.eu/export/sites/default/Documents/Projects/TargetedAnalyses/SEMIGRA/SEMIGRA_Interim-Report_with-Annex.pdf, Zugriff: 11.10.2013.

22 Vgl. Internetauftritt Semigra - Selective Migration and Unbalanced Sex Ratio in Rural Regions, aufgerufen unter: http://www.semigra.eu/de/cs_vasternorrland_de.html, Zugriff: 11.10.2013.

23 Vgl. Länsstyrelsen Västernorrland.

24 Vgl. Internetauftritt Statistics Sweden, aufgerufen unter: http://www.scb.se/Pages/TableAndChart___159278.aspx, Zugriff: 14.10.2013.

25 Vgl. ESPON & Royal Institute of Technology (KTH) (Hrsg.) (2011): SEMIGRA. Case Study Report: Västernorrland's County Version 1 April 2012, aufgerufen unter: <http://www.lansstyrelsen.se/vasternorrland/SiteCollectionDocuments/Sv/nyheter/2012/semigra-case-study-report-vasternorrland-12-05-01.pdf#page=19&zoom=70,0,427>; Zugriff: 14.10.2013.

26 Vgl. Internetauftritt Statistics Sweden, aufgerufen unter: http://www.scb.se/Pages/Product___130402.aspx, Zugriff: 11.10.2013.

27 Vgl. Internetauftritt Länsstyrelserna, aufgerufen unter: <http://www.lansstyrelsen.se/vasternorrland/SiteCollectionDocuments/Sv/nyheter/2012/semigra-case-study-report-vasternorrland-12-05-01.pdf#page=19&zoom=70,0,427>, Zugriff: 14.10.2013.

28 Internetauftritt Semigra - Selective Migration and Unbalanced Sex Ratio in Rural Regions, aufgerufen unter: http://www.semigra.eu/de/cs_vasternorrland_de.html, Zugriff: 11.10.2013.

29 Vgl. Favry, Eva; Hiess, Helmut (2008): Infrastrukturen der Daseinsvorsorge in Österreichs ländlichen Gebieten, in: Informationen zur Raumentwicklung Heft 1/2.2008, S. 57.

30 Vgl. Adamovich, Ludwig; Funk, Bernd-Christian (1987): Allgemeines Verwaltungsrecht, S. 3. Zitiert in: Pürgy, Erich (2009): Dienstleis-

tungen von allgemeinem Interesse in Österreich, a. a. O., S. 400.

31 Vgl. http://www.statistik.at/web_de/klassifikationen/regionale_gliederungen/ortschaften/index.html; Zugriff: 20.08.2013.

32 Vgl. Pürgy, Ernst (2009): Dienstleistungen von allgemeinem Interesse in Österreich, a. a. O., S. 400 ff.

33 Vgl. Pürgy, Ernst (2009): Dienstleistungen von allgemeinem Interesse in Österreich, a. a. O., S. 400 ff.

34 Vgl. Internetauftritt des Verkehrsverbundes Ost-Region, aufgerufen unter: <http://www.vor.at/der-vor/ueber-den-vor/>; Zugriff: 11.02.2014.

35 Vgl. Frey, René (2008): Service public in der Schweiz: Reform der Grundversorgung in der Fläche, aufgerufen unter: <http://www.crema-research.ch/bawp/2008-03.pdf>; Zugriff: 26.08.2013.

36 Vgl. ebenda.

37 Vgl. Seelhofer, Maria (2009): Möglichkeiten und Grenzen von Verkehrs- und Tarifverbänden im Kontext des öffentlichen Regionalverkehrs in der Schweiz. Masterarbeit an der Universität Bern. S. 20 ff.

38 Vgl. Internetauftritt des Österreichischen Städtebundes, aufgerufen unter: [http://www.staedtebund.gv.at/oegz/oegzbeitraege/jahresarchiv/details/artikel/koenig-kundeoder-oeffentlicher-nah-und-regionalverkehr-inder-schweiz.html?tx_felogin_pi1\[forget\]=1](http://www.staedtebund.gv.at/oegz/oegzbeitraege/jahresarchiv/details/artikel/koenig-kundeoder-oeffentlicher-nah-und-regionalverkehr-inder-schweiz.html?tx_felogin_pi1[forget]=1); Zugriff: 02.09.2013.

39 Vgl. Internetauftritt educa, aufgerufen unter: <http://bildungssystem.educa.ch/de/zustaendigkeitenbildungswesen>; Zugriff: 27.08.2013.

40 Vgl. Internetauftritt der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren, aufgerufen unter: <http://www.edk.ch/dyn/16600.php>; Zugriff: 27.08.2013.

41 Internetauftritt educa, aufgerufen unter: <http://bildungssystem.educa.ch/de/zustaendigkeiten-bildungswesen>; Zugriff: 27.08.2013.

42 Internetauftritt educa, aufgerufen unter: <http://bildungssystem.educa.ch/de/obligatorische-schule-inkl-kindergarten>; Zugriff: 27.08.2013.

43 Vgl. Internetauftritt educa, aufgerufen unter: <http://bildungssystem.educa.ch/de/sekundarstufe-ii-4>; Zugriff: 27.08.2013.

44 Vgl. Internetauftritt educa, aufgerufen unter: <http://bildungssystem.educa.ch/de/zustaendigkeiten-bildungswesen>; Zugriff: 27.08.2013.

45 Vgl. Bundesamt für Gesundheit (Hrsg.) (2005): Das schweizerische Gesundheitswesen. Aufbau, Leistungserbringer, Krankenversicherungsgesetz. S. 5 ff.

46 Vgl. ebenda.

47 Vgl. Donati, Daniele; Grasse, Alexander (2009): Dienstleistungen von allgemeinem Interesse in Italien. In: Krautscheid, Andreas (2009): Die Daseinsvorsorge im Spannungsfeld zwischen Wettbewerb und Gemeinwohl. S. 340.

48 Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.) (2013): Daseinsvorsorge im europäischen Vergleich – Problemwahrnehmung, Lösungsstrategien, Maßnahmen. BMVBS-Online-Publikation, Nr. 04/2013. S. 33 f.

49 Vgl. ebenda, S.62.

50 Vgl. Köppl, Stefan (2007): Das politische System Italiens, Wiesbaden, S.176 ff.

51 Vgl. Internetauftritt der Autonomen Provinz Bozen Südtirol, aufgerufen unter: <http://www.provinz.bz.it/land/landesverwaltung/suedtirol/zustaendigkeiten.asp>; Zugriff: 15.04.2014.

52 Vgl. Donati, Daniele; Grasse, Alexander (2009): Dienstleistungen von allgemeinem Interesse in Italien. A.a.O. S. 337.

53 Vgl. Schriftliche Auskunft von Frau Karin Leiter, Ressort für Handwerk, Industrie, Handel, Mobilität und Personal, Autonome Provinz Bozen-Südtirol.

54 Vgl. Internetauftritt Südtirol Mobil, aufgerufen unter: <http://www.sii.bz.it/de/die-konzessionaere-desverkehrsverbunds-suedtirol>; Zugriff: 04.09.2013.

55 Vgl. Schriftliche Auskunft von Frau Karin Leiter, Ressort für Handwerk, Industrie, Handel, Mobilität und Personal, Autonome Provinz Bozen-Südtirol.

56 Vgl. Abel, Andrea (2010): Sprachen in der Ausbildung - Schulsystem und Lehrerbildung in Südtirol. In: Geiger-Jaillet, Anemone (2010): Lehren und Lernen in deutschsprachigen Grenzregionen. S. 116.

57 Vgl. Internetauftritt Eine Schule für alle – NRW Bündnis, aufgerufen unter: <http://www.nrw-eineschule.de/artikel/die-suedtiroler-bildungslandschaft>; Zugriff: 27.08.2013.

58 Vgl. Internetauftritt des Münchner Bezirksverbandes des bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbands, aufgerufen unter: http://www.mllv.bllv.de/1-aktuell/bilder-undtexte/2010-05-0_Suedtirol/%28Microsoft%20PowerPoint%20-%20Schulsystem%20S-374dtirol%29.pdf; Zugriff: 27.08.2013.

59 Vgl. Internetauftritt des Deutschen Schulamtes, Bereich Innovation und Beratung, Südtirol, aufgerufen unter: http://www.schule.suedtirol.it/pi/faeher/documents/soziale_netz_kap_5.pdf; Zugriff: 28.08.2013.

60 Vgl. Internetauftritt des AOK Bundesverbandes, aufgerufen unter: http://www.aok-bv.de/politik/europa/index_01378.html; Zugriff: 27.08.2013.

61 Vgl. Internetauftritt des Deutschen Schulamtes, Bereich Innova-

tion und Beratung, Südtirol, aufgerufen unter: http://www.schule.suedtirol.it/pi/faecher/documents/soziale_netz_kap_5.pdf; Zugriff: 28.08.2013.

62 Vgl. Internetauftritt des AOK Bundesverbandes, aufgerufen unter: http://www.aok-bv.de/politik/europa/index_01378.html; Zugriff: 28.08.2013.

63 Vgl. Jungermann, Franziska (2010): Schwedens Politik zur Gewährleistung der Daseinsvorsorge am Beispiel Jämtlands, in: Europa Regional 18 (2-3), S. 72f, aufgerufen unter: <http://87.234.205.235/Ar/Text/ER2010-2-3Jung.pdf>, Zugriff: 22.06.2013.

64 Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.) (2013): Daseinsvorsorge im europäischen Vergleich – Problemwahrnehmung, Lösungsstrategien, Maßnahmen. BMVBS-Online- Publikation, Nr. 04/2013, S. 26, aufgerufen unter: http://www.nexusinstitut.de/images/stories/contentpdf/bbsr_bericht_vorstudie.pdf, Zugriff: 22.06.2013.

65 (2001): Planungs begriffe in Europa. Deutsch-Schwedisches Handbuch der Planungs begriffe. Tysksvensk handbok för planerings- begrepp. Hannover – Stockholm – Rönneby, S.19.

66 Vgl. Schwedisches Institut (Hrsg.)(2005): Kommunale Selbstverwaltung in Schweden, aufgerufen unter: http://www.brunnvalla.ch/schweden/Kommunale_Selbstverwaltung_in_Schweden.pdf, Zugriff: 30.05.2014.

67 Vgl. ebenda.

68 Vgl. Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.) (2013): Daseinsvorsorge im europäischen Vergleich – Problemwahrnehmung, Lösungsstrategien, Maßnahmen. BMVBS-Online- Publikation, Nr. 04/2013, S. 65, aufgerufen unter: http://www.nexusinstitut.de/images/stories/contentpdf/bbsr_bericht_vorstudie.pdf, Zugriff: 22.06.2013.

69 Vgl. Internetauftritt Schwedens, aufgerufen unter: <http://www.sweden.se/de/Startseite/Ausbildung/Fakten/Das-schwedische-Schulsystem/>, Zugriff: 08.10.2013.

70 Vgl. Internetauftritt Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule Nordrhein-Westfalen e.V. (GGG NRW), aufgerufen unter: <http://www.gggnrw.de/website/Europa/GGG-Schweden.pdf>, Zugriff: 23.08.2013.

71 Vgl. Internetauftritt AOK Bundesverband, aufgerufen unter: http://www.aokbv.de/politik/europa/index_01403.html, Zugriff: 23.08.2013.

72 Vgl. Schwedisches Institut (Hrsg.)(2007): Das schwedische Gesundheitswesen, aufgerufen unter: <http://www.schwedennavigator.de/pdf/Gesundheitswesen.pdf>, Zugriff: 23.08.2013.

73 Vgl. Internetauftritt Bundeszentrale für politische Bildung, aufgerufen unter: <http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/gesundheitspolitik/72915/s-versorgungsstrukturen>, Zugriff 03.09.2013.

74 Vgl. Schwedisches Institut (Hrsg.)(2007): Das schwedische Gesundheitswesen, aufgerufen unter: <http://www.schwedennavigator.de/pdf/Gesundheitswesen.pdf>, Zugriff: 23.08.2013.

75 Vgl. Niklas Guss, Vortragsnotizen zum Vortrag „Experiences from Västernorrland“ bei der bundesweiten Projektwerkstatt der Modellregionen des Aktionsprogrammes regionale Daseinsvorsorge, 06.06.2013, Berlin.

76 Vgl. Internetauftritt UdL DIGITAL, aufgerufen unter: <http://www.udldigital.de/ahndung-von-urheberrechtsverletzungen-egnet-sich-schweden-als-vorbild/>, Zugriff: 15.10.2014.

77 Vgl. ebenda.

78 Vgl. Ministry of Enterprise, Energy and Communications Sweden (Hrsg.)(2011): ICT for Everyone – A Digital Agenda for Sweden, aufgerufen unter: <http://www.government.se/content/1/c6/18/19/14/70f489cb.pdf>, Zugriff: 15.10.2014.

79 Vgl. Niklas Guss, Vortragsnotizen zum Vortrag „Experiences from Västernorrland“ bei der bundesweiten Projektwerkstatt der Modellregionen des Aktionsprogrammes regionale Daseinsvorsorge, 06.06.2013, Berlin.

80 Schwedisches Institut (Hrsg.)(2005): Kommunale Selbstverwaltung in Schweden, aufgerufen unter: http://www.brunnvalla.ch/schweden/Kommunale_Selbstverwaltung_in_Schweden.pdf, Zugriff: 30.05.2014.

81 Vgl. Internetauftritt Kommunförbundet Västernorrland, aufgerufen unter: <http://kfvn.se/om-oss.html>, Zugriff: 30.05.2014.

82 Vgl. Internetauftritt Kommunförbundet Västernorrland, aufgerufen unter: http://kfvn.se/in_english_1859.html, Zugriff: 30.05.2014.

83 Vgl. Internetauftritt Kommunförbundet Västernorrland, aufgerufen unter: <http://kfvn.se/socialtjanst.html>, Zugriff: 30.05.2014.

84 Vgl. Internetauftritt Landesregierung Niederösterreich, aufgerufen unter: <http://www.no.e.gv.at/Gemeindeservice/Gemeindeservice/Verkehr-Technik/AST.print.html>, Zugriff: 06.08.2014.

85 Vgl. Internetauftritt Landesregierung Niederösterreich, aufgerufen unter: <http://www.no.e.gv.at/Gemeindeservice/Gemeindeservice/Verkehr-Technik/AST.print.html>, Zugriff: 06.08.2014.

Literaturverzeichnis

Printquellen

Abel, Andrea (2010): Sprachen in der Ausbildung – Schulsystem und Lehrerbildung in Südtirol. In: Geiger-Jaillet, Anemone (2010): Lehren und Lernen in deutschsprachigen Grenzregionen.

Adamovich, Ludwig; Funk, Bernd-Christian (1987): Allgemeines Verwaltungsrecht, S. 3. Zitiert in: Pürgy, Erich (2009): Dienstleistungen von allgemeinem Interesse in Österreich, in: Krautscheid, A. (Hrsg.): Die Daseinsvorsorge im Spannungsfeld von europäischem

Wettbewerb und Gemeinwohl. Eine sektorspezifische Betrachtung, Wiesbaden.

Amt für Raumentwicklung Graubünden: Siedlungsbericht Graubünden. Analyse der Siedlungsentwicklung seit 1980. Chur, 2007.

ARL/Nordregio/Blekinge Tekniska Högskola (Hrsg.) (2001): Planungsbegriffe in Europa. Deutsch-Schwedisches Handbuch der Planungsbegriffe. Tysk-svensk handbok för planeringsbegrepp. Hannover – Stockholm – Rönneby.

Autonome Provinz Bozen/Südtirol, Landesinstitut für Statistik – AS-TAT (Hrsg.): 2012. Statistisches Jahrbuch für Südtirol.

Bathelt, Julia (2005): Das italienische Gesundheitssystem. In: Rheinisches Ärzteblatt 5/2005.

Brugger und Partner AG (BHP), Amt für Wirtschaft und Tourismus Graubünden, Flury & Giuliani GmbH – Agrar- und regionalwirtschaftliche Beratung (Hrsg.) (2006): Potenzialarme Räume Graubünden – Handlungsmöglichkeiten und Strategien von Kanton Graubünden und Bund, Zürich.

Bundesamt für Gesundheit (Hrsg.) (2005): Das schweizerische Gesundheitswesen. Aufbau, Leistungserbringer, Krankenversicherungsgesetz.

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.) (2013): Daseinsvorsorge im europäischen Vergleich – Problemwahrnehmung, Lösungsstrategien, Maßnahmen. BMVBS-Online-Publikation, Nr. 04/2013.

Donati, Daniele; Grasse, Alexander (2009): Dienstleistungen von allgemeinem Interesse in Italien. In: Krautscheid, Andreas (2009): Die Daseinsvorsorge im Spannungsfeld zwischen Wettbewerb und Gemeinwohl.

Favry, Eva; Hiess, Helmut (2008): Infrastrukturen der Daseinsvorsorge in Österreichs ländlichen Gebieten, in: Informationen zur Raumentwicklung Heft 1/2.2008.

Graubündner Kantonalbank / Amt für Wirtschaft und Tourismus Graubünden: Durchblick 2013. Graubünden in Zahlen.

Huemer, Ulrike: Die Daseinsvorsorge der Gemeinden unter Liberalisierungsdruck. In: Juridikum 2005. S. 160. Zitiert in: Pürgy, Erich (2009): Dienstleistungen von allgemeinem Interesse in Österreich, in: Krautscheid, A. (Hrsg.): Die Daseinsvorsorge im Spannungsfeld von europäischem Wettbewerb und Gemeinwohl. Eine sektorspezifische Betrachtung, Wiesbaden.

Köfel, Manuel; Mitterer, Karoline (2013): ÖPNV-Finanzierung in Österreichs Städten. Aktuelle Finanzierung und neue Steuerungs- und Finanzierungsmodelle. Endbericht KDZ Managementberatungs- und Weiterbildungs GmbH.

Köppl, Stefan (2007): Das politische System Italiens, Wiesbaden.

Lun, Georg (2009): Unsere Europaregion – ein wirtschaftliches Erfolgsmodell. In: Die Gemeinde. Zeitschrift des Südtiroler Gemeindenverbandes. Ausgabe 6.

Österreichische Raumordnungskonferenz (2010): Kleinräumige Bevölkerungsprognose für Österreich 2010-2030 mit Ausblick bis 2050. Teil 1: Endbericht zur Bevölkerungsprognose. Wien.

Pürgy, Erich (2009): Dienstleistungen von allgemeinem Interesse in Österreich, in: Krautscheid, A. (Hrsg.): Die Daseinsvorsorge im Spannungsfeld von europäischem Wettbewerb und Gemeinwohl. Eine sektorspezifische Betrachtung, Wiesbaden. Schladebach, Marcus (2000): Der Einfluss des europäischen Umweltrechts auf die kommunale Bauleitplanung, Berlin.

Seelhofer, Maria (2009): Möglichkeiten und Grenzen von Verkehrs- und Tarifverbänden im Kontext des öffentlichen Regionalverkehrs in der Schweiz. Masterarbeit an der Universität Bern.

Internetquellen

AMS Arbeitsmarktservice Österreich: Grafisches Arbeitsmarktinformationssystem – Bundeslandprofile 2011 Niederösterreich, aufgerufen unter: http://www.arbeitsmarktprofile.at/2011/PDF/Niederosterreich_2011.pdf; Zugriff: 26.08.2013.

Arbeitsmarktservice Österreich, aufgerufen unter: http://www.ams.at/_docs/001_amd-NUTS3_monate_2014.xls; Zugriff: 27.02.2014.

Bericht des Bundesrates «Grundversorgung in der Infrastruktur (Service public)», aufgerufen unter: <http://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2004/4569.pdf>; Zugriff: 26.08.2013.

Blusi, M.; Asplund, K.; Jong, M. (2013): Older family carers in rural areas: experiences from using caregiver support services based on Information and Communication Technology (ICT), in: Eur J Ageing (2013) 10:191–199, aufgerufen unter: <http://link.springer.com/article/10.1007%2Fs10433-013-0260-1>, Zugriff: 21.08.2014.

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.) (2013): Daseinsvorsorge im europäischen Vergleich – Problemwahrnehmung, Lösungsstrategien, Maßnahmen. BMVBS-Online-Publikation, Nr. 04/2013, aufgerufen unter: http://www.nexusinstitut.de/images/stories/content-pdf/bbsr_bericht_vorstudie.pdf, Zugriff: 22.06.2013.

Egger, Thomas: Medizinische Grundversorgung - Herausforderungen und Lösungsansätze für die schweizerischen Berggebiete. Vortrag im Rahmen der bundesweiten Projektwerkstatt im MORO-Aktionsprogramm Regionale Daseinsvorsorge am 06.06.2013, aufgerufen unter: http://www.regionaledaseinsvorsorge.de/index.php?eID=tx_nawsecuredl&u=0&file=fileadmin/files/pdf/BPW_2013/Praesentation_Egger.pdf&t=1378216151&hash=fae911239d13add7b8d637fba43bc029f40941; Zugriff: 02.09.2013.

Frey, René (2008): Service public in der Schweiz: Reform der Grundversorgung in der Fläche, aufgerufen unter: <http://www.crema-research.ch/bawp/2008-03.pdf>; Zugriff: 26.08.2013.

ESPON & Leibniz Institute for Regional Geography (Hrsg.) (2011): SEMIGRA. Selective Migration and unbalanced Sex Ratio in Rural Regions. Targeted Analysis 2013/2/15. Interim Report | 30/September/2011, aufgerufen unter: http://www.espon.eu/export/sites/default/Documents/Projects/TargetedAnalyses/SEMIGRA/SEMIGRA_Interim-Report_with-Annex.pdf, Zugriff: 11.10.2013.

Frey, René (2008): Service public in der Schweiz: Reform der Grundversorgung in der Fläche, aufgerufen unter: <http://www.crema-research.ch/bawp/2008-03.pdf>; Zugriff: 26.08.2013.

Internetauftritt allehanda, aufgerufen unter: <http://www.allehanda.se/angermanland/kramfors/starthuset-hjalper-nya-blivande-foretagare>, Zugriff: 20.08.2014.

Internetauftritt Amt der NÖ Landesregierung zu Kleinräumigen Mobilitätsangeboten, aufgerufen unter: <http://www.noel.gv.at/Verkehr-Technik/Oeffentlicher-Verkehr/Kleinraeumige-Mobilitaetsangebote.html>, Zugriff: 06.08.2014.

Internetauftritt Amt der NÖ Landesregierung zu den Kleinregionen, aufgerufen unter: <https://www.noel.gv.at/Land-Zukunft/Raumordnung/Kleinregionen.html>, Zugriff: 06.08.2014.

Internetauftritt Amt der NÖ Landesregierung Raumordnung und Regionalpolitik, aufgerufen unter: <http://www.raumordnung-noel.at/index.php?id=123>, Zugriff: 06.08.2014.

Internetauftritt AOK Bundesverband, aufgerufen unter: http://www.aok-bv.de/politik/europa/index_01378.html; Zugriff: 27.08.2013.

Internetauftritt AOK Bundesverband, aufgerufen unter: http://www.aok-bv.de/politik/europa/index_01403.html, Zugriff: 23.08.2013.

Internetauftritt Autonome Provinz Bozen-Südtirol, aufgerufen unter: <http://www.provinz.bz.it/729212/de/autonomie/autonomie.asp>; Zugriff: 04.12.2013.

Internetauftritt Autonome Provinz Bozen-Südtirol, aufgerufen unter: <http://www.provinz.bz.it/land/landesverwaltung/suedtirol/zustaendigkeiten.asp>; Zugriff: 15.04.2014.

Internetauftritt Autonome Provinz Bozen-Südtirol, aufgerufen unter: <http://www.provinz.bz.it/mobilitaet/default.asp>, Zugriff: 19.08.2014.

Internetauftritt Bergauf. Ultner Wollprodukte, aufgerufen unter: <http://bergauf.it/>, Zugriff: 19.08.2014

Internetauftritt Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie, aufgerufen unter: <http://www.bmvit.gv.at/verkehr/nahverkehr/verbuende/index.html>; Zugriff: 11.02.2014.

Internetauftritt Bundeszentrale für politische Bildung, aufgerufen unter: <http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/gesundheitspolitik/72915/s-versorgungsstrukturen>, Zugriff: 03.09.2013.

Internetauftritt Bus alpin, aufgerufen unter: <http://www.busalpin.ch/>, Zugriff: 11.08.2014.

Internetauftritt Der Standard, aufgerufen unter: <http://derstandard.at/1237227593337/Schulverwaltung-Intransparenz-und-Doppelgleisigkeiten>; Zugriff: 12.02.2014.

Internetauftritt Deutsches Schulamt, Bereich Innovation und Beratung, Südtirol, aufgerufen unter: http://www.schule.suedtirol.it/pi/faecher/documents/soziale_netz_kap_5.pdf; Zugriff: 28.08.2013.

Internetauftritt EURAC, aufgerufen unter: <http://www.eurac.edu/de/research/projects/pages/ProjectDetails.aspx?pid=11064>, Zugriff: 19.08.2014.

Internetauftritt EURAC, aufgerufen unter: <http://www.eurac.edu/en/research/institutes/regionaldevelopment/Projects/Documents/Zukunft2030-NL-1-DE.pdf>, Zugriff: 19.08.2014.

Internetauftritt educa, aufgerufen unter: <http://bildungssystem.educa.ch/de/sekundarstufe-ii-4>; Zugriff: 27.08.2013.

Internetauftritt educa, aufgerufen unter: <http://bildungssystem.educa.ch/de/zustaendigkeiten-bildungswesen>; Zugriff: 27.08.2013.

Internetauftritt Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten, Generalsekretariat, Präsenz Schweiz, aufgerufen unter: <http://www.swissworld.org/de/bildung/bildungssystem/>; Zugriff: 15.04.2014.

Internetauftritt Eine Schule für alle – NRW Bündnis, aufgerufen unter: <http://www.nrw-eineschule.de/artikel/die-suedtiroler-bildungslandschaft>; Zugriff: 27.08.2013.

Internetauftritt Europäische Kommission Eurostat, aufgerufen unter: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics_explained/index.php/Population_change_at_regional_level/de, Zugriff: 10.10.2013.

Internetauftritt Forschungs- und Entwicklungseinheit des Kommunförbundet Västernorrland, aufgerufen unter: <http://www.fouvasternorrland.se>, Zugriff: 21.08.2014.

Internetauftritt Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule Nordrhein-Westfalen e.V. (GGG NRW), aufgerufen unter: <http://www.ggg-nrw.de/website/Europa/GGG-Schweden.pdf>, Zugriff: 23.08.2013.

Internetauftritt Gemeinde Ernstbrunn, aufgerufen unter: <http://www.ernstbrunn.gv.at/system/web/sonderseite.aspx?menuonr=222529618&detailonr=222529618>, Zugriff: 06.08.2014.

Internetauftritt Gemeinde Gerersdorf, aufgerufen unter: <http://www.gerersdorf.gv.at/system/web/sonderseite.aspx?menuonr=224318311&detailonr=224318311>, Zugriff: 06.08.2014.

Internetauftritt Gemeinde Kramfors, aufgerufen unter: <http://www.kramfors.se/index.asp?id=1188>, Zugriff: 20.08.2014.

Internetauftritt Gesundheitszentrum Unterengadin, aufgerufen unter: http://www.cseb.ch/download/Cseb-de_filebase/AttachmentDocument/Allegra-Nationalparkregion.pdf, Zugriff: 12.08.2014.

Internetauftritt Gesundheitszentrum Unterengadin, aufgerufen unter: <http://www.cseb.ch/Cseb-de/Home>, Zugriff: 12.08.2014.

Internetauftritt Inera, aufgerufen unter: http://www.inera.se/Documents/TJANSTER_PROJEKT/Identifizierungstjanst_SITHS/SITHS_om_bestallning_av_SITHS-kort_pa_olika_sprak.pdf, Zugriff: 19.08.2014.

Internetauftritt Kleinregionen, aufgerufen unter: <http://www.kleinregionen-noe.at/>, Zugriff: 06.08.2014.

Internetauftritt Kommune Sundsvall, aufgerufen unter: <http://www.sundsvall.se/Kommun-och-politik/Projekt-och-samarbeten/Norrlandicus-Care-Lab/>, Zugriff: 21.08.2014.

Internetauftritt Kommunförbundet Västernorrland, aufgerufen unter: www.kfvn.se, Zugriff: 20.08.2014.

Internetauftritt Kommunförbundet Västernorrland, aufgerufen unter: <http://kfvn.se/om-oss.html>, Zugriff: 30.05.2014.

Internetauftritt Kommunförbundet Västernorrland, aufgerufen unter: http://kfvn.se/in_english_1859.html, Zugriff: 30.05.2014.

Internetauftritt Kommunförbundet Västernorrland, aufgerufen unter: <http://kfvn.se/socialtjanst.html>, Zugriff: 30.05.2014.

Internetauftritt Länsstyrelserna, aufgerufen unter: <http://www.lansstyrelsen.se/vasternorrland/SiteCollectionDocuments/Sv/nyheter/2012/semigra-case-study-report-vasternorrland-12-05-01pdf#page=19&zoom=70,0,427>, Zugriff: 14.10.2013.

Internetauftritt Länsstyrelsen Västernorrland, aufgerufen unter: <http://www.lansstyrelsen.se/vasternorrland/Sv/om-lansstyrelsen/vart-uppdrag/regionalt-serviceprogram-2014-2018/Pages/default.aspx>, Zugriff: 21.08.2014.

Internetauftritt Länsstyrelsen Västernorrland, aufgerufen unter: <http://www.lansstyrelsen.se/vasternorrland/Sv/om-lansstyrelsen/eu-och-internationellt/vara-projekt/Pages/nya-digitala-perspektiv.aspx>, Zugriff: 20.08.2014.

Internetauftritt Mobilitätszentralen, aufgerufen unter: <http://www.n-mobil.at/>, Zugriff: 06.08.2014.

Internetauftritt Münchner Bezirksverband des bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbands, aufgerufen unter: http://www.mlv.bllv.de/1-aktuell/bilder-und-texte/2010-05-30_Suedtirol/%28Microsoft%20PowerPoint%20-%20Schulsystem%20S-374dtirol%29.pdf, Zugriff: 27.08.2013.

Internetauftritt Norrlandicus Care Lab, aufgerufen unter: <http://norrlandicus.se/>, Zugriff: 19.08.2014.

Internetauftritt Örnköldsvik, aufgerufen unter: www.ornskoldsvik.se/landsbygd, Zugriff: 21.08.2014.

Internetauftritt Österreichischer Städtebund, aufgerufen unter: [http://www.staedtebund.gv.at/oegz/oegz-beitraege/jahresarchiv/details/artikel/koenig-kundeoder-oeffentlicher-nah-und-regionalverkehr-in-der-schweiz.html?tx_felogin_pi1\[forgot\]=1](http://www.staedtebund.gv.at/oegz/oegz-beitraege/jahresarchiv/details/artikel/koenig-kundeoder-oeffentlicher-nah-und-regionalverkehr-in-der-schweiz.html?tx_felogin_pi1[forgot]=1), Zugriff: 02.09.2013.

Internetauftritt Praktikplatsen, aufgerufen unter: www.praktikplatsen.se, Zugriff: 20.08.2014.

Internetauftritt Regionalmanagement Niederösterreich, aufgerufen unter: <http://www.regionalmanagement-noe.at/>, Zugriff: 06.08.2014.

Internetauftritt Regionalmanagement Waldviertel, aufgerufen unter: <http://www.rm-waldviertel.at/>, Zugriff: 06.08.2014.

Internetauftritt Schule alpin I, aufgerufen unter: <http://www.schulealpin.org/aktuelles.html>, Zugriff: 12.08.2014.

Internetauftritt Schule alpin II, aufgerufen unter: <http://www.schulealpin.org/>, Zugriff: 12.08.2014.

Internetauftritt Schule alpin, aufgerufen unter: http://www.schulealpin.ch/assets/files/FHNW_Kongress_2014_Vortrag_SchuleAlpin%20%282%29.pdf, Zugriff: 12.08.2014.

Internetauftritt Schweden, aufgerufen unter: <http://www.sweden.se/de/Startseite/Ausbildung/Fakten/Das-schwedische-Schulsystem/>, Zugriff: 08.10.2013.

Internetauftritt Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für Berggebiete, aufgerufen unter: <http://www.sab.ch/Bus-alpin.878.0.html>, Zugriff: 11.08.2014.

Internetauftritt Schweizer Behörden, aufgerufen unter: <https://www.ch.ch/de/schweizer-federalismus/>, Zugriff: 02.09.2013.

Internetauftritt Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren, aufgerufen unter: <http://www.edk.ch/dyn/16600.php>, Zugriff: 27.08.2013.

Internetauftritt Semigra - Selective Migration and Unbalanced Sex Ratio in Rural Regions, aufgerufen unter: http://www.semigra.eu/de/cs_vasternorrland_de.html, Zugriff: 11.10.2013.

Internetauftritt Statistics Sweden, aufgerufen unter: http://www.scb.se/Pages/TableAndChart___255006.aspx, Zugriff: 14.10.2013.

Internetauftritt Statistics Sweden, aufgerufen unter: http://www.scb.se/Pages/TableAndChart___159278.aspx, Zugriff: 14.10.2013.

Internetauftritt Statistics Sweden, aufgerufen unter: http://www.scb.se/Pages/Product___130402.aspx, Zugriff: 11.10.2013.

Internetauftritt Statistik Austria, aufgerufen unter: http://www.statistik.at/web_de/klassifikationen/regionale_gliederungen/ortschaften/index.html; Zugriff: 20.08.2013.

Internetauftritt Südtirol Marketing (SMG), aufgerufen unter: <http://www.smg.bz.it>, Zugriff: 19.08.2014.

Internetauftritt Südtirol Mobil, aufgerufen unter: <http://www.sii.bz.it/de/die-konzessionaere-des-verkehrsverbands-suedtirol>; Zugriff: 04.09.2013.

Internetauftritt Südtiroler Transportgemeinschaft, aufgerufen unter: <http://www.sta.bz.it/>, Zugriff: 19.08.2014.

Internetauftritt Swedish Association of Local Authorities and Regions a, aufgerufen unter: http://english.skl.se/municipalities_county_councils_and_regions/the_role_of_the_municipalities, Zugriff: 30.5.2014.

Internetauftritt Tourismus Engadin Scuol Samnaun Val Müstair AG, aufgerufen unter: www.engadin.com/gesundheits, Zugriff: 12.08.2014.

Internetauftritt UdL DIGITAL, aufgerufen unter: <http://www.udldigital.de/ahndung-von-urheberrechtsverletzungen-eignet-sich-schweden-als-vorbild/>, Zugriff: 15.10.2014.

Internetauftritt Verein Niederösterreichische Dorf- und Stadterneuerung, aufgerufen unter: <http://www.dorf-stadterneuerung.at/content.php?pageId=895>, Zugriff: 06.08.2014.

Internetauftritt Verkehrsverbund Ost-Region, aufgerufen unter: <http://www.vor.at/der-vor/ueber-den-vor/>; Zugriff: 11.02.2014.

Internetauftritt Vinnova, aufgerufen unter: <http://www.vinnova.se/sv/Var-verksamhet/Gransoverskridande-samverkan/Samverkansprogram/Strategiska-innovationsomraden/>, Zugriff: 19.08.2014.

Internetauftritt Vinschgauerbahn, aufgerufen unter: <http://www.vinschgauerbahn.it/de/554.asp>, Zugriff: 19.08.2014.

Internetauftritt Winterschule Ulten, aufgerufen unter: <http://www.winterschule-ulten.it/>, Zugriff: 19.08.2014.

Jungermann, Franziska (2010): Schwedens Politik zur Gewährleistung der Daseinsvorsorge am Beispiel Jämtlands, in: Europa Regional 18 (2-3), S. 72f, aufgerufen unter: <http://87.234.205.235/Ar/Text/ER2010-2-3Jung.pdf>, Zugriff 22.06.2013.

Ministry of Enterprise, Energy and Communications Sweden (Hrsg.) (2011): ICT for Everyone – A Digital Agenda for Sweden, aufgerufen unter: <http://www.government.se/content/1/c6/18/19/14/70f489cb.pdf>, Zugriff: 15.10.2014.

Pasold, Stephanie: Deregulierung des schwedischen ÖPNV-Systems. Das neue schwedische ÖPNV-Gesetz, aufgerufen unter: http://www.kim.tu-berlin.de/fileadmin/fg280/veranstaltungen/kim/konferenz_2012/vortraege/vortrag---pasold.pdf, Zugriff: 16.08.2013.

Regionales Strategieprogramm, aufgerufen unter: <http://www.almi.se/Images/Mitt/Dokument/Smart%20Europe%20Peer%20review%20Team/RUS-%20V%C3%A4sternorrland%20Brief%20version%20eng.pdf>, Zugriff: 21.08.2014.

Regionales Serviceprogramm Västernorrland 2010- 2013, aufgerufen unter: <http://www.tillvaxtverket.se/download/18.74f57d0f1283a4f88ff800040991/1369959561511/V%C3%A4sternorrland.pdf>, Zugriff: 21.08.2014.

SCANDURRA, Isabella; BLUSI, Madeleine; DALIN, Rolf (2013): Norrlandicus Care Lab – The Novel Test Method for Aging Society Innovations, aufgerufen unter: http://norrlandicus.se/wp-content/uploads/2013/11/NCL_NovelTestMethod_Vitalis_accept20140224.pdf, Zugriff: 19.08.2014.

Schwedisches Institut (Hrsg.)(2005): Kommunale Selbstverwaltung in Schweden, aufgerufen unter: http://www.brunnvalla.ch/schweden/Kommunale_Selbstverwaltung_in_Schweden.pdf, Zugriff: 30.05.2014.

Schwedisches Institut (Hrsg.)(2007): Das schwedische Gesundheitswesen, aufgerufen unter: <http://www.schweden-navigator.de/pdf/Gesundheitswesen.pdf>, Zugriff: 23.08.2013.

Statistischer Atlas Graubünden, aufgerufen unter: <http://www.statistik.gr.ch/geoclip/>; Zugriff: 26.11.2013.

Studie zu Potenzialarmen Räumen, aufgerufen unter: https://www.gr.ch/DE/institutionen/verwaltung/dvs/awt/dokumentation/Dokumente%20Themen%20und%20Projekte/Handlungsmoeglichkeiten_und_Strategien_von_Kanton_und_Bund_2006.pdf, Zugriff: 11.08.2014.

Tagungsband „Zukunftsorientierte Lösungsansätze zur Sicherung der Grundversorgung“ der Schweizer Arbeitsgemeinschaft für Berggebiete, aufgerufen unter: http://www.sab.ch/uploads/media/ST226_GrundversorgungFT_09.2014.pdf, Zugriff: 08.10.2014.

Sonstige

Niklas Guss, Vortragsnotizen zum Vortrag „Experiences from Västernorrland“ bei der bundesweiten Projektwerkstatt der Modellregionen des Aktionsprogrammes regionale Daseinsvorsorge, 06.06.2013, Berlin.

Schriftliche Auskunft von Frau Karin Leiter, Ressort für Handwerk, Industrie, Handel, Mobilität und Personal, Autonome Provinz Bozen-Südtirol.

Vortrag und Präsentationsfolien Sabine Klimitsch: „Niederösterreichische Dorf- und Stadterneuerung“, am 02.04.2014 in Krems an der Donau, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Niederösterreich.

Vortrag und Präsentationsfolien Thomas Samhaber: „Regionalentwicklung Waldviertel“, am 03.04.2014 in Friedersbach, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Niederösterreich.

Vortrag und Präsentationsfolien Barbara Ziegler: „Kleinregionen in Niederösterreich“, am 03.04.2014 in Friedersbach, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Niederösterreich.

Vortrag und Präsentationsfolien Ao. Univ. Prof. Dipl. Ing. Dr. Friedrich Zibuschka: „Öffentlicher Verkehr in NÖ. Strategie und Maßnahmen“, am 03.04.2014 in St. Pölten, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Niederösterreich.

Vortrag und Präsentationsfolien Regina Rausch: „Mikro ÖV in Niederösterreich. Kleinräumige Mobilitätsangebote“, am 03.04.2014 in St. Pölten, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Niederösterreich.

Vortrag und Präsentationsfolien Herbert Wandl: „Gemeindebus Gersdorf“, am 03.04.2014 in St. Pölten, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Niederösterreich.

Vortrag und Präsentationsfolien Horst Gangl: „Mikromobilität in der Marktgemeinde Ernstbrunn“, am 03.04.2014 in St. Pölten, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Niederösterreich.

Vortrag und Präsentationsfolien Sonja Kreutzer: „Mobilitätszentralen Niederösterreich“, am 03.04.2014 in Friedersbach, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Niederösterreich.

Vortrag und Präsentationsfolien Michael Caflisch: „Potenzialarme Räume Graubünden. Umgang mit ungenutzten Potentialen. Handlungsmöglichkeiten und Strategien“, am 21.05.2014 in Chur, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Graubünden und Südtirol.

Vortrag und Präsentationsfolien Thomas Egger: „Potenzialarme Räume Graubünden. Umgang mit ungenutzten Potentialen. Handlungsmöglichkeiten und Strategien“, am 21.05.2014 in Chur, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Graubünden und Südtirol.

Vortrag und Präsentationsfolien Urs Wohler: „Nationalparkregion Gesundheitsregion“, am 21.05.2014 in Scuol, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Graubünden und Südtirol.

Vortrag und Präsentationsfolien Dr. Ursina Kerle: „Schulische Versorgung in Graubünden -Unterengadin“, am 21.05.2014 in Scuol, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Graubünden und Südtirol.

Vortrag und Präsentationsfolien Dr. Thomas Streifeneder, Miriam L. Weiß: „Zukunft 2030. Interdisziplinäre Strategien für eine nachhaltige Lokalentwicklung im Ultental und Passeiertal“, am 22.05.2014 in Ulten, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Graubünden und Südtirol.

Vortrag und Präsentationsfolien Andreas Tschurtschenthaler:

„Lebens(t)raum Südtirol“, am 23.05.2014 in Bozen, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Graubünden und Südtirol.

Vortrag Waldtraut Schvienbacher am 22.05.2014 in Kuppelwies, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Graubünden und Südtirol.

Vortrag und Präsentationsfolien Joachim Dejacco: „Die neue Vinschgerbahn als Motor für die Entwicklung des ÖPNV in Südtirol“, am 23.05.2014 in Meran, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Graubünden und Südtirol.

Vortrag und Präsentationsfolien Ivar Hallin: „Regional Service Programs in Västernorrland“, am 26.06.2014 in Söråker, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Västernorrland.

Vortrag und Präsentationsfolien Ann Holst: „Örnsköldsvik. A simple choice“, am 25.06.2014 in Söråker, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Västernorrland.

Vortrag und Präsentationsfolien Dr. Madeleine Blusi: „Together for better welfare“, am 25.06.2014 in Söråker, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Västernorrland.

Vortrag und Präsentationsfolien Mattias Gillow: „E-Health in Sweden“, am 25.06.2014 in Söråker, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Västernorrland.

Vortrag und Präsentationsfolien Beatrice Einarsson: „Norrländicus Care Lab - An open innovation platform for actors seeking to improve elder care through innovation. An initiative by the department of social services, the municipality of Sundsvall, Sweden“, am 25.06.2014 in Söråker, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Västernorrland.

Vortrag und Präsentationsfolien Niklas Guss: „The County administrative board's coordination of ICT-infrastructure and digital development“, am 26.06.2014 in Söråker, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Västernorrland.

Vortrag und Präsentationsfolien Peter Levin: „About the Swedish education system“, am 26.06.2014 in Kramfors, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Västernorrland.

Vortrag Stefan Paulsson: „Inter-communal cooperation in the field of upper secondary school education in Västernorrland“, am 26.06.2014 in Kramfors, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Västernorrland.

Vortrag und Präsentationsfolien Anders Bosenius: „Rural service provision for entrepreneurs“, am 25.06.2014 in Bollstabruk, im Rahmen des internationalen Informations- und Erfahrungsaustausches Västernorrland.



Bundesinstitut
für Bau-, Stadt- und
Raumforschung

im Bundesamt für Bauwesen
und Raumordnung



Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI)
Referat G 30 „Recht und Modellvorhaben der Raumordnung,
raumwirksame Fachpolitiken“
Invalidenstraße 44
10115 Berlin
Hanno Osenberg
Kontakt: Gudrun Schwarz
gudrun.schwarz@bmvi.bund.de

Wissenschaftliche Begleitung

Klaus Einig
Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)
Deichmanns Aue 31-37
53179 Bonn

Auftragnehmer und Autoren

Lehrstuhl Regionalentwicklung und Raumordnung
Technische Universität Kaiserslautern
Univ.-Prof. Dr. habil. Gabi Troeger-Weiß
Akad. Dir. apl. Prof. Dr.-Ing. Hans-Jörg Domhardt
Dr.-Ing. Kirsten Mangels
Dr.-Ing. Swantje Grotheer
Dipl.-Ing. Julia Anslinger
M. Sc. Maximilian Krebs

Bezugsquelle

Ref-1-1@bbr.bund.de
Stichwort: MORO Praxis Heft 3

Stand

Mai 2015

Satz und Layout

MESS GBR | mobile einsatztruppe stadt und stil
Florian Groß und Eva Wertheimer

ISSN 2365-2349

ISBN 978-3-87994-987-8

Druck

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn

Bildnachweise

Barthle, Norbert/Zehnder, Thomas: S. 5
Drewing, Thomas: S. 8, S. 9, S. 10
Lehrstuhl Regionalentwicklung und Raumordnung, Technische
Universität Kaiserslautern: Titel und alle weiteren Fotos

Nachdruck und Vervielfältigung

Alle Rechte vorbehalten
Nachdruck nur mit genauer Quellenangabe gestattet.
Bitte senden Sie uns zwei Belegexemplare zu.

Die vom Auftragnehmer vertretene Auffassung ist nicht unbedingt
mit der des Herausgebers oder der wissenschaftlichen Begleitung
identisch.

Das Forschungsvorhaben wurde aus Mitteln der Modellvorhaben
der Raumordnung des BMVI finanziert.



Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) ist ein Forschungsprogramm des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) betreut vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR).



www.bmvi.de